
Walther Gehl
Der deutsche Aufbruch
1918-1938

Einige Urteile über die ersten Auflagen

„Das Büchlein verdient wegen der gewandten und übersichtlichen Darstellung, sowie der eindrucksvollen Bebilderung eine besondere Hervorhebung. Die Geschichte von 1918–1936 wird für Deutschland immer von größter Bedeutung sein, und der deutsche Erzieher greift gerne nach einem preiswerten Buche, das in knapper Form diesen Zeitabschnitt übersichtlich umreißt."

Begutachtungsstelle der Reichswaltung des NS.-Lehrerbundes

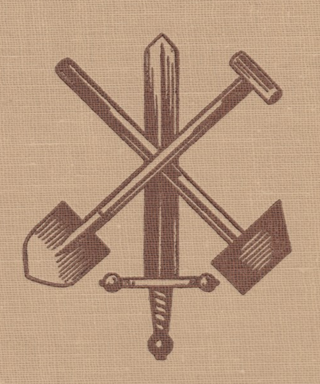
„Zu seinen drei Quellenheften (Die nationalsozialistische Revolution – Der nationalsozialistische Staat, 1. und 2. Heft) hat Gehl nun gewissermaßen das Band, das die Quellenhefte zusammenschließende Textheft, geschaffen. In volkstümlicher Weise stellt es die Ereignisse der Jahre 1918–1936, von vielen Bildern und Karten unterstützt, dar. Es wird dem Lehrer als helfende Ergänzung zum Quellenmaterial willkommen sein. Auch Jugendlichen von 15 Jahren aufwärts macht der leicht verständliche Text keine großen Schwierigkeiten."

Reichszeitung der deutschen Erzieher

„Dieser kleine, aber in seiner starken Schilderung und ansprechenden Bebilderung aufschlußreiche Band gehört in die Hand eines jeden Deutschen, dem es ernst ist um den Aufbau des neuen deutschen Vaterlandes. Noch einmal erleben wir die Zeit des Verfalls, die Parteienherrschaft und -zwietracht, und wir empfinden: nie wieder darf es und wird es so kommen wie in den Jahren nach 1918. Aus der Verfallszeit schreiten wir mit dem Verfasser in die Zeit des Aufbaus, und wir fühlen die Berechtigung des Wortes von Gerhard Schumann, das als Leitwort dem Buche vorangesetzt ist: »Wo sind die Riffe, die dir Halt geböten? Hinaus – hinüber – in die Morgenröten!«."

Völkischer Wille

Der deutsche Aufbruch 1918–1938



Walther Gehl

Hirts Deutsche Sammlung

Sachkundliche Abteilung

Geschichte und Staatsbürgerkunde

Gruppe II: Ereignisse

Band 9: Gehl, Der deutsche Aufbruch

Bestell=Nr. 8901

9. November 1918: Rote Fahnen durchs Brandenburger Tor

30. Januar 1933: SA. marschiert durchs Brandenburger Tor

Walther Gehl

Der deutsche Aufbruch

9. 11. 1918 bis 18. 3. 1938

Gegen die Herausgabe dieser Schrift werden seitens der NSDAP. keine Bedenken erhoben.
Der Vorsitzende der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums.
Berlin, 19. März 1938

Dritte, erweiterte Auflage



Ferdinand Hirt in Breslau
Königsplatz 1

Mit 83 Bildern und 38 Kartenskizzen

Wo sind die Riffe, die dir Halt geböten?
Hinaus — hinüber — in die Morgenröten!
Gerhard Schumann

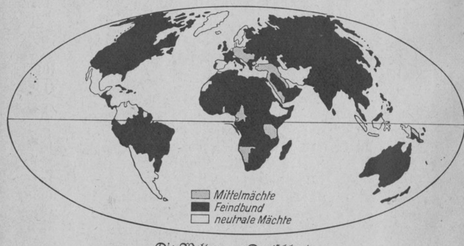
Printed in Germany

Inhaltsübersicht

I. Die Begründung der Weimarer Republik

Umsturz und Waffenstillstand

Vier Jahre lang hatte das deutsche Volk mit seinen Verbündeten gegen fast die gesamte Welt ruhmvoll standgehalten. Trotz wachsender Überlegenheit der Feinde an Menschen, Waffen, Munition kämpfte die Front in zäher Verbissenheit. Aber die Menschen der Heimat waren durch die Hungerblockade nicht nur körperlich entkräftet. Sie hatten das Vertrauen auf den Sieg verloren und hängten ihre gläubigen Hoffnungen an die lockenden Verheißungen des amerikanischen Präsidenten Wilson, die einen wahrhaften, von Gerechtigkeit getragenen Völkerfrieden verkündeten. Diese Kriegsmüdigkeit der Heimat nutzten jene Mächte, die einen deutschen Sieg nicht wollten, und entfalteten eine immer offenere Werbetätigkeit mit Flugblättern, Zeitungsartikeln, Versammlungen. Nicht nur die weltfremden „Pazifisten", die in Deutschland und seinen Waffenerfolgen das eigentliche Hindernis sahen auf dem Wege zu einem ewigen Weltfrieden; nicht nur die vorwiegend von Juden geführten „Unabhängigen" und Bolschewisten, die an eine Weltrevolution des internationalen Proletariats glaubten und daher „die äußeren Schwierigkeiten unserer Ausbeuter und



Die Welt gegen Deutschland

Bedrücker ausnutzen" wollten, um „die Herrschaft der Arbeiterklasse siegreich aufzurichten", wie ein Hamburger Flugblatt schrieb; auch die Sozialdemokratische Partei mit ihren Millionen Anhängern schwenkte von Tag zu Tag deutlicher in die Front der Gegner des deutschen Volkes ein. Der sowjetrussische Botschafter in Berlin unterstützte die Umsturzbewegungen mit Geld, Flugblättern und Waffen. „Deutschland soll", so bekannte das sozialdemokratische Hauptblatt, der fast ausschließlich von Juden geschriebene „Vorwärts" am 20. Oktober 1918, „seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben."

Die Heimat wankte, die Front verlor ihren Rückhalt. Hindenburg und Ludendorff mußten fordern, Verhandlungen über einen Waffenstillstand einzuleiten. Die Parteien, die schon 1917, auf der Höhe der deutschen U-Boot-Erfolge, für einen „Verständigungsfrieden" auf Grund des Vorkriegsstandes eingetreten waren — Sozialdemokraten, Liberale und Zentrum —, bildeten eine neue Regierung aus ihren Reihen unter der Kanzlerschaft des demokratischen Prinzen Max von Baden (3. Oktober). Zwei Tage darauf bat diese Regierung nicht eine neutrale Macht, sondern Wilson, den Präsidenten der feindlichen Vereinigten Staaten, „alle kriegführenden Staaten zu Friedensverhandlungen einzuladen". Grundlage der Verhandlungen sollten die 14 Punkte sein, die Wilson im Januar als Grundsätze eines „Friedens der Gerechtigkeit" verkündet hatte: Räumung und Wiederherstellung der besetzten Gebiete, „Wiedergutmachung des Unrechts von 1871", Auflösung Österreich-Ungarns in Einzelstaaten, Verdrängung der Türkei aus Europa, Errichtung eines unabhängigen Polens mit einem freien Zugang zur See, „unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche", Freiheit der Meere, Öffentlichkeit aller Verträge, Rüstungsbeschränkung, Gründung eines allgemeinen Staatenverbandes zur Wahrung des Weltfriedens. Um das deutsche Volk völlig zu zermürben, zog Wilson die Vorverhandlungen mit immer neuen Anfragen und Forderungen einen vollen Monat hin. Auf seinen Wunsch stellte Deutschland zunächst den U-Boot-Krieg ein. Auf seinen Wunsch änderte es seine Verfassung, unterstellte es die Regierung der Aufsicht des Reichstages, legte es die Entscheidung über Krieg und Frieden aus der Hand des

Kaisers in die der Volksvertretung. Das hatte die Heeresleitung nicht gemeint; sie hatte Verhandlungen gewollt, nicht Unterwerfung. Ludendorff setzte sich dafür ein, alle Kräfte des Volkes straff zusammenzufassen zu einem Widerstand bis zum Äußersten. Die Regierungsparteien aber lehnten eine nationale Verteidigung ab, und der Kaiser stellte sich auf ihre Seite, stimmte der Verfassungsänderung zu und entließ Ludendorff (26. Oktober).

Trotz der seelischen Belastung durch das Wissen, im nutzlosen Kampfe zu stehen, trotz der völligen Auflösung der Fronten der Verbündeten hielt die deutsche Front. Schritt für Schritt wollte die Heeresleitung sie zurücknehmen bis in die starke Festungslinie Antwerpen–Metz–Straßburg. Hier sollte sie letzten Widerstand leisten gegen einen Feind, dessen Angriffsgeist in der Aussicht auf den nahen Frieden schon erlahmte. Am 4. November gab der Admiralstab der Schlachtflotte in Kiel den Befehl, auszulaufen, die rechte Flanke des Westheeres zu decken und die englischen Truppentransporte über den Kanal zu stören. Um sich nicht „für die Ehre der Offiziere" zu opfern, löschten aber die von der jüdisch-marxistischen Propaganda verführten Heizer die Feuer unter den Kesseln, die Matrosen holten die Reichskriegsflagge nieder, hißten die rote Fahne, liefen von Bord und bemächtigten sich der Stadt. Die Ersatztruppen gingen zu den Meuterern über. Nach russischem Muster bildeten sich „Arbeiter- und Soldatenräte". Die Heeresleitung verlangte tatkräftiges Durchgreifen gegen die Rädelsführer. Die Reichsregierung aber ging nicht „mit Minenwerfern und Handgranaten" (Adolf Hitler) vor, sondern schickte einen sozialdemokratischen Abgeordneten, um zu verhandeln. So griff die Meuterei schnell um sich.

Am 7. November riefen die Marxisten in München die Republik aus, und der neue Präsident, der galizische Jude Kurt Eisner (geb. Kosmanowski) drohte Berlin mit „Abbruch der diplomatischen Beziehungen". Am gleichen Tage fiel Köln, der entscheidende Brückenkopf im Rücken der deutschen Westfront, kampflos in die Hände der Umstürzler. Am 9. November siegten die Marxisten auch in Berlin. Sozialdemokraten und Unabhängige riefen zum Generalstreik auf. Die Arbeiter verließen die Fabriken und marschierten in langen Reihen in das

November 1918: An der Front

November 1918:
In der Heimat
(Scheidemann
spricht aus einem
Fenster der
Reichskanzlei zu
den marxistischen
Arbeitern)



Philipp Scheidemann

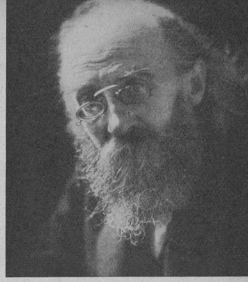
Innere der Stadt. Die Garnisontruppen verweigerten den Gehorsam und bildeten Soldatenräte. Die noch treu gebliebenen Truppen erhielten den Befehl, auf keinen Fall zu schießen, und mußten weichen.

In der Meinung, dadurch könne „noch alles gerettet werden", verkündete Reichskanzler Max von Baden von sich aus, Wilhelm II. habe abgedankt, und übergab sein Amt dem sozialdemokratischen Parteivorsitzer Ebert. Von der Freitreppe des Reichstagsgebäudes rief sein Parteigenosse Scheidemann die deutsche Republik aus: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt!" Je drei Führer der beiden marxistischen Parteien — darunter je ein Jude — übernahmen als „Volksbeauftragte" die Regierung und verkündeten als ihr Programm: Friede! Freiheit! Brot!

Der Kaiser hatte den Vorschlag aus seiner Umgebung, an die Front zu gehen und an der Spitze seiner Truppen vor dem Feinde den Tod zu suchen, als „heroischen Selbstmord" abgelehnt. Auch einen Bürgerkrieg gegen die landesverräterischen Umstürzler wollte er vermeiden. So verließ der oberste Kriegsherr sein kämpfendes Heer und überschritt im Kraftwagen die Grenze in das neutrale Holland, und der Kronprinz folgte.

Die eigentlichen Hintergründe des Landesverrats werden deutlich in einem damaligen Aufsatz der fast rein jüdischen „Frankfurter Zeitung" (16. November 1918). Darin wird festgestellt, „daß die neuen Gewalten die Bedeutung der Börse anerkennen und daß sie ihrer Tätigkeit keinerlei Hindernisse in den Weg legen werden. Es wird in Zukunft vielleicht sogar gelingen, die Börse von Fesseln zu befreien". Die Börse könne jedenfalls „der neuen Ära mit Vertrauen entgegensehen". Das jüdische Börsenkapital stand also als Nutznießer und Drahtzieher hinter dem „sozialistischen" Umsturz. Als schon bald im Volke die Juden für den Zusammenbruch verantwortlich gemacht und die „Volksbeauftragten" als die Beauftragten des

— jüdischen Volkes bezeichnet wurden, erschien „der Gerechtigkeit wegen“ ein Flugblatt, das sich gegen die „Judenhetze“ wandte. „Wer trat im Reichstag neben anderen Kriegsgegnern seit Herbst 1914 für den Frieden ein? Es waren die Juden Haase, Bernstein, Oskar Cohn und andere.“ Das sollte eine Verteidigung der Juden sein!



Kurt Eisner

Am 5. November hatte Wilson der Regierung des Prinzen Max mitteilen lassen, die Feindmächte seien bereit, auf Grund der 14 Punkte Frieden zu schließen. Diese ausdrückliche Festlegung auf die 14 Punkte war ein klarer Vorfriedensvertrag. Daraufhin hatte am 7. November eine deutsche Abordnung unter dem Zentrumsabgeordneten und Staatssekretär Erzberger die feindlichen Linien durchfahren. Im Walde von Compiègne erwartete sie der oberste Befehlshaber der Entente, der französische Marschall Foch, in seinem Salonwagen, um sie „von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen“.

Schon vor dem Kriege war Matthias Erzberger, einst Volksschullehrer in Buttenhausen in der Schwäbischen Alp, Reichstagsabgeordneter des Zentrums gewesen. In den ersten Kriegsjahren war er für die tollsten Eroberungen eingetreten. Sogar die Inseln vor der normannischen Küste Frankreichs wollte er erwerben, da der Thyssenkonzern, in dessen Aufsichtsrat er saß, dort Erzinteressen zu vertreten hatte. Als er aber seinen Posten mit der jährlichen Vergütung von 40000 Mark verlor, wurde er zum eifrigsten Vertreter eines „Friedens ohne Sieger und Besiegte“. Als Leiter der Reichspropagandastelle hatte er eine Abschrift von dem vertraulichen Bericht des habsburgischen Außenministers über die schwierige Lage Österreich-Ungarns bekommen und auf Grund dieses Berichtes, der irgendwie in die Hände des Feindbundes gespielt worden ist, hatte er die verhängnisvolle Friedensentschließung von 1917 entworfen. Leichtfertig



Matthias Erzberger

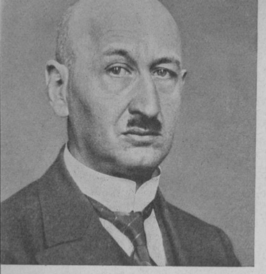
hatte er sich gerühmt, wenn er mit den Vertretern der Feindmächte verhandeln könne, er würde binnen zwei Stunden „beim Glase Bier" zum Friedensschluß kommen. Jetzt nahm er folgende Bedingungen an: Räumung des französischen und belgischen besetzten Gebietes binnen 14 Tagen, Zurückziehung der deutschen Truppen im Westen bis 10 km rechts des Rheines, im Osten bis hinter die deutsche Grenze in abermals 14 Tagen, Sicherstellung der Kriegsflotte in neutralen „oder in deren Ermangelung" in alliierten Häfen, Auslieferung von sämtlichen Tauchbooten, 1700 Flugzeugen, 5000 schweren Geschützen, 3000 Minenwerfern, 25000 Maschinengewehren. Ferner mußten 5000 Lokomotiven, 150000 Eisenbahnwagen und 5000 Lastkraftwagen abgeliefert werden, während doch gleichzeitig Millionen Menschen aus Front und Etappe zurückbefördert werden sollten und die Umstürzler in der Heimat vielfach die Verpflegung der Truppen sperrten. Die Kriegsgefangenen mußten herausgegeben werden. Der Feind aber stellte lediglich den Kampf mit der Waffe ein: er rückte bis an den Rhein vor und besetzte Mainz, Koblenz und Köln als Brückenköpfe; er behielt die deutschen Kriegsgefangenen und setzte den Hungerkrieg gegen das deutsche Volk ungehemmt fort. Vergeblich drahtete Hindenburg, man müsse alles daransetzen, Milderungen anzustreben. Der Umsturz in der Heimat hatte dem deutschen Heer — nach dem Wort eines englischen Generals — den Dolch in den Rücken gestoßen. Ein Widerstand war nun ausgeschlossen. So lehnte Foch, das Schwert auf dem Tisch, jede Verhandlung ab. Am 11. November morgens 5 Uhr unterschrieb Erzberger, und mittags um 12 verhallten die letzten Schüsse an der Front. — „Im November 1918 hatte Deutschland selbstverständlich keine Siegesaussichten mehr", schrieb Foch später. „Hätte jedoch sein Heer hinter dem Rheine standgehalten, wären viele Dinge anders gekommen."

Dem Zusammenbruch der Heimat folgte nun der der Etappe. Die Zucht löste sich völlig auf. Deutsche Soldaten plünderten die Provianthäuser, verkauften ihre Waffen an die belgische, französische und polnische Zivilbevölkerung. Aber geschlossen und geordnet zogen die Fronttruppen, „die Stirn von Lorbeer wund", unter Führung Hindenburgs über den deutschen Rhein. „Aufrecht und stolz gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt von Feinden bestanden", lautete der letzte Heeresbefehl des Feldmarschalls. „Aus dem Bewußtsein, daß wir unser Land und unsere Ehre bis zum Äußersten verteidigt haben, schöpfen wir neue Kraft."

Die Fortsetzung des Krieges — auf deutschem Boden

Fast 2 Millionen Tote hat Deutschland im Weltkrieg geopfert, nicht gerechnet die Riesenverluste durch die Hungerblockade: ein gewaltiger Verlust bester rassischer Volkskraft. Von insgesamt 69 Millionen Soldaten (einschließlich der Etappe), die auf beiden Seiten an dem Kriege teilgenommen haben, sind 11 Millionen gefallen. Aber weiter ging auch jetzt der Krieg. Der Waffenstillstand galt nur für 5 Wochen und mußte dann jeweils verlängert werden. Und jedesmal wurden neue Bedingungen gestellt. Bei der ersten Verlängerung mußte das hungernde deutsche Volk 53000 landwirtschaftliche Maschinen herausgeben, bei der zweiten (Januar 1919) lieferte Erzberger die gesamte deutsche Handelsflotte der Entente aus „zur Sicherung der Lebensmittelversorgung der deutschen und der übrigen Staaten Europas". Aber erst acht Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes, zwei Wochen nach Unterzeichnung des „Friedens" wurde die Blockade aufgehoben!

Als nach dem Waffenstillstand die deutsche Front aus Rußland zurückverlegt wurde, drückte die „Rote Armee" nach, um die kommunistische Weltrevolution vorwärtszutragen. Reichsdeutsche Freiwillige — die „Eiserne Division" — hielten einen Tagemarsch vor Memel ihren Vormarsch gegen Ostpreußen auf. Der lettische Staat hatte ihnen Siedlungsland versprochen, und gemeinsam mit einer baltendeutschen Landeswehr entrissen sie nun den Bolschewisten die deutschen Städte Mitau und Riga (Mai 1919). Da verlangten die Alliierten, die „Baltikumer" sollten



Paul Hirsch

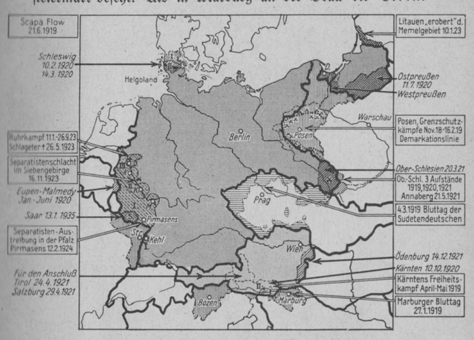
zurückgezogen werden. Die lettische Regierung hatte — nun sie vom Bolschewismus befreit war — ihr Siedlungsversprechen vergessen. Die betrogenen Freikorpskämpfer wollten ihr Recht erzwingen. Doch England unterstützte die Letten mit Geld, Waffen, Offizieren, Kriegsschiffen. Die deutsche Reichsregierung sperrte den „Baltikumern" die Zufuhr von Lebensmitteln und Munition und erklärte, wer nicht sofort zurückkomme, werde als Fahnenflüchtiger behandelt (November 1919). Da mußten die Kämpfer, die auch Deutschland vor dem heranbrandenden Bolschewismus gerettet hatten, zurück.

Schon am 10. November 1918 hatte sich in der preußischen Provinz Posen ein „Oberster polnischer Volksrat" als polnische Landesregierung gebildet, und die marxistischen „Arbeiter- und Soldatenräte" hatten sich mit den Polen verbrüdert. Als das Posener Grenadierregiment aus dem Felde zurückkehrte, wurde es von polnischen Truppen in blutigen Straßenkämpfen zurückgeschlagen und in der Kaserne ausgehungert. Die marxistische Preußenregierung unter dem Juden Paul Hirsch, der auf dem Ministerpräsidentenstuhle Bismarcks saß, hatte „einen besonderen Heimatschutz nicht für nötig" erklärt. Aber auf den Aufruf und unter der Führung Hindenburgs bildete sich — wiederum aus alten Frontkämpfern — ein freiwilliger „Grenzschutz Ost". Doch als dieser im Februar 1919 zum Gegenstoß antrat, da erzwangen die Feindmächte als Bedingung für die dritte Verlängerung des Waffenstillstandes die Einstellung der „Offensive gegen die Polen". Dafür wurde der aus alter deutscher Familie stammende General Haller, der im letzten Kriegsjahre mit polnischen Überläufern auf französischer Seite gekämpft hatte, auf Befehl der Feindmächte mit seinen Truppen quer durch Deutschland befördert. Angeblich sollte er den Bolschewismus bekämpfen; aber seine Leute tauchten

bald überall an der deutschen Ostfront auf: in Ost- und Westpreußen, in Posen und Schlesien.

Bei dem Zerfall der Habsburger Monarchie hatten die Sudetendeutschen in Böhmen und Mähren, vertrauend auf das von Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker, erklärt, sie seien Glieder Deutsch-Österreichs und damit des Deutschen Reiches (November 1918). Doch tschechische Truppen besetzten die einzelnen Städte und verhinderten, daß sich die Sudetendeutschen an den Wahlen zur österreichischen Nationalversammlung beteiligten. Als diese sich zum waffenlosen Protest dagegen auf den Marktplätzen versammelten, streckten tschechische Maschinengewehre über hundert friedliche deutsche Männer und Frauen nieder (4. März 1919).

Aus Trümmern des Habsburgerreiches hatten die Serben, Kroaten und Slowenen einen eigenen Staat „Südslawien" gebildet. Darüber hinaus hatten die Slowenen die deutsche Untersteiermark besetzt. Als in Marburg an der Drau die Bevölke-



Der Krieg nach dem Kriege
(Volksabstimmungen und Abwehrkämpfe)

rung einem amerikanischen Untersuchungsausschuß in geschlossenem Aufmarsch zeigen wollte, daß die Stadt deutsch sei, wurde sie von slowenischen Truppen mit Gewehrsalven und Bajonetten auseinandergesprengt (Januar 1919). Die Untersteiermark ging verloren.

Auch in Kärnten waren die Slowenen eingerückt und gegen Klagenfurt marschiert. Aber deutsche Studenten, Arbeiter und Bauern, Beamte, Handwerker und Schüler verteidigten sieben Monate hindurch unter Opfer von 200 Toten ihre Heimat. Daraufhin erklärte die Friedenskonferenz, über das Land solle eine Volksabstimmung entscheiden.

Die deutsche Kriegsflotte war nach Scapa Flow gebracht worden, der Hafenbucht einer Insel nördlich Schottland, damit man dort ihre Abrüstung nachprüfe, war aber dann in Haft behalten worden. Als die Nachricht zu ihr drang, der Waffenstillstand sei nicht verlängert und damit der Kriegszustand wiederhergestellt, ließ Admiral Reuter am Sonnwendtage 1919 die Bodenluken und Torpedorohre öffnen und unter dreifachem Hurra sämtliche Kriegsschiffe versenken, um sie nicht in Feindeshand fallen zu lassen. Die Ehre der deutschen Flotte war wiederhergestellt.

Die Weimarer Nationalversammlung

Im Dezember 1918 war in Berlin ein „Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte" — fast ausschließlich Sozialdemokraten, „Unabhängige" und Kommunisten — zusammengetreten, um über das weitere Schicksal des Reiches zu beraten. Dabei setzten sich die Sozialdemokraten durch und forderten eine demokratische Republik nach französischem Muster. Dazu sollte das ganze Volk — alle Männer und Frauen über 20 Jahre — eine Nationalversammlung wählen. Dieser Beschluß rief den kommunistischen Spartakusbund zum Widerstand auf. Er wollte Deutschland in eine Räterepublik nach russischem Muster verwandeln, wollte die „Diktatur des Proletariats" errichten und eine kommunistische Wirtschaftsordnung unter Aufhebung allen Privateigentums einführen.

Seine Führer waren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Karl Liebknecht war der Sohn des Mitbegründers der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD.) Wilhelm Liebknecht

und dessen jüdischer Frau. Im August 1914 hatte dieser Mischling mit einigen anderen in der Fraktionssitzung der Sozialdemokraten gegen die Bewilligung der Kriegsanleihe gestimmt, sich aber in der Reichstagsabstimmung dem Fraktionszwang der Partei gefügt. Im Dezember jedoch hatte er die zweite Anleihe bereits offen abgelehnt. Zur Unterwühlung des nationalen Widerstandswillens und zur Vorbereitung der Weltrevolution hatte er seit Januar 1916 „Briefe" unter dem Namen des römischen Sklavenführers Spartakus herausgegeben. Da ihn seine Parteigenossen im Reichstage nicht zu Wort kommen ließen, hatte er bei der Feier des 1. Mai in Berlin über den Potsdamer Platz gerufen: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!" und war dafür wegen Landesverrats mit vier Jahren Zuchthaus bestraft worden. In den entscheidenden Oktobertagen 1918 hatte ihn die neue Reichsregierung auf Wunsch der Sozialdemokratie wieder freigelassen und ihm so die Vorbereitung des Umsturzes ermöglicht. Am 9. November hatte Liebknecht auf dem Balkon des Kaiserlichen Schlosses die rote Fahne der Weltrevolution gehißt. — Die galizische Jüdin Rosa Luxemburg, geborene Rosalie Lübeck aus Russisch-Polen, hatte vor dem Kriege durch Heirat mit einem Sozialdemokraten die preußische Staatsangehörigkeit erworben. Während des Krieges war sie als radikale Abgeordnete in Schutzhaft genommen worden.



Karl Liebknecht

Im Dezember 1918 und im Januar 1919 versuchten die Spartakisten in Berlin, Bremen und Hamburg mit Waffengewalt, die Macht an sich zu reißen. Gegenüber dieser Gefahr stellten sich zurückgekehrte Frontkämpfer und Offiziere des alten Heeres der Regierung zur Verfügung, und in blutigen Straßenkämpfen brachen die kommunistischen Aufstände zusammen. Karl Liebknecht wurde verhaftet und auf dem Wege zum Gefängnis niedergeschossen. Rosa Luxemburg wurde festgenommen, von einem erbitterten Frei-

willigen mit dem Gewehrkolben niedergeschlagen und in den Landwehrkanal geworfen.



Rosa Luxemburg

Jetzt konnten die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden (19. Januar). Dazu hatten sich die alten Vorkriegsparteien „auf den Boden der Tatsachen" gestellt und — bis auf die Sozialdemokraten — mit neuen Namen versehen: die einstigen Fortschrittler wurden zu Demokraten, die Nationalliberalen zur Deutschen Volkspartei, die Konservativen zur Deutschnationalen Volkspartei und das Zentrum (vorübergehend) zur Christlichen Volkspartei. Aber keine dieser Parteien vertrat neue, aus dem Erlebnis der Front geborene Ziele; nur der Name, nicht die Männer und die Ziele waren geändert. Von den 423 gewählten Abgeordneten waren nur 44 Kriegsteilnehmer gewesen, nur 13 besaßen das EK II, nur einer — ein Feldgeistlicher — das EK I. 192 waren schon vor dem Kriege Abgeordnete, und das durchschnittliche Geburtsjahr war — 1870.

Von den 30 Millionen abgegebener Stimmen erhielten die Sozialdemokraten allein $11\frac{1}{2}$ und damit 163 Abgeordnete. Mit den 88 Zentrumsleuten und den 75 Demokraten bildeten die gleichen Parteien die Mehrheit, die schon vor dem Kriege die Mehrheit im Reichstag besessen, die gemeinsam die Friedensentschließung von 1917 herausgebracht und die Regierung der Waffenstillstandsverhandlungen gebildet hatten.

Um nicht von den ständigen Unruhen der Straße behindert zu werden, trat die Nationalversammlung nicht im Reichstagsgebäude in Berlin, sondern im Schauspielhaus des stillen Weimar zusammen. Die Wahl des Ortes war gleichzeitig eine Absage an den preußischen Geist der Straffheit und Zucht, den „Geist von Potsdam", und sollte ein Bekenntnis sein zu einem friedlichen Deutschland der „Dichter und Denker", zum „Geist von Weimar".



Spartakisten ziehen in den Berliner Marstall ein

Die Mehrheitsparteien, die „Weimarer Koalition", wählten zunächst Friedrich Ebert zum vorläufigen Präsidenten der Republik. In Heidelberg im Jahre der Gründung des Zweiten Reiches als Sohn eines Schneiders geboren, hatte Ebert das Sattlerhandwerk gelernt, hatte in Bremen eine Gastwirtschaft übernommen, war dann Schriftleiter einer marxistischen Zeitung und Arbeitersekretär gewesen. Nach Bebels Tode (1913) war er zum Vorsitzer der Sozialdemokratischen Partei gewählt worden. Anfang 1918 hatte er bei dem großen Munitionsarbeiterstreik, der der kämpfenden deutschen Front den Dolch in den Rücken stieß, in der Streikleitung gesessen und im November 1918 war er Vorsitzer des Rates der „Volksbeauftragten" geworden. In einem Beleidigungsprozeß dieses vorläufigen Reichspräsidenten der Weimarer Republik gegen einen deutschen Schriftsteller erklärte später (Dezember 1924) das Landgericht Magdeburg, mit der Teilnahme an dem Munitionsarbeiterstreik sei „erwiesen, daß Ebert im strafrechtlichen Sinne Landesverrat begangen" habe!



Nach Kommunistenkämpfen in Berlin

Während die Nationalversammlung in Weimar die neue Verfassung beriet, brachen erneut kommunistische Aufstände los: in Berlin und Braunschweig, in Sachsen, Baden und Thüringen. Wiederum wurden sie von Frontkämpfern und Reichswehr mit Minenwerfern und Geschützen niedergeschlagen. Dabei gab es in Berlin über 1200 Tote. Vor dem Münchener Landtagsgebäude schoß ein Offizier den „bayrischen" Ostjuden Eisner nieder. Darauf wurde (Anfang April 1919) in München die Räterepublik ausgerufen. Aber 4 Wochen später rückten bayrische Freikorps unter Führung Ritter von Epps und preußische und württembergische Regimenter mit Panzerwagen und Maschinengewehren in die Stadt ein. Da ließen die jüdischen Räteführer die Maske über ihre wahren Ziele fallen und erschossen auf einem Schulhof Mitglieder eines deutsch-völkischen Bundes als „Geiseln" (Mai 1919).

Als die Nationalversammlung ihre Aufgabe erfüllt hatte, dachte sie nicht daran sich aufzulösen, da die Weimarer Koalition fürchtete, sie würde bei den Reichstagswahlen nicht wieder die

Mehrheit bekommen. Auch für den Reichspräsidenten wurden keine verfassungsmäßigen Wahlen ausgeschrieben, und Ebert blieb weiter „vorläufig" im Amt. Gegen diese Eigenmächtigkeiten unternahm der Generallandschaftsdirektor Ostpreußens, Kapp, einen Putsch. Dazu verband er sich mit dem Berliner Reichswehrkommandeur General von Lüttwitz und mit den „Baltikumern", die auf dem Berliner Truppenübungsplatz Döberitz entwaffnet werden sollten. Mit schwarzweißroten Fahnen und dem Hakenkreuz am Stahlhelm rückte die Brigade Ehrhardt eines Nachts in die Reichshauptstadt (März 1920), und Kapp rief eine „Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat" aus.



Friedrich Ebert

Die Reichsregierung aber konnte nach Stuttgart entfliehen und erließ von dort einen Aufruf: „Kein Betrieb darf arbeiten, solange die Militärdiktatur der Ludendorffe herrscht. Deshalb legt die Arbeit nieder, streikt, schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab! ... Generalstreik auf der ganzen Linie, Proletarier vereinigt euch! Nieder mit der Gegenrevolution!" Daran brach der in keiner Weise vorbereitete und vorbedachte „Kapp-Putsch" nach wenigen Tagen zusammen. Aber im Ruhrgebiet traten die Kommunisten zum Gegenstoß an. In 80 km Breite stand die Front ihrer Roten Armee von 120000 Mann, und schon acht Tage nach dem Stuttgarter Generalstreikaufruf mußte die Regierung einen neuen unter-



Franz Ritter von Epp



Truppen im Kapp-Putsch

zeichnen: „Schon ist der Generalstreik im Zusammenbrechen ... Macht Front gegen den alles vernichtenden Bolschewismus!" Reichswehr mit Frontkämpfern als „Zeitfreiwilligen" und die eben gescheiterte „Brigade Ehrhardt" schlugen den roten Aufstand nieder. Wieder hatten die Frontsoldaten Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet.

Ein Jahr darauf erschütterte ein neuer Kommunistenaufstand unter Max Hölz das mitteldeutsche Industriegebiet. Eisenbahnzüge wurden zur Entgleisung gebracht, Rathäuser und Brücken durch Bomben gesprengt, Banken und Sparkassen geplündert. „Wir schlachten die Bourgeoisie ab ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts", hieß es auf den Plakaten, die Max Hölz anschlagen ließ. „Wir nehmen ihnen das geraubte Gut, das sie den Arbeitern durch Ausbeutung und Wucher genommen haben." Schließlich warfen Polizei und Reichswehr den Aufstand in einer regelrechten Schlacht zwischen Halle und Leipzig nieder.

Die Weimarer Verfassung



Hugo Preuß

Inzwischen hatte der jüdische Staatsrechtslehrer Hugo Preuß der Nationalversammlung einen Verfassungsentwurf vorgelegt. Nach halbjähriger Beratung nahm die Nationalversammlung mit 262 Stimmen der „Weimarer Koalition" gegen 75 der Rechten und der äußersten Linken die neue Verfassung an. Der Reichstag erhielt die entscheidende Stellung im Staate. Seine Abgeordneten wurden von allen über 20 Jahre alten Männern und Frauen in gleicher und geheimer Wahl gewählt. Dabei entschied man sich aber nicht für die einzelnen Persönlichkeiten, sondern für Listen, die die Parteien aufstellten. Nicht Männer saßen im Parlament, sondern Beauftragte der Parteien. Nicht in eigener Verantwortung entschieden sie bei Gesetzesvorlagen, sondern nach dem Willen ihrer Partei. Der Reichstag berief sich selber ein, entschied über die Gesetze, über Krieg und Frieden. Die Abgeordneten bewilligten sich selber ein auskömmliches Gehalt in Form von 600 Mark monatlich vorauszahlbarer „Aufwandsentschädigung". Für ihre Wahl- und Vergnügungsreisen bewilligten sie sich freie Fahrt erster Klasse auf der Reichsbahn und im Flugzeug. Alle Beschlüsse faßte diese Versammlung von 500—600 Abgeordneten mit Mehrheit. So trug niemand die Verantwortung.

Da der Verwaltungsapparat, die Presse, die Wahlvorbereitungen große Geldsummen verschlangen, waren die Parteien abhängig von den Geldgebern, die hinter ihnen standen: von dem Kapital der Industrie, des Großgrundbesitzes, des Handels, der Banken, ja auch des Auslandes (wie die Kommunisten, die von Rußland her unterstützt wurden). Auch der Einfluß des Judentums, des Geburtshelfers der Weimarer Republik, war außerordentlich stark. Nicht nur durch die jüdischen Abgeordneten, von

denen die Sozialdemokratie allein in den 14 Jahren des Bestehens der Weimarer Republik in Reich und Ländern 200 stellte, nicht nur durch das jüdische Bankkapital, sondern vor allem auch durch die Presse, die — nicht etwa bloß bei den Linksparteien — überwiegend von Juden geschrieben wurde.

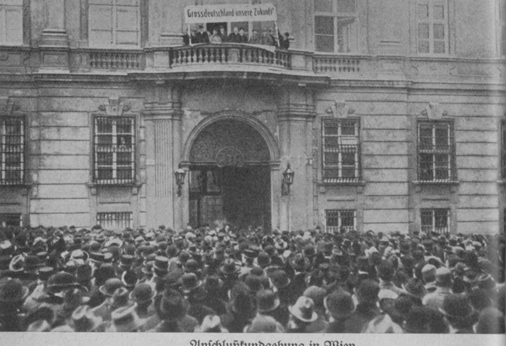
Nicht von den Parteien — wie in Frankreich —, sondern vom ganzen Volke — wie in Amerika — wurde der Reichspräsident jeweils auf 7 Jahre gewählt. Er ernannte zwar die Reichsregierung; aber diese war abhängig vom Reichstag. Sie wurde ständig überwacht von einem Reichstagsausschuß und mußte zurücktreten, wenn das Parlament ihr sein Mißtrauen aussprach. So war sie — nach dem Muster des französischen „Parlamentarismus" — kaum mehr als ein Ausschuß der jeweiligen Mehrheitsparteien. Und diese stellten jedesmal besondere Bedingungen und Forderungen für ihren Eintritt in die Regierung, verlangten gewisse „Ministersessel" nicht für bestimmte, für dieses Amt befähigte Persönlichkeiten, sondern für die Partei. Auch die Regierungsmitglieder trugen keine Verantwortung. Sie hatten ja lediglich die Beschlüsse des Reichstages auszuführen. In ernsteren Lagen verließen sie einfach ihre Posten, „traten zurück" — mit auskömmlichem Ruhegehalt —, um nach der Entscheidung wieder die gleichen oder andere Ministerstellen einzunehmen. Auf diese Weise hat Deutschland in 14 Jahren (1918 bis 1932) 23 „Regierungen" gehabt. — Auch alle leitenden Verwaltungsstellen — vom Polizeipräsidenten bis zum Bürgermeister einer kleinen Stadt — wurden nicht danach besetzt, ob einer die Fähigkeit dazu hatte, sondern man „hatte ausschließlich die Parteizugehörigkeit im Auge" (Adolf Hitler).

Da alle Anordnungen des Reichspräsidenten von der Reichsregierung gegengezeichnet werden mußten, so stand auch er unter der Aufsicht des Reichstages und damit der Parteien. Die Gesetze, die der Reichstag beschloß, mußte der Reichspräsident ausfertigen. Glaubte er das nicht verantworten zu können, so konnte er den Reichstag auflösen in der Hoffnung, daß der neu zu wählende eine anders zusammengesetzte Mehrheit bekäme; oder er konnte — nach Schweizer Muster — das Volk zu einer unmittelbaren Abstimmung über das betreffende Gesetz aufrufen, zu einem Volksentscheid.

War das Bismarckreich zustande gekommen durch eine Vereinbarung der deutschen Fürsten, so hatten mit deren Abdankung die deutschen Einzelstaaten ihren Sinn verloren. Trotzdem änderte die Weimarer Verfassung nur wenig an dem bundesstaatlichen Aufbau des Reiches. Lag es doch im Interesse einzelner Parteien, die Länder, in denen sie regierten, zu Stützpunkten ihrer Macht auszubauen (z. B. die Sozialdemokraten Preußen, die Bayrische Volkspartei Bayern), und oft durchkreuzte die Politik der Länder die des Reiches. Zwar wurden neben Post und Marine nun auch Eisenbahn, Steuer und Heer Reichssache; aber die alten Bundesstaaten blieben als „Länder" mit eigenem Parlament, eigener Regierung, eigener Gesetzgebung in den Fragen von Kirche und Schule, eigener Polizei, eigener Verwaltung von Kunst und Wissenschaft bestehen, und neben dem Reichstag als Volksvertretung stand der Reichsrat als Ländervertretung. Eine große Zahl von Berufspolitikern der einzelnen Parteien hatte damit eine Versorgung; gab es doch auf diese Weise 60 Minister und 2600 Abgeordnete.

Am 12. November 1918 hatte die Wiener Nationalversammlung im 2. Artikel der österreichischen Verfassung erklärt: „Die Republik Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik." Die sozialdemokratische Regierung hatte diese Anschlußerklärung unter Berufung auf „die alten freundschaftlichen und parteigenössischen (!) Beziehungen" nach Berlin gedrahtet. Der jüdische „Volksbeauftragte" Haase aber legte die Nachricht zu den Akten, ohne darauf zu antworten. Die Feindmächte sollten nicht „verärgert" werden. Auch bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung waren die Deutschen Österreichs nicht zugelassen. Eine Abordnung deutscher Elsaß-Lothringer, die in Weimar für eine Volksabstimmung in ihrer Heimat sprechen wollten, wurde überhaupt nicht empfangen. Und doch begann nachher die Reichsverfassung mit den Worten: „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen, ... hat sich diese Verfassung gegeben."

Die Parteien der Weimarer Koalition waren die alten „Reichsfeinde" Bismarcks. Dessen Werk lehnten sie, wie zu seinen Lebzeiten, so auch weiterhin ab. Dagegen wollten sie — auch die Sozialdemokraten — wieder anknüpfen an die bürgerlich-liberale Revolution von 1848. Schon die Umstürzler der Novembertage



Anschlußkundgebung in Wien

hatten die schwarzweißroten Kokarden von den Soldatenmützen gerissen. In Weimar holten Sozialdemokraten und Zentrum die schwarzweißrote Flagge des Zweiten Reiches nieder, unter der die deutsche Front vier ruhmvolle Jahre gekämpft und geblutet hatte, für die Millionen deutscher Männer in allen Teilen der Welt gefallen waren. Dafür wurden die alten Farben von 1848 gehißt: Schwarz-Rot-Gold. Damit wollte man auch nach außen sichtbar zeigen, daß das neue Deutschland mit dem von Preußen geführten Bismarckreich nichts zu tun habe. Schwarzrotgold aber waren eine Reihe feindlicher Flugblätter umrandet, die 1918 zum Überlaufen unter dem Stichwort „Republik" aufgefordert hatten. So waren sie entehrt und geschändet, waren sie aus einem alten Sinnbild Großdeutschlands zu Farben des Landesverrats geworden.

II. Der Weltfriede gegen das deutsche Volk

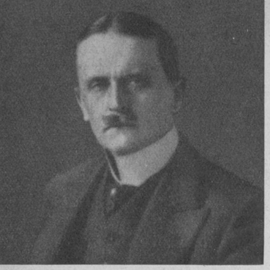
Die Friedenskonferenz von Versailles

Im Dezember 1918 war Präsident Wilson auf dem Kreuzer George Washington in Brest gelandet, um persönlich an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Zunächst unternahm er Rundfahrten nach Paris, London, Brüssel, Rom. Jubelnd wurde er überall begrüßt und gefeiert als der Verkünder der allgemeinen Weltgerechtigkeit und Völkerversöhnung. Und während er in den europäischen Hauptstädten Lorbeeren sammelte, preßte die französische Waffenstillstandskommission unter Foch das deutsche Volk mit ihren ständigen Neuforderungen aus.

Am 48. Reichsgründungstag (18. Januar 1919) eröffnete der Präsident der französischen Republik den Friedenskongreß in Paris. Über 1000 Vertreter aller 27 Feindbundmächte waren dazu erschienen. Nicht gerechnet die Mitarbeiter, die allein für die Vereinigten Staaten 1300 Mann zählten, und die nichtamtlichen Vertreter von Presse und Verbänden, die bei ihnen rund 500 Menschen betrugen.

In der Reihe der „Alliierten" (von der alten Entente bis zur Negerrepublik Liberia) und der „Assoziierten" (der Vereinigten Staaten) waren auch die aus der Habsburgermonarchie gelösten neuen Staaten vertreten: die Tschechoslowakei und Südslawien. Deutschland und seine Verbündeten dagegen waren nicht anwesend. Denn sie hätten, so behaupteten die Feinde, den Krieg absichtlich herbeigeführt, „um ihre Leidenschaft für die Tyrannei zu befriedigen". Mit solchen „Verbrechern" wollte man nicht verhandeln, sie wollte man bestrafen — ohne sie anzuhören. Die Sitze der späteren deutschen Abordnung waren auf der Sitzliste, die die französischen Zeitungen veröffentlichten, als „Bank für die Angeklagten" (banc des accusés) bezeichnet.

Clemenceau, der französische Ministerpräsident, führte den Vorsitz. Aber nur sechsmal trat die öffentliche Vollversammlung zusammen. Die entscheidenden Verhandlungen führten Wilson, Clemenceau, Lloyd George und der Ministerpräsident Italiens (Orlando) hinter verschlossenen Türen.



Graf Brockdorff-Rantzau

Ende April wurde Deutschland aufgefordert, Vertreter zur Entgegennahme der Bedingungen zu entsenden. Man sicherte ihnen „jede Bewegungsfreiheit zur Erfüllung ihrer Aufgabe" zu und — gitterte die drei Fremdenhöfe am Park von Versailles, in denen die 200 Deutschen untergebracht wurden, mit Stacheldraht gegen die Außenwelt ab. Am 7. Mai überreichte Clemenceau in einer Vollsitzung dem deutschen Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau ein dickes Buch mit 440 Artikeln und 16 ausführlichen Anlagen. Den genauen Wortlaut des Gesamtwerkes kannte überhaupt nur einer: Clemenceau selbst. Als dreißigjähriger Arzt hatte er 1871 in der französischen Nationalversammlung mit einer kleinen Minderheit gegen die Annahme des Frankfurter Friedens gestimmt. Jetzt erklärte er: „Sie haben uns den Krieg aufgezwungen . . . Die Stunde der schweren Abrechnung ist gekommen. Sie haben um den Frieden gebeten, wir sind geneigt, ihn zu gewähren." Sitzend erwiderte Brockdorff-Rantzau: „Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die Alleinschuldigen am Kriege bekennen sollen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge." Deutschland habe auf Grund der 14 Punkte die Waffen niedergelegt, und das bedeute einen Vorfriedensvertrag, der auch die andere Seite bände. Ein Friede aber, der nicht im Namen des Rechts geschlossen sei, „würde immer neue Widerstände gegen sich aufrufen; niemand wäre in der Lage, ihn mit gutem Gewissen zu unterzeichnen, denn er wäre unerfüllbar."

Drei Wochen erhielt der deutsche Außenminister hinter dem Stacheldraht Zeit zu schriftlichen Gegenäußerungen. Zwanzig verschiedene Gegenvorschläge arbeitete er in dieser Zeit aus. Vergebens. So faßte er schließlich zusammen: „Wer diesen Friedensvertrag unterzeichnet, spricht damit das Todesurteil über viele Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder." — Als schließ-

lich die deutsche Abordnung wieder abreiste, wurde sie von der französischen Menge beschimpft und mit Steinwürfen verletzt.

Ähnlich wie den reichsdeutschen Vertretern in Versailles erging es den österreichischen in St. Germain: sie durften das Schloß nur durch eine kleine Nebenpforte über eine dunkle Wendeltreppe betreten.

Als die ersten Bedingungen der „Siegermächte" im Reiche bekannt geworden waren, hatte sich die Nationalversammlung in der Aula der Universität Berlin versammelt unter dem Bilde, das Fichte in einer „Rede an die deutsche Nation" zeigt. „Wer kann als ehrenhafter Mann diese Bedingungen annehmen!" hatte der Ministerpräsident Scheidemann jetzt gerufen. „Wo ist die Hand, die nicht verdorren würde, wenn sie uns in diese Fesseln schlüge!" Die Entente drohte mit bewaffnetem Einmarsch. Würde das deutsche Volk eine solche neue Belastungsprobe aushalten? Im Kabinett setzte sich Brockdorff-Rantzau für Ablehnung ein. Nur zwei Monate durchhalten, dann würden sich die Feinde im Kampf um die Beute entzweien, und wir würden bessere Bedingungen bekommen. Unterschreiben wir aber, „so wird nachher niemand fragen, ob wir das unter Zwang getan haben oder nicht, sondern wir werden ihnen mit unserer Unterschrift einen formalen Rechtstitel für ihre Forderungen liefern." Aber hinter dem Rücken Brockdorffs sagte Erzberger einem französischen Agenten zu, wir würden „in jeder Form" unterzeichnen. Er war auch jetzt noch der Überzeugung: „Wir müsse alles zugäwe und alles zugäwe, dann werde sie uns scho verzeihe." Und in das Gästebuch seines Weimarer Stammlokals schrieb er in diesen schweren Tagen ein: „Erst mach dein Sach', dann trink und lach!"

Die Abstimmung im Kabinett ergab Stimmengleichheit. Brockdorff-Rantzau trat zurück. Eine neue Regierung wurde gebildet, lediglich aus Zentrumsleuten und Sozialdemokraten. Mit 237 Stimmen gegen 138 erklärte sich die Nationalversammlung für Annahme des feindlichen Diktats. Am 28. Juni 1919, nachmittags 3.12 Uhr, unterzeichneten der sozialdemokratische Außenminister Müller und der Zentrumsminister Bell im Spiegelsaal von Versailles genau an der Stelle, an der einst Wilhelm I. bei der Ausrufung zum deutschen Kaiser gestanden hatte, den Weltfrieden gegen das deutsche Volk. Der Ort der Unterzeichnung —

wie schon der Eröffnungstag der Konferenz — offenbarte die letzte Absicht Frankreichs: die Zertrümmerung der Reichseinheit. Der Zeitpunkt, der fünfte Jahrestag des Mordes von Serajewo, sollte unterstreichen, daß die Friedensbedingungen die Strafe Deutschlands für den Ausbruch des Krieges wären; in Wahrheit aber enthüllte er das eigentliche Ziel der Schüsse auf den habsburgischen Erzherzog: die Vernichtung Deutschlands.

Am 10. September unterzeichnete auch Deutsch-Österreich in St. Germain die ihm auferlegten Bedingungen. Dabei mußte es aus seinem Namen das Wort Deutsch streichen und auf seinen Anschluß an das Reich verzichten.

Der Angriff auf die deutsche Ehre

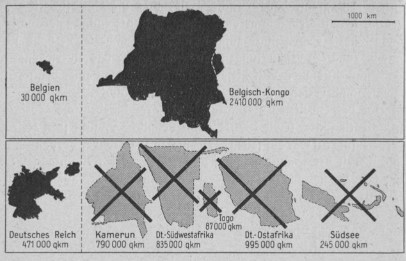
Im Artikel 231 des Versailler Vertrages mußte Deutschland anerkennen, daß es mit seinen Verbündeten den Gegnern den Krieg „aufgezwungen" habe. Eine bewußte Fortführung der Kriegspropaganda, die das deutsche Volk in der Welt verfemen sollte. Als Brockdorff-Rantzau gegen diese „Kriegsschuldlüge" Einspruch erhob, hatte Clemenceau in einer „Mantelnote" zum Vertrage geantwortet, der Krieg sei „das größte Verbrechen gegen die Menschheit und die Freiheit der Völker gewesen, das eine Nation, die sich selber für zivilisiert ausgibt, jemals mit Bewußtsein begangen hat". Als leitender englischer Minister erklärte später Lloyd George (3. März 1921): „Die deutsche Schuld am Kriege ist die Grundlage, auf der das Gebäude von Versailles errichtet ist." Aber deutsche „Pazifisten" und Marxisten machten sich die Verleumdung zu eigen, um dadurch ihren Dolchstoß in den Rücken der deutschen Front zu rechtfertigen. Der „bayrische" Novemberminister Eisner-Kosmanowski hatte, um die Kriegsschuld der kaiserlichen Regierung zu „beweisen", gleich nach seinem „Regierungsantritt" Gesandtenberichte gefälscht und veröffentlicht, weil „nur durch die volle Wahrheit jenes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden kann, das Voraussetzung für den Frieden der Völkerversöhnung ist". Die „Volksbeauftragten" ließen den tschechischen Juden Kautsky aus den Akten des Auswärtigen Amtes die deutsche Schuld am Kriege „beweisen". Kautsky, der die deutsche Niederlage als ein Glück bezeichnet

hatte, weil „sonst das deutsche Volk unter die Knechtschaft des deutschen Militarismus gekommen wäre", stellte einige „zweckvoll" ausgewählte Schriftstücke zusammen, kürzte, änderte, verband sie mit lügenhaften Anmerkungen und — verkaufte das Übersetzungsrecht ans Ausland. Auf diese „Veröffentlichungen einer deutschen Regierung" beriefen sich in Versailles die Mächte.

Vor der Zweiten Internationale erklärte die deutsche Sozialdemokratie später (Juli 1920): „Eine heimliche Absicht [den Krieg herbeizuführen] war auf seiten der deutschen Machthaber vorhanden". Einen Teil der Schuld nahm sie „vor aller Welt freimütig" selber auf sich, da sie „die Gefahr, die in der Führung der auswärtigen Politik ohne Kontrolle des Reichstages lag, nicht rechtzeitig und energisch genug bekämpft" habe. — Noch am 10. Jahrestage der Unterzeichnung der Versailler Bedingungen wandte sich ein Aufruf der Reichsregierung, der neben den Parteien der Weimarer Koalition auch die Deutsche Volkspartei angehörte, lediglich dagegen, daß Deutschland die „alleinige" Schuld am Kriege trage.

Zu der „Schuld am Kriege" kam die „Schuld im Kriege". Den U-Boot-Krieg gegen die Hungerblockade bezeichnete die Mantelnote Clemenceaus als „Herausforderung von Seeräubern". In ihm seien die Fahrgäste der torpedierten Schiffe „auf Gnade und Ungnade den Winden und Wellen und, was noch schlimmer ist [!], den Besatzungen der U-Boote preisgegeben worden". Fast 900 deutsche „Kriegsverbrecher", die sich „gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges" vergangen hätten — Offiziere und Mannschaften, darunter Hindenburg, Ludendorff und Admiral Scheer —, sollten der Entente zur Bestrafung ausgeliefert werden. In Versailles hatte Brockdorff-Rantzau auf diese Vorwürfe erwidert: „Verbrechen im Kriege mögen nicht zu entschuldigen sein; aber sie geschehen im Ringen um den Sieg, in der Sorge um das Dasein der Nation, in der Leidenschaft. Die Hunderttausende aber, die nach dem Kriege an der Blockade zugrunde gingen, wurden mit kalter Überlegung getötet. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen."

Der deutsche Vertreter in Paris (Freiherr von Lersner) verweigerte die Annahme der Liste. Er mußte zurücktreten, — und die Berliner Regierung nahm die Liste von dem französischen Botschafter entgegen. Aber einmütig lehnte sich das Volk gegen die Ausliefe-



Die deutsche Raumnot

rung auf. So wurde die Aburteilung dem Reichsgericht überwiesen. Dieses eröffnete auch — zwei Jahre nach „Friedensschluß"! — tatsächlich das Verfahren. Auf Reichskosten ließ es dazu die Zeugen aus Frankreich und Belgien kommen, ließ sogar zwei U-Boot-Offiziere im Auslande verhaften und gefesselt nach Leipzig bringen. Aber von den 45 Fällen, die verhandelt wurden, mußte bei 35 das Verfahren eingestellt werden, 10 endeten mit Freispruch.

Wilhelm II. sollte „wegen schwerer Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge" ausgeliefert und „nach den erhabensten Grundsätzen der internationalen Politik" — von den Anklägern abgeurteilt werden. Aber Holland lehnte die Auslieferungsforderung ab.

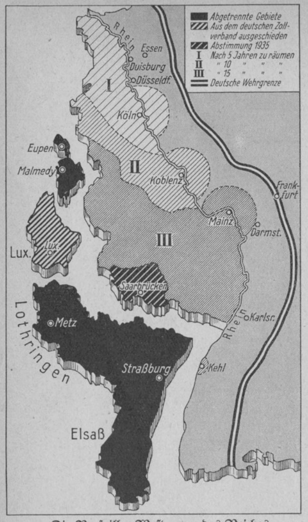
Bei der „kolonialen Schuldlüge" stützten sich die Alliierten ausdrücklich auf Anklagen, die Erzberger und sozialdemokratische Redner vor dem Kriege im Reichstage gegen die deutsche Kolonialverwaltung erhoben hatten. Das deutsche Volk wurde als „unfähig" und „unwürdig" zu jeder Kolonialarbeit bezeichnet. Daher mußte es seine Kolonien an den Völkerbund abtreten. Der übertrug ihre Verwaltung an „fortgeschrittenere Nationen": das „Mandat" über Deutsch-Südwest an Südafrika, das über Deutsch-Ostafrika an England, das über Togo und Kamerun an Frank-

reich und das über die deutschen Südseeinseln an Australien, Neu-Seeland und Japan. Bald aber forderten die „Mandatsmächte" deutsche Ärzte zur Bekämpfung der Schlafkrankheit an, suchte Belgien das neue deutsche Mittel gegen diese heimtückische Krankheit (Bayer 205) auf dem Wege der Kriegsentschädigung zu bekommen.

Der letzte der 14 Punkte Wilsons hatte „eine allgemeine Vereinigung der Nationen" gefordert, „um großen wie kleinen gleichermaßen ihre politische Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit ihres Gebietes zu gewährleisten". Die Satzungen dieser „Staatengesellschaft" (société des nations), deren Namen nur wir Deutschen mit dem verklärenden Worte „Völkerbund" übersetzt haben, bilden den ersten Teil des Versailler Vertrages. Das allein schon zeigt, daß die ihr dort gestellte Aufgabe, „Frieden und Sicherheit zu gewährleisten", nur so gemeint ist, daß es sich um den Versailler Frieden und um die Sicherheit des Versailler Systems handelt. Lediglich die „Siegerstaaten" sind „ursprüngliche" Mitglieder, während die Neutralen zum Beitritt eingeladen wurden. Auch der Völkerbundsrat setzt sich ausdrücklich zusammen „aus Vertretern der alliierten und assoziierten Hauptmächte", ergänzt durch Vertreter von „vier anderen Bundesmitgliedern". Dagegen hatten die Mittelmächte durch genaue Erfüllung der ihnen auferlegten Friedensbedingungen erst ihre Würdigkeit zu beweisen. Auch Sowjetrußland blieb ausgeschlossen. Und die Vereinigten Staaten, deren Präsident den Gedanken angeregt hatte, traten ihm nicht bei. Sitz des Völkerbundes ist Genf. „Die Mitglieder des Bundes erkennen an, daß die Aufrechterhaltung des Friedens es nötig macht, die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabzusetzen" (Artikel 8 der Völkerbundsakte) und „alle etwa zwischen ihnen entstehenden Streitfälle ... dem Schiedsgerichtsverfahren ... zu unterbreiten" (Artikel 12).

Die Verstümmelung des deutschen Reichs- und Volksbodens

An allen Seiten wurde der deutsche Raum eingeengt. Im Westen erhielt Frankreich Lothringen und das Elsaß „zurück". Um Wilson zu überzeugen, hatte Clemenceau in Versailles von seinem Sekretär 150000 „Saarfranzosen" erfinden und in ihrem Namen



Die Versailler Westgrenze des Reiches

eine Bittschrift einreichen lassen. So kam das Saarbecken für 15 Jahre unter die Verwaltung eines Völkerbundsausschusses. Danach sollte die Bevölkerung darüber abstimmen, ob sie zum Reiche oder zu Frankreich gehören oder weiterhin vom Völkerbund verwaltet werden wolle. Dem deutschen Unternehmer, der kein französisches Kapital aufnahm, wurde die Kohle gesperrt; Arbeiter, die ihre Kinder nicht in die neu eingerichteten französischen Schulen schickten, mußten mit ihrer Entlassung rechnen. So wollte man in dem halben Menschenalter der Besetzungszeit die fehlenden „Saarfranzosen" schon schaffen.

Luxemburg wurde aus dem Zoll- und Eisenbahnverband mit dem Reiche gelöst.

Die preußischen Kreise Eupen und Malmedy kamen, ohne die Bevölkerung zu befragen, an Belgien. Zwar durfte jeder namentlich dagegen Einspruch erheben. Für diesen Zweck legten die belgischen Behörden in den beiden Kreisstädten — vormittags 3, nachmittags 2 Stunden — Protestlisten aus. Jede Aufklärung und Werbung war verboten. Wer sich trotz allen Schwierigkeiten eintrug, der wurde von der Lebensmittelverteilung ausgeschlossen. So trugen sich nur 270 ein, und der Völkerbund übergab daraufhin die beiden Kreise endgültig an Belgien. Über den Versailler Vertrag hinaus bekam Belgien sogar noch einen Teil des

Kreises Monschau. Bei der Grenzziehung wurden Bahnlinien und Bahnhöfe auf deutschem Boden belgisch, so daß belgische Truppen zu ihrem Übungsplatz durch deutsches Gebiet gefahren werden müssen; ein Dorf wird von der Grenze durchschnitten, für den staatsbelgisch gewordenen Teil seiner Bewohner sind „erschwerende Paß- und Zollformalitäten" aufgehoben, so daß hier die Zollgrenze unterbrochen ist und ein „legaler Schmuggel" getrieben werden kann.



Die deutsche Ostgrenze (von der Ostsee her gesehen)

Im Norden erhielt sogar das während des Krieges neutrale Dänemark ein Stück deutschen Bodens. Schleswig wurde in drei Abstimmungszonen eingeteilt. Die nördliche Zone stimmte im ganzen ab. Ihre Grenzlinie war so gezogen, daß neben dem dänisch-völkischen Nordteil auch größere volksdeutsche Gebiete mit Apenrade und Tondern — im ganzen 40000 deutsche Menschen — zu Dänemark geschlagen werden konnten. Die zweite Zone stimmte gemeindeweise ab. Trotz der dänischen „Speckpropaganda" war aber hier das Ergebnis so, daß die Absicht, dänische Einsprengsel herauszunehmen, nicht ausgeführt werden konnte, denn 80% stimmten für Deutschland. Darauf unterblieb die Abstimmung in der dritten Zone.

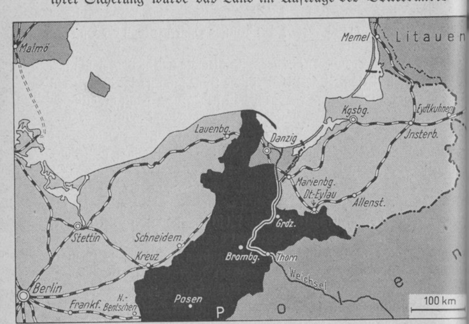
Ein dänischer Versuch, die Internationalisierung der Stadt Flensburg zu erreichen, mißlang, jedoch mußten einige kleine Gemarkungen der zweiten Zone, trotz deutscher Mehrheit dieser Gemeinden, im Rahmen einer Grenzberichtigung an Dänemark abgetreten werden.

Die deutsche Ostgrenze wurde völlig zerstückelt. Die alte Hansestadt Danzig wurde als „Freie Stadt" dem Völkerbund unterstellt und

dem polnischen Zollgebiet angeschlossen. Auf das Memelland mußte das Reich „zugunsten der alliierten und assoziierten Mächte" verzichten. Fast die gesamte Provinz Posen und Westpreußen fielen an Polen; dazu Teile von Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Niederschlesien. In den Kreisen Marienwerder und Allenstein aber stimmten 92,8% und 97,8% für Deutschland; darunter alle Masuren.

Der „Weichselkorridor" — ein Gebiet größer als Belgien, in einer Breite von 80—220 km — gab Polen einen Zugang zum Meer. Ostpreußen wurde vom übrigen Reichsboden getrennt. Die Weichselgrenze läuft rechts des Stromes auf dem Deich und umfaßt an einer Stelle noch 5 ostpreußische Weichseldörfer. Der im Friedensvertrag Deutschland zugesicherte „Zugang zur Weichsel" ist — 4 m breit (bei Kurzebrack). Bei der übrigen Grenzziehung wurden immer wieder Städte von ihren Bahnhöfen, Dörfer von ihren Mühlen, Fabriken von ihren Lagerschuppen, Gehöfte von ihren Äckern, Friedhöfe von ihren Gemeinden getrennt.

In Oberschlesien sollte eine gemeindeweise Volksabstimmung stattfinden: ein Erfolg Brockdorff-Rantzaus in Versailles. Zu ihrer Sicherung wurde das Land im Auftrage des Völkerbundes



Der Weichselkorridor



Abstimmungsdenkmal in Allenstein

von französischen, englischen und italienischen Truppen unter einem französischen General besetzt. Unter deren Schutz rief der einstige Reichstagsabgeordnete Korfanty, während des Krieges Sekretär Erzbergers, einen polnischen Aufstand ins Leben. Als die deutsche Polizei diesen niederschlug, wurde sie von den Franzosen entwaffnet. Die deutsche Bevölkerung war vogelfrei, Überfällen und Mißhandlungen preisgegeben. 55 Deutsche wurden ermordet.

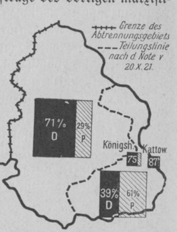
Trotz aller Bedrangsalung stimmten jedoch 61% der Bevölkerung und 55% der Gemeinden für ihr Verbleiben beim Reich (20. März 1921). Gegen dieses Ergebnis rief Korfanty einen neuen Aufstand ins Leben, um „vollendete Tatsachen" zu schaffen. 50000 polnische „Aufständische" — vielfach polnische Soldaten in Arbeitertracht — mit französischen Waffen und teilweise unter französischer Führung brachen über die Grenze und eroberten ganz Oberschlesien bis zur Oder. Die Berliner Regierung hatte dem-

Deutscher Selbstschutz in Oberschlesien

gegenüber die Freikorps aufgelöst. Aber die alten Kameraden aus den Kämpfen des „Nachkrieges" trafen sich wie selbstverständlich im Abstimmungsgebiet und bildeten erneut einen Selbstschutz. Die deutschen Jugendbünde stellten eine „Wandervogelhundertschaft" auf. Aus Bayern erschien der Bund Oberland. Auf der Fahrt durch Sachsen wurden seine Trupps im Auftrage des dortigen marxistischen Innenministers Lipinski angehalten, entwaffnet, beschossen.

In Oberschlesien wie bei allen Kämpfen um den Bestand des Reiches fehlten — die republikanischen Parteien, die „Schöpfer" und Träger des Zwischenreiches. Und weder hier, noch bei den Abstimmungen haben die schwarz-rot-goldenen Fahnen geweht. Im Kampf für Deutschland galt nur schwarz-weiß-rot.

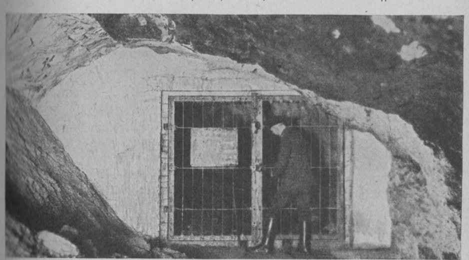
Bald stand eine deutsche Front in Schlesien. Die Polen hatten den beherrschenden Annaberg, der sich 300 m aus dem Odertal erhebt, stark befestigt



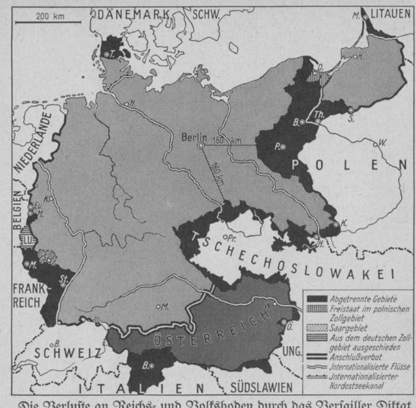
Das Abstimmungsergebnis in Oberschlesien

und besetzt. Aber die deutschen Freikorps, nur zum geringen Teil mit Gewehren bewaffnet, ohne jedes Geschütz, stürmten die Höhe und erbeuteten die kostbaren Maschinengewehre und Kanonen. Dabei ist jeder vierte Mann des Bundes Oberland gefallen.

Jetzt, gegenüber den deutschen Erfolgen, griffen die französischen Truppen ein, schoben sich zwischen die kämpfenden Linien und verhinderten den weiteren deutschen Vormarsch. Das jüdisch-demokratische „Berliner Tageblatt" erklärte die Auflösung der deutschen „Banden" für eine „im vaterländischen Interesse dringende Aufgabe", und die deutsche Reichsregierung unter dem Zentrumskanzler Wirth ließ das Abstimmungsgebiet gegen Zuzug von neuen Freiwilligen durch Polizei sperren und bedrohte jeden, der sich fernerhin mit seinem Blute für die deutsche Sache einsetzen würde, mit „Geldstrafe bis zu 100000 Mark oder Gefängnis bis zu 6 Monaten". Ein Völkerbundsausschuß — ein Chinese, ein Brasilier, ein Kanadier und ein Tscheche, von denen keiner je das fragliche Gebiet gesehen hatte, — entschied (z. T. nach gefälschten Karten): Oberschlesien wird zwischen dem Reich und Polen geteilt. Dabei kamen auch die Städte Kattowitz und Königshütte mit 87 und 75% deutscher Stimmen unter fremde Herrschaft. Die Grenze wurde so geführt, daß vielfach die Wohnstätte der Arbeiter von der Arbeitsstätte, Gas-, Strom- und Wasserwerke



Grenzziehung unter Tage in Oberschlesien



Die Verluste an Reichs- und Volksboden durch das Versailler Diktat

von ihren Versorgungsgemeinden getrennt waren. Zwischen Beuthen und Hindenburg wurde die Straßenbahn durchschnitten, um das bedeutendste Knappschaftslazarett den Polen zu überantworten.

Ohne jede Abstimmung kam das Hultschiner Ländchen an der Südwestecke Schlesiens an die Tschechoslowakei. Vergeblich erklärte sich sofort nach Bekanntwerden dieser Abtretung die Bevölkerung in einer privaten Abstimmung mit 94% für das Reich.

Einst hatte Wilson feierlich verkündet: „Völker und Provinzen sollen nicht von einem Staat zum andern verschachert werden dürfen, als wären sie bloße Sachen oder Steine in einem Brettspiel.“ Durch Mißachtung dieses „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ verlor das Deutsche Reich im ganzen ein Achtel seiner Bodenfläche, ein Zehntel seiner Bevölkerung: soviel Menschen, wie zusammen in Norwegen und Dänemark leben.



Der deutsche Gebietsverlust (70588 qkm) im Vergleich mit deutschen Landesteilen

Dafür schien aber durch die Auflösung der Donaumonarchie die Möglichkeit gegeben, den deutschen Volksboden in Mähren und Böhmen, in Österreich und Tirol dem Reiche anzugliedern. Doch in Versailles und St. Germain mußten die beiden deutschen Staaten die „Unabhängigkeit" Deutsch-Österreichs anerkennen. Es nutzte nichts, daß die Tiroler und Salzburger privat abstimmten und sich mit 145000 (gegen 2000) und 99000 (gegen 900) für den Anschluß erklärten (Sommer 1921). „Eine klarere Verleugnung des angeblichen Selbstbestimmungsrechts ist kaum zu denken", schrieb Wilsons Staatssekretär Lansing in seinen Erinnerungen.

Ungarn mußte das deutsche Burgenland an Österreich abtreten. Doch erzwang es eine Abstimmung, bei der es selber die Listen führte, und rettete dadurch das Gebiet von Ödenburg für sich (Dezember 1921). In Kärnten, wo die deutschen Abwehrkämpfe eine Abstimmung erreicht hatten, wurde bis dahin — für 16 volle Monate — die Verwaltung Südslawien mit seinen Beamten und Truppen übertragen. Trotz allem Terror aber stimmten nur 15000 für Südslawien und 22000 — darunter 15000 slowenisch sprechende „Windische" — für Österreich (Oktober 1920). Das deutsche Südtirol mit Bozen und Meran von der Salurner Klause bis zum Brenner wurde ohne jede Volksbefragung an Italien abgetreten.

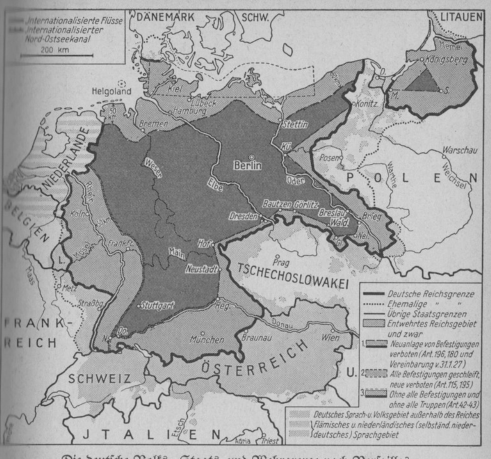
Rings um den deutschen Volksraum bluten die Grenzen.

Der Druck gegen den deutschen Volksboden

Umfaßte schon das kleindeutsche Reich von 1871 nur einen Teil des deutschen Volksbodens, so haben die Bestimmungen von Versailles Deutschland noch weiter verkleinert, noch mehr Deutsche von ihrem Volkskörper losgerissen, die deutsche Volkheit an allen Grenzen aufgesplittert. Die Deutschen sind das einzige Volk Europas, das einen ungewöhnlich hohen Bruchteil seiner Bevölkerung — ein volles Drittel! — auf fremdem Boden wohnen hat; sie sind mehr denn je das „Volk ohne Raum". Von den 76 Millionen Deutschen, die in geschlossenem Siedlungsgebiet in Mitteleuropa wohnen, faßte Rumpfdeutschland 1920 nur 62 Millionen zusammen. Fünf Staaten liegen heute vollständig auf deutschem Boden: das Deutsche Reich, Deutsch-Österreich, Liechtenstein, Danzig und Luxemburg. Die Staatssprache Luxemburgs ist heute Französisch, und durch die Zollverbindung mit Belgien, die es nach dem Weltkriege eingegangen ist, kommt es auch im übrigen immer mehr unter französischen Einfluß. Das niederdeutsche Holland empfindet sich selbst nicht mehr als deutsches, nur als germanisches Land. Zehn andere Staaten greifen auf deutschen Volksboden über: Dänemark, Litauen, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Südslawien, Italien, Frankreich und Belgien; dazu die Schweiz, deren Deutsche sich aber nicht als Grenzdeutsche fühlen, sondern meist als deutschsprechende Ausländer.

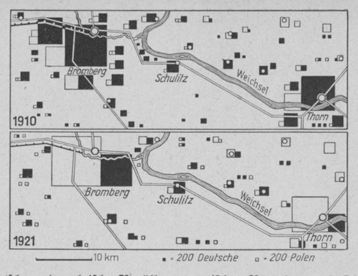
Der beengte Raum in dem Rumpfdeutschland nach Versailles und die schwere Wirtschaftslage infolge der riesigen Kriegsentschädigung trieben von neuem zahlreiche Deutsche nach Übersee. Aber die Vereinigten Staaten, das frühere Haupteinwanderungsgebiet, lassen nur noch eine beschränkte Zahl Deutscher hinein. In den europäischen Ländern hat das Deutschtum einen harten Kampf um seine Selbstbehauptung zu führen. Stellung auf Stellung wird ihm entrissen: da eine Schule, dort ein Acker, da eine Fabrik, dort ein Arbeitsplatz, da ein Bauernhof, dort ein Gasthaus. Aus einem rein deutschen Landstrich wird so ein gemischtsprachiger, aus diesem ein fremdsprachiger und damit schnell ein fremdvölkischer.

Aus Elsaß-Lothringen wurden fast alle nach 1871 eingewanderten Deutschen ausgewiesen, dazu viele ihr alemannisches Volkstum



Die deutsche Volks-, Staats- und Wehrgrenze nach Versailles

offen betonenden Altelsässer; insgesamt 150000 Menschen. Die deutsche Sprache wurde aus Verwaltung, Gericht und Schule verbannt (zweisprachig ist nur — der Steuerzettel); aus Innerfrankreich wurden französische Beamte und Lehrer ins Land geschickt. Doch der Widerstand dagegen ist ständig gewachsen. „Ist es etwa nicht wahr", fragte der Elsaß-Lothringische Heimatbund in einem Aufruf (1926), „daß wir uns durch Sprache, Anschauungen, Sitten, Gebräuche, kurz in allem bis zur Bauart unserer Dörfer und Städte von den Innerfranzosen unterscheiden?" Damit erklärte er die Elsaß-Lothringer für eine „Deutsche Volks-



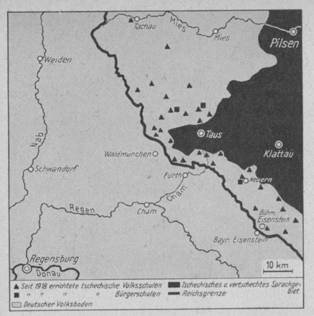
Deutsche und polnische Bevölkerung zwischen Bromberg und Thorn 1910 und 1921

gruppe" im französischen Staate. Dessen Ziel aber ist die völkische Aufsaugung dieses alten alemannischen Landes.

In Eupen-Malmedy haben die deutschen Beamten und Lehrer das Land verlassen. Aber die Bevölkerung hält weiter an ihrem Volkstum fest. Trotz den neuangesiedelten belgischen Beamten konnten die Belgier bei den Gemeindewahlen in Malmedy nur einen, in Eupen gar keinen Sitz erobern.

Nicht durch staatlichen Druck, sondern durch rege Werbetätigkeit sucht Dänemark die Deutschen Nordschleswigs ihrem Volkstum zu entfremden. Besondere Schutzbestimmungen für die deutsche Volksgruppe, wie sie Deutschland für die Dänen Schleswigs getroffen, hat es abgelehnt.

In dem ehemaligen Posen und Westpreußen haben Hunderttausende von Deutschen für ihr Verbleiben beim Deutschen Reiche „optiert" und sind daraufhin ausgewiesen worden. Andere Hunderttausende sind von Haus und Hof vertrieben. Rund 1 Million Deutscher haben seit Versailles dieses „unzweifelhaft polnische" Gebiet verlassen! Über 500000 ha deutschen Bodens gingen in polnische Hände über. Bromberg, vor dem Kriege eine fast rein



Der Vertschechungsvorstoß im Böhmer Wald

deutsche Stadt mit 60000 Einwohnern, zählte 1921 (unter dem polnischen Namen Bydgoszcz) unter 88000 Menschen 24000 Deutsche, 1928 nur noch 12000. Die deutschen Dörfer im alten, zu Rußland gehörenden „Kongreßpolen" sind während des Krieges meist ausgebrannt, ihre Bewohner vielfach nach Sibirien verschickt worden. Doch noch gibt es ½ Million Deutsche dort, zusammengefaßt im „Bund der Deutschen in Polen".

Hungersnöte haben die durch Krieg, Verbannung, Bolschewismus verarmten Rußlanddeutschen schwer getroffen. Zu Tausenden sind sie an Hunger und Krankheiten gestorben, zu Tausenden in das Reich zurückgeflohen. Dort aber wurden sie von der Regierung des Weimarer Systems nicht, wie sie gehofft, als bäuerlicher Grenzschutz im Osten angesiedelt, sondern mußten hinüberfahren nach Kanada und Brasilien.

Der deutsche Volksboden in Böhmen und Mähren ist allein fast so groß wie Württemberg, größer als Elsaß-Lothringen. In der Tschechoslowakei leben mehr Deutsche als in der Schweiz. Die Zahl der Sudetendeutschen übertrifft die der Norweger oder der Dänen.

Die Bestimmungen von St. Germain verpflichteten zwar die Tschechen, die deutsche Sprache in allen Bezirken anzuerkennen, in denen mindestens 30% Deutsche wohnen. Aber sie haben mehr als 300 000 ha deutsches Ackerland und noch mehr deutsches Waldgebiet enteignet und Tschechen darauf angesiedelt, um das Deutschtum auseinanderzusprengen. Die deutsche Industrie erhält nur Aufträge, wenn sie genügend tschechische Arbeiter einstellt. Durch diese Maßnahmen und durch geschickte Verwaltungseinteilung wurde in allen Bezirken — bis auf zwei — der deutsche Hundertsatz unter 30% herabgedrückt. So brauchen die tschechischen Behörden und Gerichte mit den Deutschen nur in tschechischer Sprache zu verkehren. Weit über 1 000 deutsche Schulklassen sind geschlossen. Eine planmäßige tschechische Grenzsiedlung soll die Sudetendeutschen vom geschlossenen deutschen Volksboden trennen. Tschechische Beamte werden in deutsches Gebiet versetzt, damit dort tschechische Schulen eingerichtet werden können, deutsche in rein tschechische Bezirke, damit sie ihre Kinder in tschechische Schulen schicken müssen. Durch „Eingemeindung" von tschechischen Dörfern haben alte deutsche Städte wie Iglau und Olmütz eine tschechische Mehrheit erhalten. Aber als die deutschen Abgeordneten in das tschechische Parlament einzogen, verlasen sie eine Erklärung: „Wir werden niemals aufhören, das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes zu fordern."

In Südslawien, wo mehr als 700 000 Deutsche wohnen, wurde die Veröffentlichung der Friedensartikel verboten, die den fremden Volksgruppen Schutz zusicherten. In Untersteiermark ist das Deutschtum so gut wie ausgerottet. — Rumänien mit seinen 800 000 Deutschen hat den Landbesitz der deutschen Kirchen und Gemeinden Siebenbürgens größtenteils enteignet; dadurch ist das einst reiche Deutschtum verarmt. — Die Baltendeutschen wurden 1918 von den bolschewistischen Rotgardisten massenweise verhaftet, erschlagen, niedergeschossen, nach Sibirien verschleppt; andere flüchteten ins Reich. So ist ihre Zahl auf fast ein Drittel zurückgegangen. Der deutsche Landbesitz in Estland, Lettland und Litauen wurde entschädigungslos enteignet — allein in Lettland ein Gebiet von der Größe Belgiens! —, die deutschen Beamten in den Städten wurden entlassen. Als die Franzosen das Ruhrgebiet besetzten, rückten gleichzeitig litauische Truppen in das Memelland (10. Januar

1923). Nach „heldenmütiger Verteidigung“ rückte die französische Besatzung, ohne einen Schuß abgegeben zu haben, aus der Stadt Memel ab. Die Alliierten erkannten die Oberhoheit Litauens an, gaben ihm aber im „Memelstatut“ auf, die deutsche Kultur des Landes nicht anzutasten. Bei den ersten Landtagswahlen unter litauischer Herrschaft entsandten die Memelländer von 29 Abgeordneten 27 Deutsche in die Volksvertretung (1925).



Abtransport des Denkmals Walthers von der Vogelweide in Bozen

Hart werden die Deutschen auch in Südtirol bedrückt. „Unglücklicherweise hatte Wilson die Brennergrenze Italien zugesagt“, heißt es in den Erinnerungen von Wilsons Mitarbeiter, und ihm damit 230000 Deutsche des geschlossenen deutschen Volksbodens überantwortet, „eine Tat, die er später als einen groben Fehler ansah und tief bedauerte.“ In allen Ortschaften wurden italienische Gemeindeverwalter eingesetzt. Die deutschen Orts- und Flurnamen wurden übersetzt (Bozen = Bolzano); alle Aufschriften (auch auf Gasthauswäsche und -geschirr) müssen italienisch sein, Firmenschilder dürfen keine deutschen Vornamen zeigen. In den Schulen darf nur in vier Wochenstunden Deutsch gelehrt werden, deutsche Schrift überhaupt nicht, selbst der Religionsunterricht muß in italienischer Sprache erteilt werden. Deutscher Privatunterricht ist verboten. Das Bild Andreas Hofers ist aus den Schulklassen entfernt, das Gefallenendenkmal der Tiroler Kaiserjäger in Bozen gesprengt und durch ein italienisches Siegesmal ersetzt. Mussolini hat auch das Standbild Walthers von der Vogelweide beseitigt und an einem entlegenen Platz aufstellen lassen. „Nach Jahrhunderten sind wir in unsere Berge zurückgekehrt“, erklärte bei der Übernahme des Landes der italienische Minister, „und wir wollen niemals wieder von ihnen heruntersteigen.“ Als aber die Südtiroler aus der österreichischen Nationalversammlung schieden, da gelobte ihr Sprecher: „Gegenüber diesem Vertrage haben wir mit jeder Fiber unseres Herzens in Zorn und Schmerz nur eine Antwort: ein ewiges, unwiderrufliches Nein!“

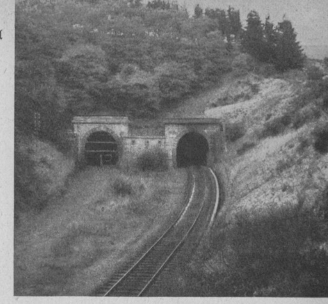
Die Entwaffnung Deutschlands

Das Deutsche Reich mußte abrüsten. 50000 Geschütze, 86000 Maschinengewehre, 5 Millionen Gewehre und Pistolen wurden zerschlagen, 14000 Flugzeuge und 26000 Flugmotoren abgeliefert, viele Fabriken, die Kriegsgerät hergestellt hatten, abgerissen, 22000 Maschinen zerstört. Ja 212000 Fernsprechapparate, 1240 Feldbäckereien und Tausende von Ferngläsern wurden vernichtet. Das reichsdeutsche Heer wurde auf 100000 Berufssoldaten, die deutsche Flotte auf 3 Dutzend kleinere Schiffe (6 Panzerschiffe, 6 kleine Kreuzer, 12 Zerstörer und 12 Torpedoboote) mit 15000 Mann Besatzung festgesetzt: Heer und Flotte mit zwölfjähriger Dienstpflicht für Mannschaften und Unteroffiziere und fünfundzwanzigjähriger für Offiziere, mit genau abgezählter Ausrüstung und Bewaffnung, ohne Luftflotte, ohne Tauchboote, ohne Generalstab. Der deutschen Artillerie wurden schwere Geschütze verboten und lediglich 204 Feldgeschütze (zu 7,75 cm Geschoßdurchmesser) und 84 Feldhaubitzen (zu 10,5 cm) erlaubt. Die Grenzfestungen wurden geschleift oder durften nicht erneuert werden. Auch Helgoland mußte entfestigt werden. In einem Gebiet bis 50 km rechts des Rheines ist jede „Sammlung von Streitkräften" verboten, auch gegen innere Unruhen. In dieser entwaffneten Zone mußten als „Vorkehrungen für eine Mobilmachung" zweigleisige Eisenbahnen in eingleisige verwandelt, andere ganz abgerissen werden. Die deutsche Wehrgrenze ist weit hinter die deutsche Staatsgrenze zurückverlegt.



Verschrottung deutscher Geschütze

Geſperrter Eiſenbahntunnel
im Rheinland



Geſprengtes Feſtungswerk
in Küſtrin



„Moralische“ Abrüstung (Kundgebung von Pazifisten in Berlin)

„Beschäftigung mit militärischen Dingen“ wurde Schulen und Vereinen verboten, ebenso der Eintritt Deutscher in fremde Kriegsdienste, außer — in die der französischen Fremdenlegion.

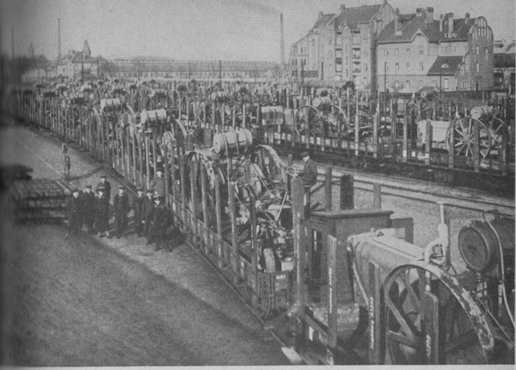
Ähnliche Bestimmungen galten für Österreich, dem 18000 Mann zugebilligt wurden.

„Interalliierte Kommissionen“ überprüften dauernd die Abrüstung. Innerhalb von 2 Monaten haben sie einmal der Reichsregierung nicht weniger als 100 Noten überreicht. Und die bestimmenden Parteien der Weimarer Republik wehrten sich nicht dagegen, sondern erfüllten alle Forderungen gewissenhaft, „nicht nur aus realpolitischen, sondern auch aus ethischen und grundsätzlichen Erwägungen“, wie der Vorsitzer des Zentrums, Prälat Kaas, erklärte. „Seit dem Kriegsende hat das katholische Zentrum zusammen mit der Sozialdemokratie die moralische Entwaffnung Deutschlands betrieben“, konnte der Marxistenführer und Unterzeichner von Versailles, Hermann Müller, in einer amerikanischen Zeitung versichern (Januar 1931 im Chicago Herald and Examiner).

Zwar sollte nach den Bestimmungen von Versailles die deutsche Entwaffnung „die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen ermöglichen“; doch starrt seitdem die Welt mehr denn je in Waffen.

Die Zerstörung der deutschen Wirtschaft

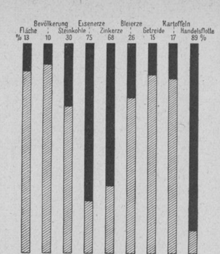
Der Verlust an Menschen und Boden bedeutete gleichzeitig einen starken wirtschaftlichen Verlust. Im Elsaß gingen die großen deutschen Kalilager, in Lothringen die Erzgruben verloren, in Westpreußen-Posen ein Fünftel der deutschen Getreideernte. Die



Sachlieferungen an die Entente

Teilung Oberschlesiens gab sämtliche dortigen Erzgruben, drei Viertel der Zinkförderung, fünf Sechstel der Steinkohlengruben an Polen. Die deutschen Wasserstraßen wurden der Hoheit des Reiches entzogen und „internationalisiert“, wie sonst nur das Meer außerhalb des Küstenbereichs. An der Ostgrenze wurden von 16 Eisenbahnlinien 9 totgelegt. Mit den Kolonien wurden dem Reiche nicht nur seine sämtlichen überseeischen Siedlungsgebiete, sondern auch seine eigenen Rohstoff- und Absatzmärkte entrissen. Mit der Ablieferung der Handelsflotte sank das Reich vom zweiten Platz der seefahrenden Staaten auf den dreizehnten, stand es hinter Griechenland.

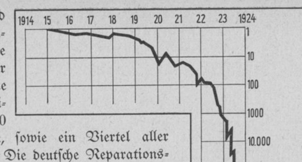
Als „Strafe“ dafür, daß es die „Schuld am Kriege“ trüge, wurde Deutschland — das Reich und Österreich (das auch den Hauptanteil der Staatsschulden der alten Habsburger Monarchie übernehmen mußte) — verpflichtet, sämtliche Kriegsschäden zu ersetzen: Kriegskosten, Landzerstörungen, Schiffsversenkungen, Renten, ja den Wert der Liebesgabenpakete an die Kriegsgefangenen

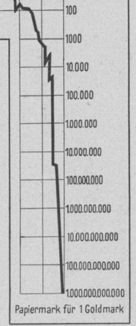


Die Verluste der deutschen Wirtschaft durch Versailles

in Deutschland als einer „Entschädigung für grausame Behandlung". „Als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich und als Anzahlung" auf die deutschen Tribute erhielt Frankreich für 15 Jahre das „volle und unbeschränkte Eigentum an den Kohlen im Saarbecken". Würde danach die Bevölkerung für ein Verbleiben beim Reich entscheiden, so sollte dieses die Gruben — in Gold zurückkaufen. Das gesamte deutsche Privateigentum im Auslande — das Vermögen der Zweigstellen deutscher Banken, die Tochtergesellschaften deutscher Industriewerke, Warenlager, Pflanzungen, Gruben, Beteiligungen — wurden beschlagnahmt, versteigert, verkauft. Deutschland sollte aus der Weltwirtschaft ausgeschaltet werden.

Zunächst hatte es einmalig eine Reihe Sachlieferungen zu leisten: Nach dem Verlust von mehr als einem Drittel aller Kohlengruben mußte es 10 Jahre lang monatlich 2 Millionen Tonnen Kohlen (Tag und Nacht alle 10 Minuten einen Güterzug von 50 Wagen) abliefern, 3 Jahre lang jährlich 50000 Tonnen Steinkohlenteer und 35000 Tonnen Benzol, sowie 5 Jahre lang ein Viertel aller Farbstoffe; dazu einmalig 1 Million Stück Rindvieh mit 140000 Milchkühen (später herabgesetzt), 1 Million Schafe, 190000 Pferde, große Mengen Schweine, Ziegen, Hühner, Gänse, Enten, zusammen 3700000 Stück Vieh ohne die 36000 Hunde; ferner an Wild u. a. 6 Millionen Rebhühner, 660000 Hasen, 200000 Kaninchen, 25000 Bienenvölker und über 11 Millionen Fischsetzlinge; weiter über 1 Million Zentner Saatgut, über 50 Millionen Raummeter Holz, 66 Millionen Nadelholzpflanzen; schließlich große Massen an Baustoffen, Maschinen, Werkzeugen, Fabrikeinrichtungen, Wäsche, Kränen und Docks, weitere 7 500 Loko-





Die deutsche Inflation

motiven und 200 000 Eisenbahnwagen, alle Seeschiffe über 1 600 und die Hälfte der kleineren bis 1 000 Registertonnen, sowie ein Viertel aller Flußdampfer. Die deutsche Reparationskohle wurde von Frankreich und Belgien zum größten Teil an England verkauft und von dort als „englische" Kohle für die Hochöfen an die Ruhr geliefert, wo als Folge der Sachleistungen Kohle fehlte. „Waren aus dem Ruhrgebiet, bestimmt für zerstörte Dörfer in Frankreich, wurden in Yokohama festgestellt" (der belgische Senator Barnich).

Die Summe der im übrigen zu zahlenden „Reparationen" (im deutschen Text mit „Wiedergutmachung", statt mit „Wiederherstellung" übersetzt!) ließ man noch offen, bestimmte lediglich, daß sie bis zum 1. Mai 1921 festzusetzen und in 30 Jahren abzutragen sei. „Schilling für Schilling, Tonne für Tonne!" hatte Lloyd George im Dezember 1918 den Engländern in seinen Wahlversammlungen versprochen; dem deutschen Volke werden wir „die Taschen umkehren"; „wie eine Zitrone werden wir Deutschland auspressen". In Frankreich prägte der Finanzminister Klotz, der später wegen Wechselfälschungen und Ausgabe ungedeckter Schecke zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde und 12 Millionen unbezahlter Schulden hinterließ, das Wort: Le boche payera tout! (Die deutschen Schweine müssen alles bezahlen.) —

In den ersten 3 Jahren haben nicht weniger als 27 Reparationskonferenzen stattgefunden.

Das deutsche Volk verarmte, seine Lebenshaltung sank ständig. Die Auswanderung stieg 1923 auf 110000 Menschen. Für die

Volksernährung mußte das Reich große Mengen Lebensmittel, für die Landwirtschaft Chilesalpeter, für die Industrie Kohle, Eisen und andere Erze einführen. Die Ausgaben für diese gesteigerte Einfuhr und die riesigen Reparationszahlungen überstiegen die Einnahmen des Reiches bei weitem, machten nicht nur die Handels-, sondern auch die Zahlungsbilanz passiv. So schmolzen die Goldbestände aus der Vorkriegszeit schnell zusammen, da nur mit ihrer Hilfe Zahlungen an das Ausland geleistet werden konnten.

Dazu kamen die Milliarden an inneren Schulden. Vor allem die Kriegsanleihen hatten die Zahlen in den Schuldbüchern des Reiches anschwellen lassen. Am Ende des Krieges hatte das deutsche Reich mehr als 100 Milliarden Schulden — beim deutschen Volk. Jetzt sollte der Staat die Zinsen auszahlen und die Tilgungsbeträge aufbringen, während gleichzeitig die Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten stiegen, die den versprochenen wirtschaftlichen Gewinn von dem Umsturz erwarteten. Die deutschen Werften, die für die ganze Welt Schiffe auf Reparationskonto bauten, die Bergwerke, die Kohlen nach Frankreich, Italien und Belgien, die chemischen Fabriken, die Farben nach England lieferten, wurden nicht vom Ausland bezahlt, sondern vom Reich. Immer größere Mengen Papiergeld sollten den Mangel an Binnenzahlungsmitteln ersetzen. Immer mehr mußten jedoch die Banknoten durch diese „Inflation" (lat.: inflare = aufblähen) an Wert verlieren. Die Währung verfiel, die „Valuta" sank. Spekulanten aus dem Ausland, besonders Ostjuden, überfluteten Deutschland. Sie kauften mit ihrer hochwertigen Auslandswährung Mietshäuser, Villen, Werkstätten und Fabriken für Millionen von Papiermark — in Wahrheit für wenige hundert Goldmark — auf. So gingen die deutschen Sachwerte in fremdes Eigentum über, wurde Deutschland „ausverkauft".

Das gleiche Schicksal traf Deutsch-Österreich. Schließlich (1922) griffen die Alliierten ein und gewährten ihm eine Staatsanleihe von 650 Millionen Mark. Dafür aber mußte Österreich sich über St. Germain hinaus verpflichten, „sich jeder Handlung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Bindung zu enthalten, die geeignet wäre, seine Unabhängigkeit zu beeinträchtigen". Es wurde zu einer Ausbeutungskolonie der internationalen Hochfinanz.

Ganz hatte Frankreich in Versailles sein Kriegsziel nicht erreicht. Die Einheit des Reiches war nicht zertrümmert, und der Rhein war nur zum Teil Frankreichs Grenze geworden. Aber Frankreich gab die Hoffnung nicht auf, diese Ziele noch zu erreichen. Für Clemenceau war nach seinen eigenen Worten „der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln". Ententetruppen hielten das gesamte linke Rheinufer und die rechtsrheinischen Brückenköpfe Köln, Koblenz und Mainz besetzt, französische Soldaten standen im Saargebiet. Zwar sollte die Besetzung zonenweise in 5, 10 und 15 Jahren zurückgenommen werden; aber nur, wenn „die Bedingungen des Vertrages von Deutschland getreulich erfüllt" werden. Täte es dies während oder nach dieser Zeit nicht, „so werden die Zonen sofort wieder besetzt". Für Frankreich war die Reparationspolitik nicht so sehr ein Mittel, Geld zu bekommen, als vielmehr, seine politische Macht auszudehnen. „In 15 Jahren werden die Deutschen nicht alle Bedingungen des Vertrages erfüllt haben", sagte Clemenceau zu Poincaré, um den „verlorenen Frieden" zu verteidigen, „wenn Sie mir dann die Ehre erweisen wollen, mein Grab zu besuchen, so bin ich überzeugt, Sie werden mir sagen können: ‚Wir stehen am Rhein, und wir bleiben am Rhein'."

140000 Mann zählte anfangs die Besatzung im Rheinland: Franzosen, Belgier, Engländer, Amerikaner (später zurückgezogen). Besonders unter den 45000 Negern, der „schwarzen Schmach", hatte die Bevölkerung zu leiden. Die Zahlungen an die Entente verschlang zu drei Vierteln das Besatzungsheer. Tausende von Wohnungen wurden beschlagnahmt, Schulen geräumt, Kasernen gebaut, Truppenübungsplätze angelegt. Da Deutschland der Besatzung den Sold in Gold zahlen mußte, während die deutschen Beamten ihr Gehalt in entwerteter Papiermark erhielten, so zahlte das Reich 1922 allein an zwei Generale des Besatzungsheeres mehr Gehalt als an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und sämtliche Reichsminister zusammen, an einen einfachen Besatzungssoldaten mehr als an einen deutschen Staatssekretär. Kein deutsches Gesetz galt im besetzten Gebiet, bevor es die Besatzungsbehörden nicht genehmigt hatten. Wer ihren An-

ordnungen nicht unbedingt Folge leistete, die Offiziere nicht grüßte oder bei der französischen Nationalhymne den Kopf nicht entblößte, wurde eingekerkert oder ausgewiesen: oft einfach an die Grenze des besetzten Gebietes gefahren und dort auf der Landstraße abgesetzt.

Als im Kampf gegen die Rote Armee im Ruhrgebiet deutsche Truppen — ohne Befehl der Reichsregierung — in diesen Teil der entwaffneten Zone einrückten, erklärte dies Frankreich für einen Bruch des Versailler Vertrages und besetzte zur „Strafe" Frankfurt a. M. und Darmstadt (April 1920). Vor dem Frankfurter Goethehause standen Neger als Posten für die civilisation.

Als die Entente unter Frankreichs Druck die Reparationsschuld auf 226 Milliarden Goldmark festsetzte, die Deutschland in 42 Jahren zu tilgen habe, und das Reich diese Forderung als unerfüllbar ablehnte, besetzten englische und französische Truppen zur „Sühne" — Sanktion — die Rheinhäfen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort (März 1921). Die deutsche Regierung, die die Forderung abgelehnt hatte, trat zurück. Im „Londoner Ultimatum" (April 1921) forderten die Alliierten unter Drohung mit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet 132 Milliarden, zahlbar in 32 Jahren: nach all den ungeheuren bisherigen Leistungen eine Forderung, die allein die französische Kriegsentschädigung von 1871 um mehr



Französische Posten am Deutschen Eck in Koblenz



Franzosen im Rheinland

als das Sechsundzwanzigfache übertraf. Der neue Zentrumskanzler Josef Wirth verkündete als sein Programm: „Verständigung, Wiederaufbau und Versöhnung" und nahm das Ultimatum an. Hatte er doch dem amerikanischen Präsidenten von sich aus schon 200 Milliarden angeboten (glücklicherweise, ohne daß die Entente etwas davon erfuhr)! Schon in der Nationalversammlung hatte der marxistische Redner, der für die Unterzeichnung von Versailles eintrat (Löbe), erklärt, die Sozialdemokratie sei „bereit, alles zu tun, um die Bedingungen bis an die Grenze des Möglichen durchzuführen". Um die Mittel für diese „Erfüllungspolitik" aufzubringen, nahm Wirth nun eine kurzfristige Auslandsanleihe auf zu — 180%!

Unter der Erfüllungspolitik Wirths hoffte auch Erzberger wieder eine Rolle spielen zu können. Seit einem Jahre hatte er sich zurückziehen müssen, da in einem Beleidigungsprozeß gegen Helfferich, den Führer der Deutschnationalen, das Gericht fest-

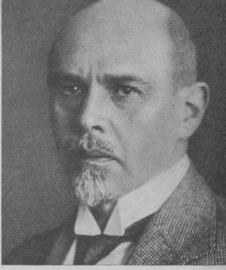


Französische Neger in Frankfurt am Main

gestellt hatte, dieser habe den Wahrheitsbeweis erbracht, daß Erzberger unwahrhaftig sei, eine Politik zum Nachteile Deutschlands treibe und Politik und persönliche Geschäfte in unzulässiger Weise verquicke. Jetzt trat er wieder in den Vordergrund. Doch in einem Badeort des Schwarzwaldes wurde er von zwei Angehörigen der aufgelösten Brigade Ehrhardt, ehemaligen Frontoffizieren, bei einem Spaziergange mit zwölf Revolverschüssen niedergestreckt (August 1921). Am Grabe feierte ihn sein Parteigenosse Wirth als gewaltigen Staatsmann und Retter der deutschen Einheit.

Ein knappes Jahr später (Juni 1922) wurde auch der Außenminister Walther Rathenau erschossen, ein Jude und Freimaurer, der während des Krieges geäußert hatte, bei einem deutschen Siege „hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren", und der auf einer Reparationskonferenz (in Cannes) erklärte, Deutschland sei „entschlossen, mit seinen Leistungen bis an die Grenze seiner Leistungs-

fähigkeit zu gehen". Ein Frontoffizier, ein Student und ein Primaner — in einem Kreise junger völkischer Männer durch Los bestimmt — überholten in Berlin seinen Kraftwagen in einem andern, gaben beim Vorbeifahren mehrere Schüsse aus einer Maschinenpistole ab und warfen eine Handgranate. Die marxistischen „Arbeiterbataillone" demonstrierten in großen Straßenkundgebungen für den jüdischen Großunternehmer und Millionär, der Mitglied von mehr als 100 Aufsichtsräten war. „Er war nicht der letzte Jude, der dem Pack die Stirn zeigte", konnte der jüdische Literat Arnold Zweig (in der Zeitschrift „Die Weltbühne") schreiben; „er hatte den Mut des Juden, einsam zu sterben und der viehischen Gewalt des ewigen Boche nicht zu achten". Der Reichskanzler Wirth erklärte in seiner Gedächtnisrede im Reichstage, Rathenaus wie seine eigene Politik laufe „auf eine vernünftige Lösung des ganzen Reparationsproblems auf wirtschaftlicher Basis hinaus". Dazu sei Geduld nötig. Wer die nicht aufbringe, habe sich „aus der Rettungsarbeit für unser Vaterland ausgeschaltet . . . Der Feind steht rechts!"

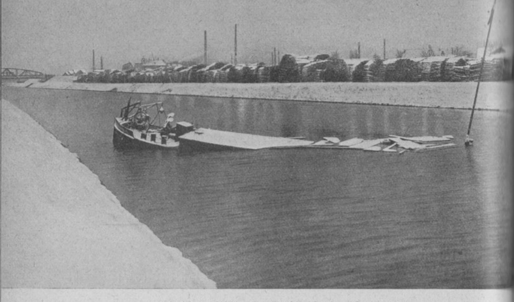


Walther Rathenau

Ende 1922 war das Reich mit der Lieferung von $1\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen Kohlen, 130 000 Telegraphenstangen und 21 000 cbm Holz im Rückstande geblieben. Zwar machte das auf je rund 20 Mark Reparationen nur 25 Pfennig aus, aber Poincaré erklärte es für den Beweis schlechten Willens und ließ



Josef Wirth



Passiver Widerstand: Versenkter Kohlenkahn

„eine Mission von Ingenieuren zur Kontrolle der Kohlenlieferungen“ ins Ruhrgebiet rücken (11. Januar 1923), um „produktive Pfänder“ in die Hand zu bekommen. Zur Sicherung ihres „unbedingt friedlichen Zweckes“ wurden die 60 Ingenieure begleitet von zunächst 60000 französischen und belgischen Soldaten mit schwerem Geschütz und Maschinengewehren, mit 75 Tanks und Hunderten von Flugzeugen. In „passivem Widerstand“ weigerten sich die Arbeiter in Bergwerken, Hütten und Fabriken, unter französischen Bajonetten zu arbeiten. „Brecht ihr den Frieden auch, uns brecht ihr nicht!“ sang der Arbeiterdichter Karl Bröger. Am Ostermontag besetzten die Franzosen die Kruppschen Werke. Sofort riefen die Fabriksirenen die Arbeiter und Angestellten auf dem Hofe zusammen. Da peitschten französische Maschinengewehre ihre Geschosse in die ruhig harrende Menge, und 11 Tote und 30 Schwerverletzte deckten den Boden. „Männer der Arbeit — gestorben fürs Land!“ Das französische Kriegsgericht erklärte kurzerhand 4 Direktoren der Werke für schuldig an diesem Blutvergießen und ließ sie ins Zuchthaus werfen.

England fürchtete von der Besitzergreifung der größten Eisen- und Kohlengruben des Festlandes eine ungeheure Machterwei-

terung Frankreichs und erklärte, die Ruhrbesetzung stünde im Widerspruch zum Versailler Vertrag. Auch Italien rückte von Frankreich ab. Das Gebäude der Entente zeigte die ersten Risse. Für Deutschland tat sich die Möglichkeit auf, den Versuch zu machen, sein Schicksal zu wenden. Aber an der Spitze des Reiches stand kein Politiker, sondern ein Kaufmann: Dr. Cuno, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika Linie. Der sah weder das politische Ziel Frankreichs, noch die politischen Möglichkeiten Deutschlands, sondern betrachtete die Ereignisse lediglich unter dem „wirtschaftlichen" Gesichtspunkt der Kohlenlieferung. Weder wagte er, die Meinungsverschiedenheit innerhalb des Feindbundes außenpolitisch zu nutzen und die offene Zerreißung des Versailler Vertrages durch Frankreich mit einer schnellen Aufrüstung Deutschlands zu beantworten, noch wagte er, den erwachten Widerstandswillen des deutschen Volkes innenpolitisch zu nutzen und die jüdisch-marxistische Führung der deutschen Arbeiterschaft zu vernichten, die schon einmal den deutschen Widerstandswillen gebrochen hatte. „Wenn 60 Millionen nur den einen Willen hätten, fanatisch national eingestellt zu sein — aus der Faust würden die Waffen herausquellen", rief Adolf Hitler damals in das deutsche Volk. Die Reichsregierung aber rief lediglich ihre Vertreter in Paris und Brüssel ab und verbot den deutschen Beamten, französischen Befehlen Folge zu leisten. Der gesamte Reichstag — bis auf die Kommunisten — billigte diese Maßnahmen. Post und Eisenbahn des Ruhrgebietes legten ihre Betriebe still, das Volk sperrte die Kanalschleusen. Das Reich stellte die Geldzahlungen und Sachlieferungen ein, bezahlte den Streik der Ruhrbevölkerung und ersetzte den Unternehmern den Gewinnausfall. Frankreich besetzte die Gruben, beschlagnahmte Lohngelder und Bankkonten. „Wegen Ungehorsams gegen die Befehle der Militärbehörden" stellte es Beamte, Arbeiter, Unternehmer vors Kriegsgericht. 10 wurden zum Tode verurteilt, 5 zu lebenslänglicher Zwangs-



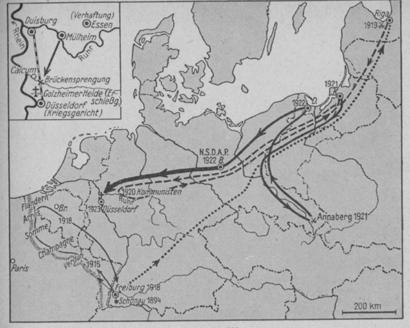
Beschlagnahmter Kohlentransport



Albert Leo Schlageter

arbeit; 11 000 Jahre Gefängnis wurden verhängt, fast 150 000 Menschen mit einer Frist von nur 24 Stunden ausgewiesen, 120 von französischen Soldaten niedergeschossen. Die Franzosen mußten die Eisenbahnen in eigene „Regie" (Verwaltung) nehmen, doch fanden sie sich nur sehr langsam in dem dichtmaschigen Schienennetz zurecht. Auch in Frankreich und in Belgien mußten Hochöfen ausgeblasen werden, da die Ruhrkohle fehlte.

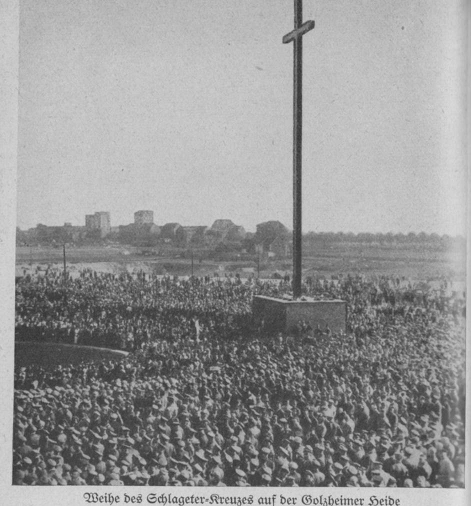
Aber „jeder sogenannte passive Widerstand" hat „nur dann einen inneren Sinn, wenn hinter ihm die Entschlossenheit wartet, nötigenfalls im offenen Kampf oder im verdeckten Kleinkrieg diesen Widerstand fortzusetzen" (Adolf Hitler). Die Reichsregierung aber dachte nicht daran, eine aktive Front aufzubauen; doch im Ruhrgebiet selbst gab es solche Stoßtrupps des aktiven Widerstandes. Einer der Führer war Albert Leo Schlageter. Als Sohn eines Jahrhunderte alten Bauerngeschlechts im Schwarzwalde war er 1894 geboren, war 1914 als Kriegsfreiwilliger ins Feld gezogen, Leutnant und Führer einer Infanteriebegleitbatterie geworden, wurde verschüttet und verwundet und mit dem EK I ausgezeichnet. Auch an allen Fronten des „Nachkrieges" hatte er gefochten. Im Baltenland hatte er mit seiner Batterie die Dünabrücke in Riga erobert, bevor sie von den Bolschewisten gesprengt werden konnte, in Oberschlesien und gegen Spartakus hatte er mit seinen Leuten gekämpft. Um die Verfrachtung „beschlagnahmter" deutscher Kohle nach Frankreich zu verhindern, sprengte er jetzt bei Calcum zwischen Duisburg und Düsseldorf eine Eisenbahnbrücke über einen kleinen Bach. Die Franzosen verhafteten aus dem nahen Kaiserswerth einige Geiseln, und der Bürgermeister des Städtchens erließ darauf einen Steckbrief gegen den „Attentäter". Wenig Tage später wurde Schlageter



Schlageters Weg

— von einem deutschen Spitzel verraten — in seinem Gasthof in Essen verhaftet. Seine Freunde bereiteten einen Befreiungsversuch vor; da wurden sie von der Polizei des sozialdemokratischen Innenministers von Preußen (Severing) festgenommen. Ein französisches Kriegsgericht auf deutschem Boden „verurteilte" Schlageter „wegen Spionage und Sabotage" zum Tode, und in einem Steinbruch in der Golzheimer Heide bei Düsseldorf wurde er „standrechtlich" erschossen (26. Mai 1923).

Damals konnte der ehemalige kaiserliche General von Schoenaich aus dem marxistischen „Reichsbanner" erklären: „Herr Schlageter hat sicherlich ebensoviel persönlichen Mut bewiesen wie jeder Zirkusakrobat, der gegen hohen Lohn heute im Berliner Wintergarten dieselben Kunststücke vorführt wie morgen in der Londoner Alhambra. Mit Heldenmut hat das gar nichts zu tun!" Heute ragt ein riesiges Kreuz als Mahnmal für diesen deutschen Mann, der nicht für die Weimarer Republik, noch für die Wiederherstellung der Monarchie der Vorkriegszeit sein Leben eingesetzt hat,



Weihe des Schlageter-Kreuzes auf der Golzheimer Heide

sondern — „der erste Soldat des dritten Reiches" — für die Zukunft des deutschen Volkes.

Der passive Widerstand hatte auch auf das altbesetzte Gebiet übergegriffen. Da schloß Frankreich das Rheinland vom übrigen Reich durch eine hohe Zollschranke ab. Die Ausfuhr von Kohle und Eisen ins unbesetzte Deutschland wurde verhindert, die deutsche Polizei ausgewiesen, die Unterstützungsgelder, die das Reich an die streikende Bevölkerung zahlte, wurden auf den Banken beschlagnahmt. 10 Millionen Menschen, ein Sechstel der Reichs-

bevölkerung, standen völlig unter französischer Gewalt!

Langsam begann wieder der eine und der andere die Schicksalsfront des deutschen Volkes zu verlassen. Geschäftsleute griffen gern nach den Frankenoten der Besatzungstruppen, die Regiebahnen waren überfüllt, „deutsche“ Frauen und Mädchen gingen Arm in Arm mit französischen Soldaten, ohne daß man ihnen wie anfangs das Haar abschnitt. Aber England, das die deutschen Tributrückstände von vornherein für „mikroskopisch klein“ erklärt hatte, erhob jetzt amtlich Einspruch in Paris und bezeichnete in einer Note das Vorgehen Frankreichs als Bruch des internationalen Rechts. Es stellte sich offen auf die deutsche Seite, der Riß in der Ententefront verbreiterte sich. Da brachten die Sozialdemokraten im Reichstag einen Mißtrauensantrag gegen den Reichskanzler des passiven Widerstandes ein. Wieder fielen sie dem deutschen Volk im entscheidenden Augenblick in den Rücken. Als neuer Kanzler bildete Stresemann eine Regierung der „großen Koalition“ von den Sozialdemokraten bis zu der von ihm geführten Volkspartei. Er stellte sein Programm unter das Goethewort von der „Nachgiebigkeit bei festem Willen“ und erklärte im Reichstage, nach der Räumung der Ruhr und der Rückkehr des besetzten Gebietes in den „international garantierten vertragsmäßigen Zustand“ würden wir „unter Aufbietung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes auch die Mittel für eine Regelung der Reparationsfrage aufbringen“. „Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten“, brach er den passiven Widerstand ab, hißte er die weiße Flagge und sperrte die Geldunterstützungen für die Ruhrbevölkerung, hob die Befehle an die Beamtenschaft auf. Mit einem Schlage waren drei Viertel der Menschen im besetzten Gebiet ohne Einkommen.



Gustav Stresemann

Frankreich sah sich am Ziel. Mit Hilfe deutscher Verräter hoffte es, nun doch noch das Rheinland vom Reiche zu trennen.



Separatisten schlagen unter dem Schutze französischer Kavallerie preußische Polizeibeamte nieder

„Wir stehen fest im Herzen Deutschlands", erklärte Poincaré in einer Rede, „und bleiben dort, bis der letzte Frank auf den Tisch gelegt ist." Der Oberbürgermeister von Köln, ein Zentrumsmann (Adenauer), nahm die Pläne des rheinischen Zentrums vom November 1918 wieder auf und verhandelte mit Frankreich über die Schaffung eines neutralen Rheinstaates. „Wir sind am Ende unserer Kraft", erklärte Stresemann (8. November 1923). In Düsseldorf demonstrierten etwa 10000 zum großen Teil von den Franzosen mit Sonderzügen zusammengeholte Sonderbündler, „Separatisten", für eine „Rheinische Republik". Als die deutsche Polizei sich gegen ihre Angriffe wehrte, wurde sie von französischer Kavallerie entwaffnet und ausgewiesen. „Denn", erklärte Poincaré in der Kammer, „die französische Regierung kann nicht unter ihren Augen friedfertige Menschen töten lassen."

In Bonn, Aachen, Trier, Wiesbaden riefen die Separatisten die „Rheinische Republik" aus, in Koblenz bildeten sie unter dem

Schutze der französischen „Rheinlandkommission" eine „Regierung". Der französische Besatzungsgeneral in Speyer ließ die Republik „Freie Pfalz" ausrufen, und die Rheinlandkommission erkannte diese als selbständigen Staat an. Aber aus dem Volke heraus erwuchs die Abwehr. Bauern und Steinbrucharbeiter des Westerwaldes, bewaffnet mit Knüppeln, Sensen, Dreschflegeln, lieferten im Siebengebirge eine siegreiche Schlacht (15. November 1923), bei der mehr als 100 Separatisten erschlagen wurden. In Speyer schossen Studenten den „Präsidenten" der Separatistenrepublik in einem Gasthaus nieder. In Pirmasens in der Pfalz gingen die Bürger unter dem Läuten der Kirchenglocken und dem Heulen der Fabriksirenen gegen das Feuer der Separatisten vor, zündeten das Hauptquartier an und schlugen die Ausfallenden mit Knüppeln zusammen (Februar 1924). Bald war überall die grün-weiß-rote Separatistenfahne von den amtlichen Gebäuden heruntergeholt. Poincaré hatte gegen das waffenlose deutsche Volk das Ziel Frankreichs ebensowenig erreicht wie Clemenceau in Versailles gegen seine Kriegsverbündeten: die Reichseinheit blieb erhalten. Poincaré wurde gestürzt.

Die deutsche Erhebung

Den Abbruch des passiven Widerstandes hatte Stresemann mit dem völligen Verfall der deutschen Währung begründet. Denn die Kosten des Ruhrkampfes — Löhne an die streikenden Arbeiter, Entschädigungen an die Industrie, Unterstützungen an die Ausgewiesenen — hatte die Regierung dadurch gedeckt, daß sie ununterbrochen neues Papiergeld drucken ließ. Die Reichsdruckerei arbeitete Tag und Nacht, und noch 30 andere Druckereien waren mit nichts anderem beschäftigt als mit der Herstellung von Banknoten. Darüber hinaus gaben Gemeinden, ja Privatunternehmungen eigenes „Notgeld" aus. So sank der Wert der Mark ins Bodenlose. Daran änderte aber auch die Aufgabe des Widerstandes nichts. Schließlich stieg der Preis einer Ware vom Morgen bis zum Abend um „Milliarden". Hatten die Banknoten die Maschinen verlassen, so mußten sie meist schon wieder mit einem höheren Zahlenwert überdruckt werden. Wer Gehalt oder Lohn bekam, suchte das Geld sofort auszugeben, bevor es entwertet war. Alle



Banknote aus der Inflationszeit

Preise wurden in Dollar berechnet oder in Zentner Roggen. Die Kaufleute tauschten ihre Waren unmittelbar gegeneinander, und der Bauer bezahlte Ackergerät und Kleidung mit Eiern, Butter, Fleisch, Mehl. Im November 1923 war der Wert von 10 Milliarden Papiermark auf 1 Pfennig gesunken, der von 1 Billion (1 000 000 000 000) Papiermark auf 1 „Goldmark". Damit waren alle Friedensersparnisse auf den billionsten Teil zusammengeschrumpft, d. h. völlig verschwunden. Der gesamte deutsche Mittelstand war enteignet, abgesunken ins besitzlose Proletariat.

Dem deutschen Finanzminister, einem Zentrumsmann (Hermes), machte das weiter keine Sorge: er fuhr inzwischen ruhig nach Amerika, um die dortige Landwirtschaft zu studieren. Dagegen legte schon im August der damalige Führer der Deutschnationalen, Helfferich, den Plan einer neuen Währung der „Rentenmark" vor. Aber erst jetzt wurde sie eingeführt. Sie war nicht durch Gold „gedeckt"; sondern Landwirtschaft und Industrie, Handel und Banken nahmen eine Schuld in Höhe von 5% ihres Sachwertes

auf sich und verzinsten diese Schuldanweisung mit einer „Rente“. Um das neue Geld wertbeständig zu erhalten, legte das Reich seine Notenpresse still, verbot es Ländern und Gemeinden die Ausgabe von ungedecktem „Notgeld“, vermehrte es seine Einnahmen durch außerordentliche Steigerung der mittelbaren und der unmittelbaren Steuern, schränkte es seine Ausgaben ein, unter anderem durch starken „Abbau“ von Beamten und Herabsetzung ihres Gehalts auf ein Mindestmaß. So kam der Haushalt wieder ins Gleichgewicht. Das „Wunder“ der Rentenmark hatte Deutschland gerettet.

Die Vorgänge an Rhein und Ruhr, wie das dauernde Hinauszögern der Währungsreform hatten die inneren Klüfte im deutschen Volke erneut abgrundtief aufgerissen. In Thüringen und Sachsen bildeten Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam eine Regierung, riefen zur „republikanischen und proletarischen Verteidigung“ gegen die „großkapitalistische Militärdiktatur“ von Berlin auf, bildeten „Rote Hundertschaften“. Bayern brach die Beziehungen zu diesen beiden Ländern ab, und an der bayerisch-thüringischen Grenze marschierten die beiden Landespolizeimannschaften bewaffnet auf. Reichspräsident Ebert ließ Reichswehr nach Sachsen rücken (Oktober 1923), und beim Niederschlagen eines Kommunistenaufstandes in Hamburg hatte die Polizei 14 Tote. Auch in Thüringen rückte Reichswehr ein. Da brach von München her Adolf Hitler auf zum „Marsch auf Berlin“, um die Macht an sich zu reißen und das Reich zu erneuern.

Am 20. April 1889 war er aus altem Bauerngeschlecht als Sohn eines Zollbeamten in Braunau am Inn in Österreich geboren. Schon als Junge erlebte er das Schmerzliche einer Grenze mitten durch das deutsche Volk. Als Bauarbeiter in Wien litt er unter dem Druck der marxistischen Arbeitsgefährten, die schließlich, da er nicht der marxistischen Gewerkschaft beitreten wollte, seine Entlassung erzwangen. Das Studium von Presse, Theater und Politik ließ ihn erkennen, daß überall der Jude mit seinem dem Deutschen so fremden Wesen die Führung in der Hand hatte. Lärm- und Prügelauftritte im Wiener Parlament, denen er beiwohnte, pflanzten in ihn die Überzeugung, daß der Parlamentarismus eine unmögliche Regierungsform sei. So legte Adolf Hitler schon in seinen Jugendjahren in Wien den Grund zu seiner politischen Anschauung: der Jude zerreißt das deutsche Volk; er lenkt

das Parlament, macht die öffentliche Meinung, nutzt den Standesdünkel des Bürgertums, um die Arbeiterschaft aufzuhetzen. Die Macht des Judentums und des Parlamentarismus, der Klassendünkel des Bürgertums und der Klassenkampf des Proletariats müssen zerbrochen werden, wenn das deutsche Volk eine Zukunft haben soll. — 1912 ging Hitler nach München, um Baumeister zu werden. Hier erlebte er den Kriegsausbruch, und, um nicht unter habsburgischen Fahnen kämpfen zu müssen, bat er darum, in ein bayrisches Regiment eintreten zu dürfen. Als Meldegänger im Regimentsstab machte er den Krieg an der Westfront mit und erhielt als einfacher Gefreiter das Eiserne Kreuz erster Klasse. Im Oktober 1918 durch Gas vergiftet und zeitweilig erblindet, erlebte er im pommerschen Lazarett Pasewalk die Novembertage. „Die Scham der Empörung und der Schande" brannte ihm „in der Stirn". Er „grub den brennenden Kopf in Decke und Kissen", spürte, „wie alles persönliche Leid versinkt gegenüber dem Unglück des Vaterlandes" und „beschloß, Politiker zu werden" (Mein Kampf).

Nicht irgendeiner der Vorkriegsparteien war er beigetreten, die unter alter oder neuer Firma sich um die Macht innerhalb des Weimarer „Systems" stritten. Er wollte vielmehr dieses ganze System stürzen. Es waren ja nicht die Ideale von gestern, die in eine neue Zukunft führten, sondern die von morgen. Durch einen Zufall hatte Adolf Hitler im Sterneckerbräu in München an der Sitzung einer neuen Partei teilgenommen, der „Deutschen Arbeiterpartei", die aus ganzen sechs Mitgliedern bestand; aber aus gläubigen Menschen guten Willens. Er trat dieser Partei bei und erhielt die Mitgliedsnummer sieben. Erfüllt von dem Glauben an seine Sendung, schuf er in unermüdlicher Arbeit aus dem kleinen Winkelklub eine ständig wachsende Volksbewegung. Schon Anfang 1920 konnte die Partei eine große Massenversammlung zustande bringen. Hier erläuterte Adolf Hitler die von ihm aufgestellten 25 Programmpunkte (24. Februar 1920).

Außenpolitisch forderte er ein großdeutsches Reich, internationale Gleichberechtigung, Aufhebung der Verträge von Versailles und St. Germain, Siedelland; innenpolitisch Ausschaltung der Juden aus dem staatlichen und geistigen Leben, Aufhebung der Parlamentsherrschaft, Ausweisung aller nach Kriegsausbruch eingewanderten Nichtdeutschen, Bildung eines Volksheeres an Stelle



Der Führer spricht

des Söldnerheeres; wirtschaftspolitisch Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens (Brechung der Zinsknechtschaft), Verstaatlichung aller vertrusteten Betriebe, Gewinnbeteiligung an Großbetrieben, Ausbau der Altersversorgung, Stärkung des Mittelstandes, Abschaffung des Bodenzinses; kulturpolitisch Schaffung eines deutschen Rechts an Stelle des römischen, Umordnung des Bildungswesens, Hebung der Volksgesundheit, Ausschaltung aller Nichtdeutschen aus der Presse, religiöse Bekenntnisfreiheit. Der völkisch-nationale Gedanke sollte mit dem sozialistischen zu einer höheren Einheit verbunden werden. Über allem stand als Richt- und Grundsatz: Gemeinnutz vor Eigennutz.

„Als die letzte These so den Weg zum Herzen der Masse gefunden hatte, stand ein Saal voll von Menschen" vor Adolf Hitler, „zusammengeschlossen von einer neuen Überzeugung, einem neuen Glauben, von einem neuen Willen" (Mein Kampf).

Damit die nationalsozialistischen Forderungen nicht einmal verpflichtungslose Worte werden konnten wie die Programme der anderen Parteien, so versprachen die Führer der neuen „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" (NSDAP.), „wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens für die Durchführung der Punkte



Im Sterneckerbräu in München

rücksichtslos einzutreten." Als Sinnbild für die neue revolutionäre Bewegung wählte Adolf Hitler das alte nordische Heilszeichen, das Hakenkreuz, das von der völkischen Jugendbewegung kurz vor dem Weltkriege wieder erweckt worden war, und verband es mit den ruhmvollen schwarz-weiß-roten Farben als schwarzes Kreuz im weißen Feld auf blutrotem Grunde. „Ein Symbol ist dies wahrlich. Nicht nur, daß durch die einzigen, von uns allen heißgeliebten Farben, die einst dem deutschen Volke so viel Ehre errungen haben, unsere Ehrfurcht vor der Vergangenheit bezeugt wird ... Als nationale Sozialisten sehen wir in unserer Flagge unser Programm. Im Rot sehen wir den sozialen Gedanken der Bewegung, im Weiß den nationalistischen, im Hakenkreuz die Mission des Kampfes für den Sieg des arischen Menschen und zugleich mit ihm auch den Sieg des Gedankens der schaffenden Arbeit, die selbst ewig antisemitisch war und antisemitisch sein wird" (Mein Kampf).

Im Kampf mit den politischen Gegnern konnte sich eine wahrhaft revolutionäre Bewegung nicht verlassen auf die schützende

Hilfe der staatlichen Macht. Man mußte sich selber durchkämpfen. Und bald konnte die junge Bewegung zeigen, daß sie nicht daran dachte, der Gewalt des Gegners zu weichen. Als 800 Marxisten versuchten, eine Versammlung im Hofbräuhaus zu sprengen, wurden sie von knapp 50 Mann des nationalsozialistischen Saalschutzes unter der Führung von Hitlers Sekretär Rudolf Heß aus dem Saale geprügelt (4. November 1921). Das war der Anfang der SA., der Sturmabteilung. Ein Jahr darauf erkämpfte die SA. auf einem „Deutschen Tag" in Koburg bereits das Recht auf die Straße, das bisher niemand den Marxisten streitig zu machen gewagt hatte. — Die Standarten, die die SA. bekam, zeigen den Kampfruf, den Dietrich Eckart, der Dichter und vertraute Freund Adolf Hitlers, der Bewegung geschenkt hatte: Deutschland erwache!

Inzwischen hatte sich in Bayern alles versammelt, was es in dem roten Preußen nicht aushalten konnte; darunter Männer wie Ludendorff und Ehrhardt. In München, das nach der Niederringung des Bolschewismus unter dem Polizeipräsidenten Pöhner und dessen Mitarbeiter Dr. Frick zur „Ordnungszelle" geworden war, fanden sie Schutz. Bei Abbruch des passiven Widerstandes an der Ruhr wandte sich Bayern gegen die „marxistische und undeutsche Einstellung" der Reichsregierung. Diese verbot den von Alfred Rosenberg geleiteten „Völkischen Beobachter". General von Lossow aber, der Kommandeur der bayrischen Division und unter dem herrschenden Ausnahmezustand Inhaber der vollziehenden Gewalt, weigerte sich, das Verbot durchzuführen. Die Reichsregierung setzte ihn ab. Er aber blieb, und die Reichsregierung drohte mit Einmarsch. Da ließ der Generalstaatskommissar Kahr die bayrische Division der Reichswehr auf die „bayrische Staatsregierung als die Treuhänderin des deutschen Volkes" vereidigen. Eine einheitliche Front aller Gegner der Berliner Regierung bildete sich in Bayern. Aber ihre Ziele gingen auseinander: Kahr und Lossow dachten nicht an eine Erneuerung des Reiches, sie wollten Bayern, wollten die Wiederherstellung der Wittelsbacher Monarchie, dachten reaktionär. Adolf Hitler und die Freikorps „Reichskriegsflagge" und „Oberland" wollten Deutschland, wollten einen nationalen Sozialismus, dachten revolutionär. Hitler glaubte, er könne durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen Berlin die bayrischen Reaktionäre mit



Bayrische SA. 1923

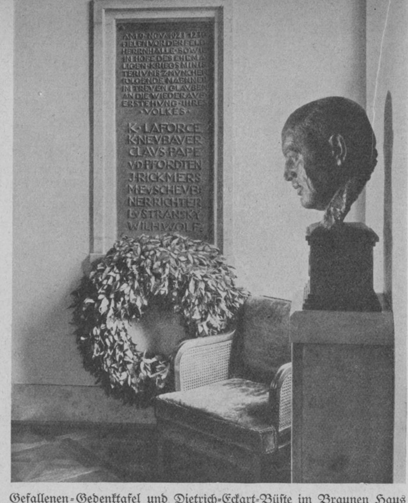
fortreißen; Kahr wiederum glaubte, die deutschen Revolutionäre für seine Ziele benutzen zu können.

Am 8. November sprach Kahr im Bürgerbräukeller vor den „Vaterländischen Verbänden". Plötzlich drang Adolf Hitler mit einigen bewaffneten Stoßtrupplern in den Saal und verschaffte sich mit einem Pistolenschuß gegen die Decke Gehör: „Die Regierung ist gestürzt, die nationale Republik ist proklamiert! Es geht ausschließlich gegen die Berliner Judenregierung." In einem Nebenzimmer forderte er Kahr und von Lossow auf, sich anzuschließen. Sie gaben Handschlag und Ehrenwort, und Kahr erklärte vor der Versammlung: „In des Vaterlandes höchster Not übernehme ich die Leitung der Staatsgeschäfte als Statthalter der Monarchie." Ludendorff, schnell herbeigerufen, schloß sich sofort an und entließ die Herren der bayrischen Staatsregierung im Vertrauen auf deren Ehrenwort. In der Nacht aber nahmen diese Fühlung mit dem bayrischen Kronprinzen Rupprecht und erließen von einer Kaserne aus einen Funkspruch: „Mit Waffen-

gewalt erpreßte Stellungnahme in der Bürgerbräuversammlung ungültig!" Am nächsten Morgen erschien ein Erlaß Kahrs: „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sowie die Kampfverbände Oberland und Reichskriegsflagge sind aufgelöst."

Im Vertrauen auf die allgemeine Zustimmung der Bevölkerung Münchens hoffte Hitler aber, durch einen Demonstrationszug die Stadt mitreißen zu können; die Reichswehr werde nicht auf Ludendorff schießen. Umjubelt von den Münchenern, umweht von schwarz-weiß-roten und Hakenkreuzfahnen, erreichte die Spitze des Zuges die Feldherrnhalle. Ohne Warnung eröffnete die dort aufgestellte Landespolizei das Feuer auf die Unbewaffneten. 16 Tote lagen auf dem Pflaster; unter den Verwundeten Hauptmann Göring, einst Nachfolger Richthofens in dessen Fliegerstaffel, jetzt Führer der SA. Ludendorff schritt aufrecht durch die feuernde Schützenkette. Adolf Hitler selber hatte seinen zusammenbrechenden Begleiter aufgefangen, war dadurch aber zu Boden gerissen worden, und sein Arm war aus dem Gelenk gesprungen. Er konnte jedoch in ein Auto gerettet werden, wurde aber einige Tage darauf an der österreichischen Grenze verhaftet. Die Partei und die Wehrverbände wurden verboten. Wer die nationalsozialistische Bewegung unterstütze, erklärte die Reichsregierung, „macht sich zum Hoch- und Landesverräter." Der Versuch, Deutschland mit Hilfe der Reaktion für den Nationalsozialismus zu erobern, war gescheitert.

Gegen die Führer des „Hoch- und Landesverrates" zur Befreiung Deutschlands trat das „Volksgericht" in München zusammen (März 1924): in dem großen Speisesaal der ehemaligen bayrischen Kriegsschule. In einer viereinhalbstündigen Rede rechnete Adolf Hitler hier mit den Novemberleuten und ihren unerfüllten Versprechungen ab und rechtfertigte sein eigenes Unternehmen. „Kann jemand sagen, die Revolution sei gelungen, während doch das Objekt der Revolution, Deutschland, zugrunde geht? ... Ich klage an Ebert, Scheidemann und Genossen des Landesverrats und des Hochverrats. Ich klage sie an, weil sie ein 70-Millionen-Volk vernichtet haben." — „Die Tat des 8. November ist nicht mißlungen. Sie wäre mißlungen dann, wenn eine Mutter gekommen wäre und gesagt hätte: Herr Hitler, Sie haben auch mein Kind auf dem Gewissen. Aber das darf ich versichern, es ist keine



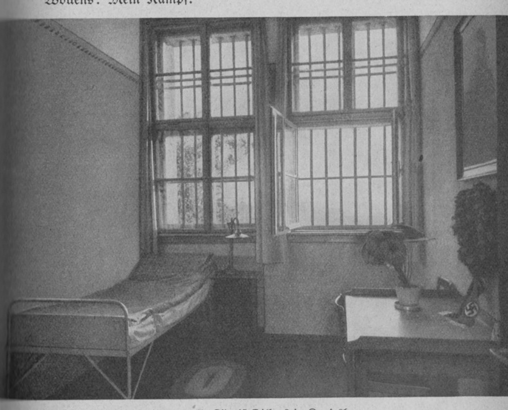
Gefallenen-Gedenktafel und Dietrich-Eckart-Büste im Braunen Haus in München

Mutter gekommen. Im Gegenteil! Tausende anderer sind gekommen und haben sich in unsere Reihen gestellt. Von den jungen Männern, die gefallen sind, wird es dereinst heißen ...: Auch sie starben für des Vaterlandes Befreiung. ... Nicht Sie, meine Herren, sprechen das Urteil über uns; das Urteil spricht das ewige Gericht der Geschichte, das sich aussprechen wird über die Anklage, die gegen uns erhoben ist. Ihr Urteil, das Sie fällen werden, kenne ich. Aber jenes Gericht wird uns nicht fragen: habt ihr Hochverrat getrieben oder nicht? Jenes Gericht wird über uns richten, ...

die als Deutsche das Beste gewollt haben für ihr Volk und Vaterland, die kämpfen und sterben wollten. Mögen Sie uns tausendmal schuldig sprechen, die Göttin des ewigen Gerichtes der Geschichte wird lächelnd den Antrag des Staatsanwaltes und das Urteil des Gerichtes zerreißen; denn sie spricht uns frei!"

Das Volksgericht verurteilte Adolf Hitler zu 5 Jahren Festung. Auch die anderen Führer der Bewegung erhielten Freiheitsstrafen. Als Ludendorff als einziger freigesprochen wurde, erklärte er: „Ich empfinde meinen Freispruch als Schmach für meinen Rock, meine Orden und Ehrenzeichen. Das habe ich nicht verdient!"

Auf der Festung Landsberg am Lech, in der Hitler bis zu seiner Begnadigung (im Dezember 1924) nun saß, blieb er nicht müßig, sondern schrieb das Buch der Bewegung und seines Wollens: Mein Kampf.



Die Festungszelle Adolf Hitlers in Landsberg

III. Deutschland als Ausbeutungskolonie der Hochfinanz

Die Tributversklavung

Die ersten Nachkriegsjahre sahen in der Welt eine ungeahnte Wirtschaftsblüte. Denn überall mußten die im Kriege stark überbeanspruchten Anlagen ausgebessert, mußte der während des Krieges aufgestaute Bedarf befriedigt werden. Um das leisten zu können, „rationalisierte" man die Betriebe. Die Arbeitsvorgänge wurden so durchdacht, daß die Leistungen möglichst groß, die Kosten möglichst gering waren. Amerika ging mit der Rationalisierung voran. Da hier die Arbeitslöhne sehr hoch lagen, sparte man vor allem an diesen. Das „laufende Band" mechanisierte die Arbeit bis zum Äußersten: hier „fließt" das Werkstück von einem Arbeiter zum anderen, und jeder hat immer nur einen bestimmten Handgriff auszuführen.

Ungeheure Mengen von Kraftwagen, Staubsaugern, Glühbirnen usw. erzeugte die „Fließarbeit" der Fabriken täglich. In Amerika verließen jeden Tag 700 Automobile allein die Werke von Ford in Detroit. Es entstand die trügerische Hoffnung, dem Weltkriege folge eine Zeit höchster Wirtschaftsblüte. Lediglich die französische Gewaltpolitik schien das Geschäft zu stören. Die Inflation hatte es Deutschland unmöglich gemacht, englische oder amerikanische Waren zu bezahlen. Damit war diesen Ländern ein wichtiger Kunde verloren. Infolge der Markentwertung konnte die deutsche Ausfuhr billiger liefern und bedrängte die englische und die amerikanische Industrie auf dem Weltmarkt. Während in Deutschland alle Schornsteine rauchten, stieg die Arbeitslosigkeit in England auf 2 Millionen Menschen. Frankreich hatte aus dem „produktiven Pfand" des Ruhrgebietes nicht mehr als 350 Millionen Frank herausgewirtschaftet. Verzinsung und Tilgung der alliierten Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten waren gefährdet. Um Frankreich zur Umkehr zu zwingen, ließ die Neuyorker Börse den Franken um 20% fallen und später weiter auf ein Fünftel des alten Wertes.

Die Gewaltpolitik gegen Deutschland mußte mit dem Reich auch „Europa und die ganze Welt zugrunde richten". In dieser

Überzeugung regte Stresemann als deutscher Außenminister an, durch einen Ausschuß von Sachverständigen feststellen zu lassen, nicht wie hoch denn nun wirklich die Schäden seien, die der Zivilbevölkerung jeder der alliierten und assoziierten Mächte und ihrem Gut während des Krieges zugefügt wurden und die allein Deutschland nach den Versailler Bestimmungen (Artikel 232) ersetzen sollte, sondern wieviel Reparationen Deutschland wirtschaftlich leisten könne, obwohl die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens auf seine Kosten bereits vollständig wieder aufgebaut waren. Man wollte die politische Frage der Reparationen als ein „Geschäft" betrachten und sprach daher — auch in Deutschland selbst — nicht von Tributen, sondern von — Schulden!

An diesem „Geschäft" war die gesamte internationale Hochfinanz interessiert, besonders das führende amerikanische Weltbankhaus von Morgan. — Dieses vor allem hatte während des Krieges das Geld für die Belieferung der Verbündeten mit Waffen und Munition, Lebens- und Zahlungsmitteln beschafft. Seine Milliardensummen wären durch einen deutschen Sieg gefährdet gewesen. Deshalb hatte Morgan dahin gewirkt, daß die Vereinigten Staaten im entscheidenden Augenblick auch mit ihren Menschen in den Krieg eingriffen.

Deutschland sollte so viel Reparationen herauswirtschaften, daß mit ihnen die Entente ihre eigenen Kriegskosten und damit auch ihre Schulden an Amerika bezahlen konnte. Den Zahlungsplan dafür sollte eine neue Reparationskonferenz aufstellen, die Anfang 1924 in Paris zusammentrat. Obwohl die Vereinigten Staaten als Nichtunterzeichner des Versailler Vertrages amtlich mit der ganzen Frage nichts zu tun hatten, führte der amerikanische Bankmann Dawes, ein Vertrauensmann Morgans, den Vorsitz. So kam der Dawesplan zustande. Um Deutschland wieder an den zwischenstaatlichen Zahlungsverkehr anzuschließen, „gewährte" man ihm eine Auslandsanleihe von 800 Millionen Goldmark. Auf diesem zinspflichtigen Grundstock baute das Reich seine „Goldkernwährung" — eigentlich eine „Goldborgwährung" — der „Reichsmark" auf, mit der es die Rentenmark allmählich ablöste. Die Reparationszahlungen sollten mit 1 Milliarde Goldmark beginnen und mit dem erwarteten Anwachsen von Deutschlands Wohlstand in 5 Jahren das „Normaljahr" erreichen. Von

da ab sollte Deutschland jährlich 2½ Milliarden Goldmark zahlen: 4750 Mark ununterbrochen in jeder Minute. Wie vorher schon Österreich, so war nun das Deutsche Reich zu einer Ausbeutungskolonie der internationalen Hochfinanz geworden. Gouverneur dieser Kolonie war der „Reparationsagent", ein zweiunddreißigjähriger Rechtsanwalt des Bankhauses Morgan (Parker Gilbert), der als „heimlicher Kaiser" Deutschlands mit einem Stabe von 130 ausländischen Finanzleuten in Berlin einzog. Gustav Stresemann aber erklärte: „Zum ersten Male ein Silberstreifen an dem sonst düsteren Horizont!" Und der Zentrumskanzler Marx war „voller Genugtuung über den hohen Geist des Friedens und der Versöhnlichkeit". Dawes selber dagegen faßte den Sinn seines Planes dahin zusammen: „Das deutsche Volk muß auf ein nicht weiter einzuschränkendes Mindestmaß seiner eigenen inneren Bedürfnisse gebracht werden."

Die Reichsbahn, die jährlich 600 Millionen Mark Reparationen herauszuwirtschaften hatte, wurde dem Reichsverkehrsminister entzogen und kam als Aktiengesellschaft unter fremdstaatliche Aufsicht. Aus der Reichsbahn wurde die „Dawesbahn". Sie war nicht mehr Eigentum des Reiches und damit des deutschen Volkes, sondern der internationalen Hochfinanz. Auch der Staatshaushalt stand unter deren Aufsicht: die Reichsbank durfte ihre Noten nur mit einem „Ausfertigungskontrollstempel" der Hochfinanz ausgeben, und das Reich mußte seine Einnahmen aus der Alkohol-, der Tabak- und der Zuckersteuer verpfänden. Besserte sich die deutsche Wirtschaftslage trotz all den Tributzahlungen, so sollte die Hochfinanz auch daran Anteil haben: zu der festen Jahressumme sollte ein Zuschuß auf Grund eines „Wohlstandsindex" treten, der sich u. a. nach dem deutschen Verbrauch von Tabak und Alkohol, von Zucker und Kohle errechnete. So war die gesamte deutsche Wirtschaft „morganisiert". Der Reparationsagent in Berlin wechselte die deutschen Zahlungen in Devisen um und verteilte das Geld an die Banken der einzelnen Mächte. Dabei hatte er darüber zu wachen, daß die Massenumwechslung die deutsche Währung nicht erschütterte: der „Transfer" war geschützt. — Da der Dawesplan nur den Versuch einer vorläufigen Regelung machen wollte, sah er weder eine Gesamtsumme, noch eine zeitliche Zahlungsgrenze vor.

Geld ist kein Wert an sich. Es bietet lediglich die Möglichkeit, sich dafür Waren oder Dienstleistungen zu verschaffen. So ist aller Zahlungsverkehr im Grunde nichts anderes als ein Tausch von Waren oder Diensten. Wollten die anderen Mächte von Deutschland Reparationen, so mußten sie seine Arbeit und seine Waren nehmen. Die deutsche Sklavenarbeit aber mußte ihre eigene Wirtschaft schädigen, da sie der eigenen Bevölkerung die Beschäftigung nahm. Daher lehnte Frankreich deutsche Aufbauarbeit in den zerstörten Gebieten ab, sträubten sich England und Frankreich immer mehr gegen deutsche Sachlieferungen. Aber auch die Geldzahlungen konnten nicht anders geleistet werden. Zahlte Deutschland in Mark, so hätten die andern diese Markbestände nur in Deutschland anlegen können. Sollte Deutschland in Devisen zahlen, so konnte es sich die Franken, die Dollars, die Pfunde nur dadurch verschaffen, daß die andern für diese Devisen deutsche Waren oder Leistungen (z. B. Transporte) kauften. Hatte Deutschland 2½ Milliarden RM. im Jahre Reparationen zu zahlen, so mußten die andern Mächte ihm soviel abkaufen, daß es einen jährlichen Bilanzüberschuß in dieser Höhe erzielte. Damit aber hätten die Kriegsgegner durch ihre eigenen Friedensbedingungen ihren stärksten Wettbewerber hochgezüchtet.

Die internationalen Abmachungen für die Goldwährung verlangten, daß die Binnenzahlungsmittel eines Landes durch Gold und fremde Zahlungsmittel (Banknoten und Warenwechsel) „gedeckt" sein mußten. Die Decke der „Dawesanleihe" aber war für den innerdeutschen Bedarf an Reichsmark viel zu klein. So nahmen die deutschen Unternehmer, Gemeinden und Länder Anleihen über Anleihen auf, und die andern, vor allem Amerika als der letzte Reparationsempfänger, gewährten sie ihnen gern, um ihr brachliegendes Kapital zinsbringend in Deutschland „arbeiten" zu lassen: eine neue Belastung Deutschlands. Dollars flossen in die deutsche Wirtschaft. Da diese nur mit Mark arbeiten kann, führte sie die Dollars an die Reichsbank ab und tauschte sie gegen Mark ein, und die Reichsbank benutzte die Devisen, um damit die Devisendecke zu vergrößern und Reparationen zu zahlen. Die Markbeträge aber bekam sie durch ständig wachsende Steuern zu neuer Verfügung zurück. Der Zahlenkreislauf des Weltkrieges wiederholte sich: die Reparationsempfänger erhielten



Der Kreislauf der deutschen Verschuldung unter dem Dawes- und dem Youngplan

ihr eigenes Geld zurück, während die deutsche „Buchschuld" ständig wuchs. In Wirklichkeit hat Deutschland keine Reparationen gezahlt, sondern auf dem Wege über Auslandsanleihen an die deutsche Wirtschaft die politischen Tributzahlungen in „private Schulden" verwandelt.

In 4 Jahren erreichten die deutschen Auslandsschulden den Betrag von 12 Milliarden RM. Damit waren die Raten an Zinsen und Zinseszinsen, die Tilgungssummen und Vermittlungsgebühren so hoch geworden, daß man neue Devisenanleihen aufnehmen mußte, lediglich um die Kosten der alten decken zu können. Die weiteren Reparationszahlungen schienen gefährdet. Daher trat zur „vollständigen und endgültigen Regelung der Reparationsfrage" 1929 in Paris ein neuer Ausschuß unter dem Amerikaner Owen Young zusammen, wiederum einem Vertreter Morgans. Hier erhöhten zunächst die Vertreter der Feindmächte ihre Forderungen auf 2,9 Milliarden jährlich. Demgegenüber boten die deutschen Sachverständigen — der Reichsbankpräsident Dr. Schacht und der Großindustrielle Dr. Vögeler — 1,67 Milliarden als äußerste Jahresleistung an unter der Voraussetzung, daß die ausländischen Kontrollen fortfielen, daß Deutschland eigene überseeische Rohstoffquellen bekäme und daß die Grenzziehung im Osten nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten überprüft würde. Mit den Auslandszeitungen tobte auch die deutsche Linkspresse über diese „Verquickung politischer Forderungen mit reinen Wirtschaftsfragen". Hinter dem Rücken der deutschen Sachverständigen hatte die Reichsregierung schon eine Jahresleistung von 2 Milliarden angeboten. Dr. Vögeler trat zurück, und Dr. Schacht unterzeichnete allein den Youngplan, der nun nach der Wiederaufnahme der Ver-

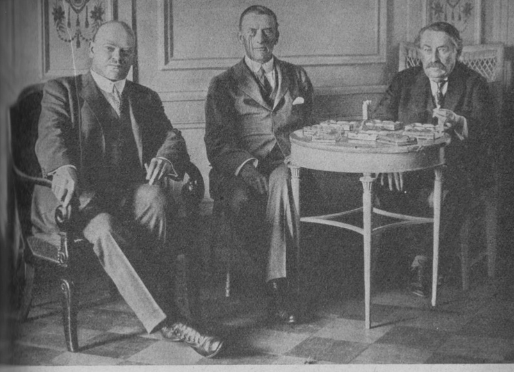
handlungen zustande kam. Nach ihm sollte Deutschland noch 59 Jahre Reparationen zahlen; bis zum 37. Jahre steigend, durchschnittlich 2 Milliarden jährlich oder fast 5½ Millionen täglich; dann fallend.

Hatte aber der Dawesplan die deutsche Gesamtverpflichtung dargestellt, so traten neben die Youngraten noch eine Reihe von Sonderzahlungen: die Kosten für die Besatzung und die Kommissionen, für Zinsendienst und Tilgung der Dawesanleihe; für 37 Jahre mußten jährlich außerdem 25 Millionen RM. an Belgien gezahlt werden zur Aufwertung von dessen Papiermarkbeständen aus Krieg und Inflation. Als die Abschlußkonferenz im Haag daran zu scheitern drohte, daß England und Frankreich sich über ihren Anteil nicht einigen konnten, übernahm die Regierung des Reichskanzlers Müller, der den Versailler Vertrag unterzeichnet hatte, auch die Summe, um die sie sich stritten, auf deutsche Zusatzrechnung! — Das Geld wurde nicht mehr in Mark an den Reparationsagenten eingezahlt, sondern gleich in Devisen an die neugegründete „Bank für internationale Zahlungen" in Basel, die — gewissermaßen eine Gesandtschaft des Hauses Morgan in Europa — unter einem amerikanischen Präsidenten stand. Frankreich konnte, um sein Geld sofort verfügbar zu haben, eine Reparationsanleihe auflegen; den Zinsendienst von jährlich 660 Millionen übernahm Deutschland im Rahmen der Reparationen. Damit wurde die deutsche Schuldsumme in kleinsten Anteilen über die ganze Welt zersplittert. Da die Zinsen dafür nicht mehr an einzelne Staaten, sondern an eine Fülle von Einzelpersonen und Banken fließen, besteht für sie weder die Möglichkeit eines Transferschutzes, noch die einer Revision.

Dafür fielen die sichtbaren Einschränkungen der deutschen Souveränität auf Grund des Dawesplanes; das Reich erhielt die „Freiheit", ohne ständige ausländische Aufsicht von sich aus die Tributsummen aus dem Volke herauszupressen. „Wenn ein Volk den Willen und das Bestreben hat, 10—14 Stunden täglich jede erreichbare Arbeit zu tun", so drückte einmal der amerikanische Präsident der Baseler Tributbank (Mac Gerrah) die Erwartungen der Hochfinanz aus, „wenn eine Frau einem Pferd oder einer Kuh hilft, wenn ein Junge einen Pflug zieht und der Vater ihn führt, dann muß etwas als Einnahme und Ersparnis herauskommen". Und diese „Ersparnisse" hatte die Reichsregierung als Gerichtsvollzieher des internationalen Finanzkapitals einzutreiben.

Neben der Reparationsfrage stand die „Sicherheitsfrage" zwischen Frankreich und Deutschland. Dreimal haben in einem Jahrhundert deutsche Truppen die französische Grenze überschritten. 1813 hatte das deutsche Volk sich mit Rußland und England verbündet, um die französische Herrschaft abzuschütteln, 1870 hatte Deutschland allein Frankreich besiegt, und 1914 mußte sich fast die ganze Welt zusammenschließen, um Deutschland niederzuwerfen. So fühlte sich Frankreich von Deutschland bedroht, obwohl dieses in einer tausendjährigen Geschichte keinen einzigen Krieg geführt hat, um seine Westgrenze vorzuverlegen, sondern seit dem Zerfall des Ersten Reiches mit dem Ende der Staufen diese Grenze vor dem französischen Druck Schritt für Schritt zurückgenommen hat.

Auch nach der deutschen Entwaffnung und der völligen Entmachtung der Rheinzone erschien das Deutsche Reich Frankreich gefährlich. Hat es doch mehr Menschen in seinen Grenzen! Könnte die deutsche Erfindungsgabe nicht einmal die deutsche Industrie über Nacht auf den Krieg umstellen? Frankreich diese Furcht zu nehmen, den Frieden zwischen beiden Völkern aufzurichten und damit den Krieg erst wirklich zu „liquidieren", zu begleichen, war Hoffnung und Ziel der deutschen „Verständigungspolitik". In ihrem Zeichen hatte Gustav Stresemann als Kanzler den Ruhrkampf abgebrochen, war er als Außenminister für den Dawesplan eingetreten. Über eine Verständigung mit Frankreich hoffte er dann zu einer allmählichen Revision von Versailles zu kommen. Als Sohn eines Gastwirtes in Berlin geboren, hatte er Volkswirtschaft studiert und mit einer Untersuchung über den Berliner Flaschenbierhandel den Doktortitel erworben. Er wurde Geschäftsführer des Verbandes deutscher Schokoladenfabrikanten und Rechtsbeirat (Syndikus) des Landesverbandes sächsischer Industrieller und heiratete später eine Jüdin. Mit 29 Jahren wurde er nationalliberaler Reichstagsabgeordneter. Während des Krieges trat er zunächst für deutsche Erwerbungen im Westen und Osten ein, ging dann aber zu den Anhängern des „Verständigungsfriedens" über. Doch wegen seiner „imperialistischen Belastung" lehnten nach dem Novemberumsturz die Demokraten es ab, ihn zur Nationalversammlung aufzustellen. So gründete er eine eigene Partei:



Die „großen Drei“ von Locarno

die Deutsche Volkspartei. Er setzte sich für die Ablehnung des Versailler Vertrages ein, wie auch anfangs für den passiven Widerstand an der Ruhr. Jetzt führte er seine Partei aus ihrer ursprünglich ablehnenden Haltung gegenüber der Republik zur Mitarbeit am Staate von Weimar.

Befriedung durch Verständigung war das Ziel, das die Kapitalmächte erstrebten. Neue Gewaltmaßnahmen von irgendeiner Seite hätten nur die durch die Anleihepolitik sich anscheinend erholende Wirtschaft und das Tributgeschäft der Hochfinanz gefährden können. Daher mußte Frankreich im Dawesplan auf alle „Sanktionen“ verzichten, mußte es sich verpflichten, die besetzten Rheinhäfen und das Ruhrgebiet wenigstens ein Jahr nach der Unterzeichnung zu räumen (August 1925). So suchte es nach anderen „Sicherheiten“. Diese wollte es durch die „Verständigung“ gewinnen — im Rahmen des Versailler Systems.

In dem Schweizer Städtchen Locarno am Nordende des Lago Maggiore kam Stresemann im Oktober 1925 mit dem

französischen Außenminister Briand und dem englischen Außenminister Chamberlain — alle drei Freimaurer höherer Grade — zusammen, „um gemeinsam die Mittel zum Schutze ihrer Völker vor der Geißel des Krieges zu suchen". Nicht am Konferenztisch mit Vorsitz, Wortmeldungen, Berichten wurden die Verhandlungen geführt, sondern in freundschaftlich-vertraulichen Gesprächen beim Frühstück, beim Glase Wein, bei Zigarren, Mokka und Likör oder bei Spazierfahrten mit der „Orangenblüte" auf dem blauen Alpensee. Am 16. Oktober — am Geburtstage Chamberlains — schlossen die drei Hochgradbrüder den „Locarno-Vertrag". In ihm verpflichtete sich das Deutsche Reich, seine Staats- und seine Wehrgrenze im Westen, wie sie in Versailles festgelegt worden, niemals gewaltsam zu ändern. Waren diese Bestimmungen einst unter dem Druck der französischen Einmarschdrohung unterschrieben worden, so verzichtete nun der deutsche „Volksstaat" aus freien Stücken auf die Volksgenossen in Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy, wie auf jede Grenzwehr am Rhein. Auch Frankreich und Belgien verpflichteten sich in Locarno, die deutsche Staats- und die Wehrgrenze, wie sie Versailles festgelegt hat, nunmehr zu achten. England — ohne die Dominions — und Italien traten dem Vertrage als Bürgen bei und verpflichteten sich, bei einer „offensichtlichen Verletzung" der Bestimmungen über die Staatsgrenze oder die entmachtete Zone gegen den Vertragsbrüchigen vorzugehen. Auch mit Polen schloß Stresemann in Locarno ein Abkommen; danach dürfen „die Rechte eines Staates" — also auch die Grenzen — „nur mit Zustimmung dieses Staates selbst" geändert werden. Als Briand in der französischen Kammer wegen seines „Entgegenkommens" angegriffen wurde, erklärte er: „In Locarno ist der Versailler Vertrag von den Deutschen aus freien Stücken anerkannt worden. ... Seien wir doch stolz auf das Erreichte!"

Der freiwillige Verzicht im Westen wie im Osten sollte Deutschland vor einer neuen französischen Gewaltpolitik schützen. Streitigkeiten müssen vor ein internationales Schiedsgericht gebracht werden, können nicht mehr einseitig durch die als Kläger und Richter zugleich auftretende Entente entschieden werden. Damit waren England und Italien juristisch aus der einseitigen Front gegen Deutschland gelöst. Aber das Reich selbst war auf dem Wege, in die Front von Versailles einzurücken. Als Entgelt für diese weiteste

Erfüllung der französischen Sicherheitswünsche begnügte sich Stresemann lediglich mit dem mündlichen Versprechen von „Rückwirkungen". Er dachte dabei vor allem an eine vorzeitige Räumung des besetzten Gebietes. Doch nur aus der nördlichen Zone, die schon seit dem 10. Januar 1925 hätte geräumt sein müssen, aber besetzt geblieben war, weil Deutschland immer noch nicht genügend entwaffnet wäre, wurden nun ein gutes Jahr später (31. Januar 1926) die französischen Truppen herausgezogen. Noch 2 Jahre nach Locarno hielt Frankreich seine großen Herbstmanöver im deutschen Rheinland ab. Erst nach Annahme des Youngplanes räumte es die zweite Besatzungszone Ende 1929 (statt Januar 1930), zog es auch die Truppen der dritten Zone bis zum 30. Juni 1930 zurück. Für seine „Friedensoffensive" erhielt Stresemann mit den beteiligten Ministern der andern Locarnomächte den Friedensnobelpreis aus der Nobel-Millionenstiftung, die der schwedische Erfinder des Dynamits und des rauchschwachen Pulvers, Alfred Nobel, für die weitere Förderung des Fortschritts der Menschheit gemacht hat.

Der Locarnovertrag sollte erst in Kraft treten, wenn Deutschland in den Versailler Völkerbund eingetreten sei. Aber als die deutschen Vertreter im Frühjahr 1926 verabredungsgemäß in Genf erschienen, ließ man sie 12 Tage warten und dann wieder abfahren, da Brasilien gegen die Aufnahme Einspruch erhob. Im September wurde dann Deutschland doch aufgenommen und erhielt sogar einen ständigen Sitz im „Obersten Rat" neben den Großmächten England, Frankreich, Italien und Japan. Dafür erhielt aber auch Polen einen Ratssitz, und die Völkerbundssatzung wurde dahin geändert, daß der Völkerbundsrat, der sonst in allen Fragen einstimmig zu beschließen hat, für die Einleitung von „Kontrollmaßnahmen" gegen das Reich mit einfacher Mehrheit entscheidet! Als Mitglied des Völkerbundes, in dem 55 Staaten der Welt vertreten waren, hoffte Stresemann, Deutschlands Belange wirkungsvoller vertreten zu können; nicht nur die des Reiches, sondern die des Deutschtums überhaupt: der deutschen Volksgruppen in Europa, Danzigs, Memels und Deutsch-Österreichs. Zwar bestimmt der erste Artikel der Völkerbundssatzung, dem Bunde dürften nur „Staaten mit voller Selbstverwaltung" angehören. Die daraus sich ergebende Forderung, Deutschland müsse nun

seine staatliche Hoheit, seine Souveränität, zurückerhalten, hat Stresemann aber nicht erhoben. So wurden die Möglichkeiten, die durch den vollen Einbau des Deutschen Reiches in das Versailler System zu seinen Gunsten gegeben waren, nicht ausgenutzt.

Der Aufbau der Widerstandsfront in Deutschland

Bei seiner „Verständigung" mit Frankreich und mit der Hochfinanz konnte sich Stresemann auf eine breite Front der Parteien stützen: auf die „große Koalition" von den Sozialdemokraten und Demokraten über das Zentrum bis zur Deutschen Volkspartei. Auch die Deutschnationalen, die vorübergehend zur stärksten Partei geworden waren (1924), wurden zunächst gewonnen. Die Dawesgesetze, die ja eine Enteignung von Reichsbahn, Reichsbank und Reichssteuern zugunsten der Hochfinanz vorsahen, waren verfassungsändernd und verlangten daher eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage. Das war nur dadurch möglich, daß die Deutschnationalen die Hälfte ihrer Reichstagsabgeordneten dafür stimmen ließen.

Ein halbes Jahr nach der Dawesabstimmung erschien die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erneut auf dem Plane. Am 20. Dezember 1924 war Adolf Hitler auf Grund einer allgemeinen Begnadigung aus der Festung Landsberg wieder entlassen worden. Am 26. Februar 1925 gründete er die Partei, die während seiner Haft in mehrere sich befehdende Gruppen auseinandergefallen war, von neuem. Am Tage darauf eröffnete er durch eine Rede im Bürgerbräukeller den zweiten Kampf gegen das „System".

Ende Februar desselben Jahres starb der vorläufige Reichspräsident Ebert. Die Parteien stellten nicht weniger als sieben Kandidaten für seine Nachfolgerschaft auf. Die Nationalsozialisten traten für Ludendorff ein. Der erste Wahlkampf führte zu keinem Ergebnis, da niemand die Mehrheit über alle übrigen Bewerber errang. Ludendorff erhielt nur 280000 Stimmen. Im zweiten Wahlgang einigte sich die gesamte „Rechte" als „Reichsblock" auf Hindenburg, und der siebenundsiebzigjährige Generalfeldmarschall versagte sich dem Rufe fürs Vaterland nicht. Ihm stellte die „Linke", die Parteien der Weimarer Koalition, als „Volksblock" den Zentrumsmann Marx entgegen, und die Kommunisten traten für den



Reichspräsident von Hindenburg

von Moskau bestimmten Thälmann ein. Mit großer Erbitterung wurde der Wahlkampf durchgeführt. Doch der ehrwürdige Name des Generalfeldmarschalls schlug eine Bresche in die Weimarer Front. Hindenburg, der während des ganzen Kampfes Hannover nicht verließ, während sein Gegner Marx redend von Ort zu Ort reiste, wurde mit 14,6 Millionen Stimmen gegen 13,7 Millionen der erste verfassungsmäßige Reichspräsident der deutschen Republik. „Ich reiche jedem Deutschen die Hand", hatte er in seiner einzigen Wahlrede, im Rundfunk, gesagt, „der national denkt, die Würde des deutschen Namens nach innen und außen wahrt und den konfessionellen und sozialen Frieden will". Und nach seiner Wahl erklärte er: „Die Anschauungen, wie ich sie in der großen Schule der Pflichterfüllung, dem deutschen Heere, gewonnen habe, sollen auch für meine Friedensarbeit von Nutzen sein. Sie gipfeln in dem Satz, daß Pflicht vor Recht geht."

Die Erfahrungen des 9. November 1923 hatten in Adolf Hitler die Überzeugung reifen lassen, daß Deutschland nicht durch den Marsch einer kleinen revolutionären Gruppe nach Berlin erobert werden könne. Die Demokratie sollte mit ihren eigenen Waffen geschlagen werden. Unermüdliche Werbung und Aufklärung sollten die Mehrheit des deutschen Volkes gewinnen. So wollte Adolf Hitler durch einen endlichen Wahlsieg über das System „legal" die Macht erringen, wollte er durch einen „verfassungsmäßigen Umsturz" die Weimarer Republik beseitigen. Die Voraussetzungen dazu aber waren schwieriger geworden als 1923. Damals lag eine Verzweiflungsstimmung über dem Volke. Man litt unter der Inflation, spürte die Gewaltmaßnahmen Frankreichs. Der Dawesplan aber hatte die Reparationen „unsichtbar" gemacht. Die meisten wußten nicht oder wollten nicht wissen, daß sie mit jeder Fahrkarte, jedem Pfund Zucker, jedem Glase Bier, jeder Zigarette Tribute bezahlten. Die Wirtschaft war ja „angekurbelt". Die ungeheuer wachsende Schuldenlast, die auf ihr drückte, war wiederum „unsichtbar". Auch politisch hatte sich anscheinend alles gebessert. Die deutschen Vertreter wurden nicht mehr nur zur Unterzeichnung der „Verträge" befohlen, nicht mehr hinter Stacheldraht gefangen gehalten, sondern sie saßen menschlich „gleichberechtigt" mit am Verhandlungstisch. Daß sich damit an der politischen Vergewaltigung des Reiches nichts geändert hatte,



SA. marschiert (im Hintergrund ein kommunistischer Umzug)

sah man nicht, wollte man nicht sehen. Auch der Stacheldraht um Deutschland war „unsichtbar" geworden.

Gegen den wirtschaftlichen und politischen Optimismus, der das Volk ergriffen hatte, schärfte die „nationale Opposition" das Gewissen. Vor allem Adolf Hitler mit seinen Getreuen in der NSDAP. Die Deutschnationalen hatten mit ihrer zwiespältigen Haltung gegenüber dem Dawesplan zwar vom Volke den Spottnamen „Mampe halb und halb" bekommen, aber von dem System erkauft, daß man ihre Vertreter in die Reichsregierung aufnahm. Sie waren der Meinung, eine „Rechtsregierung" könne das System von Weimar-Versailles erträglicher gestalten. In gerader Linie folgte jedoch auf den Dawesplan Locarno. Diese Politik aber erkannten auch die Deutschnationalen als gefährlich, weil sie politische Zukunftsmöglichkeiten verbaute. So traten sie wieder aus der Regierung aus. Unter Führung Hugenbergs kehrten sie immer mehr in ihre grundsätzliche Gegnerschaft zur Republik und deren Verständigungspolitik zurück, forderten sie wie die Nationalsozialisten eine Widerstandspolitik, die nicht durch freiwillige Unterschriften die Gewaltbestimmungen von Versailles in Recht verwandele. Auch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund lehnten sie ab. Mit

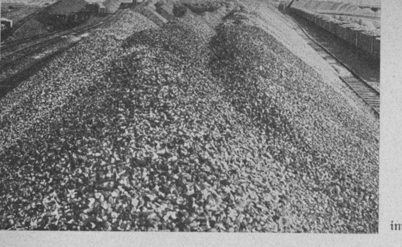
den Nationalsozialisten zusammen wandten sie sich scharf gegen den Youngplan. Unterstützt wurden sie dabei vom „Stahlhelm", dem Bund nationaler Frontkämpfer, den Franz Seldte bereits mitten in den Wirren des Umsturzes zu Weihnachten 1918 in Magdeburg gegründet hatte und der seitdem ständig gewachsen war. Gemeinsam brachten die drei Gruppen den Antrag auf ein Volksbegehren ein, das eine Volksabstimmung forderte über ein „Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes": die Kriegsschuldlüge sollte für nichtig erklärt, der Youngplan abgelehnt werden. Minister, die fernerhin irgendwelche Verpflichtungen annähmen, die auf der Anerkenntnis der deutschen Kriegsschuld beruhten, sollten wegen Landesverrats mit Zuchthaus bestraft werden. Das war eine Kampfansage an das System auf Leben und Tod.

Die Regierungen des Reichs und Preußens verboten sämtlichen Beamten, sich in die Listen des Volksbegehrens einzuschreiben. So groß war die Sorge, die Aufklärung des Volkes durch die nationale Opposition könne zum Siege führen, daß man sogar den liberalen Grundsatz der freien Meinungsäußerung, der in der Weimarer Verfassung verankert war, über Bord warf. Trotzdem trugen 10% aller Stimmberechtigten (4,1 Millionen) ihre Namen ein. So ging das Volksbegehren durch. Da bei dem nun folgenden Volksentscheid (22. Dez. 1929) die Stimmabgabe geheim war, forderten die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien zur Stimmenthaltung auf. Wenn nur die Bejaher des „Freiheitsgesetzes" zur Wahl gingen, war diese doch wieder öffentlich. Trotzdem beteiligten sich auch viele Beamte an der Abstimmung. Doch nur 5,8 Millionen Stimmen erhielt der Volksentscheid. Der erste große gemeinsame Angriff der nationalen Opposition war abgeschlagen. Aber fast 6 Millionen Männer und Frauen hatten sich offen als unerbittliche Gegner von Weimar, Versailles und Genf, von Dawes und Young bekannt. Das war eine beachtliche Kerntruppe der Widerstandsfront. Ihr gegenüber forderten die Alliierten auf einer Konferenz im Haag, die die letzten Einzelheiten des Youngplans durchsprach, vertraglich das Recht der „Sanktionen" zurück für den Fall, daß einmal eine deutsche Regierung nicht mehr erfüllen wolle, und der sozialdemokratische Reichskanzler Müller, dessen Name schon unter dem Versailler Vertrag steht, — unterschrieb.

Die Weltwirtschaftskrise

Bald sollte sich zeigen, daß nicht die Regierenden der großen Koalition, sondern die Führer der nationalen Opposition die Lage richtig beurteilt hatten. Von Monat zu Monat wurde deutlicher, daß es mit der bewunderten Wirtschaftsblüte zu Ende war. Der Weltkrieg hatte nicht nur die weltpolitische, sondern auch die gesamte weltwirtschaftliche Lage von Grund aus gewandelt. Japan, Indien, Südafrika, Südamerika hatten eigene Industrien aufgebaut. Nach dem Kriege waren dort die europäischen Staaten nicht mehr wettbewerbsfähig. Dazu fiel der russische Markt — bis auf die Belieferung mit Arbeitsmaschinen — aus; ebenso das durch dauernde innere Wirren zerrissene China; und die wirtschaftliche Rolle der Vereinigten Staaten hatte sich gegenüber der Vorkriegszeit geradezu in ihr Gegenteil verkehrt.

Da sich nach dem Kriege infolge der Rationalisierung die Wirtschaftsleistungen überall erhöhten, fielen die Preise ständig; vor allem für landwirtschaftliche und industrielle Rohstoffe. Man konnte also für sein Geld mehr Waren bekommen. Von 1929 bis 1932 ließ das Sinken der Weltmarktpreise geldmäßig die Kaufkraft des Goldes um 40—50% steigen. Da aber Kredite ihren Zahlenwert behalten, so verarmten durch diese Preisbewegung die Schuldner. Sie konnten die zahlenmäßig ebenfalls unverändert bleibenden, bei fallenden Preisen also wertmäßig steigenden Zinsen nicht mehr aufbringen, viel weniger die Schulden zurückzahlen. Die Kredite „froren ein". Das in den Büchern der Banken stehende Vermögen der Fabriken, Bergwerke, Bauerngüter übertraf den wirklichen Wert immer mehr. Um Geld für den Zinsendienst einzusparen, wurden die Löhne gesenkt. Das verminderte die Kaufkraft der Massen. Dadurch ging der Absatz zurück. Die Erzeugung mußte eingeschränkt werden: immer mehr Arbeiter und Angestellte wurden entlassen, die Löhne der Beschäftigten immer erneut gesenkt. Weiter schmolz die Kaufkraft, weiter schrumpfte der Absatz. In Amerika schüttete man die unverkäuflichen Mengen von Weizen ins Meer, heizte man die Kessel der Eisenbahnen mit Kaffee. Dabei hungerten Millionen. Die nicht verkäuflichen Kohlen wuchsen an den Förderstellen zu Gebirgen — und Millionen Menschen froren in den Städten. Überall lagen die Fabriken still — und Mil-



Koksberge türmen sich im Ruhrgebiet

lionen Menschen konnten die einfachsten Bedürfnisse nicht befriedigen. Von 1929 bis 1930 schrumpfte die deutsche Erzeugung um ein Drittel zusammen. Anfang 1930 waren in Deutschland 3 Millionen Menschen arbeitslos, 1 Jahr darauf 5 Millionen. 1932 stieg die Weltarbeitslosigkeit auf fast 30 Millionen Menschen.

Der Weltkrieg hat Milliarden und Abermilliarden gekostet. Dieses Geld ist durch Anleihen aufgebracht worden. Da es aber buchstäblich „verpulvert" wurde, schuf es keine Werte, aus deren Erlös es getilgt werden konnte. Von Kriegsanleihe zu Kriegsanleihe stiegen die Ziffern in den Schuldbüchern der einzelnen Staaten an. Um die Zinsen und die Tilgungsraten aufzubringen, steigerten sie die Steuerlast der Völker ins Riesenhafte. Deutschland vernichtete seine Kriegsschulden durch die Inflation. Die Mächte der Entente dagegen verlangten von ihm Reparationen, um damit ihre eigenen Schulden zu bezahlen. Man erwartete also, das deutsche Volk werde mit seiner Arbeit die Gesamtkosten des Weltkrieges bezahlen. Mit der Erfüllungs- und Verständigungspolitik hat die deutsche Regierung in der Tat den Versuch gemacht, das Unmögliche möglich zu machen.

Bei dem schrumpfenden Absatz und der gleichbleibenden Zinsenlast konnten die deutschen Bauern die wachsenden Steuern nicht mehr aufbringen. Als das Finanzamt ihnen das Vieh aus dem Stall heraus versteigern wollte, erschienen die Bauern in stummer Entschlossenheit, mit derben Eichenknüppeln, Äxten oder Spaten in der Hand, und kein Händler wagte zu bieten. Als der Staat das Vieh von den Gerichtsvollziehern unter starker Landjägerbedeckung

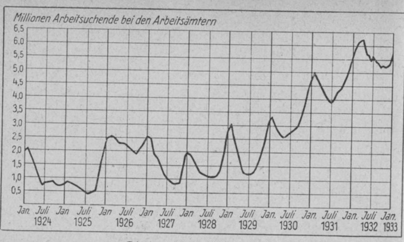
Frauen und Kinder suchen im Hamburger Hafen auf Schuttschuten nach Brennholz



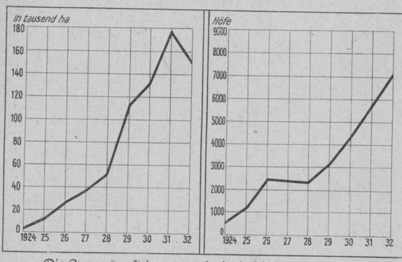
zur Versteigerung in die Stadt treiben ließ, zogen in Holstein die Bauern unter schwarzen Fahnen vor das Kreishaus. Mit blanker Waffe wurden sie auseinandergejagt (in Neumünster 1928). Um die Behörden in ständiger Unruhe zu halten und schließlich zum Einlenken zu zwingen, ging eine Bauerngruppe mit leichten Bombenanschlägen gegen die Häuser der Amtsvorsteher, gegen Landratsamt und Regierungspräsidium vor. Da man nicht die einzelnen Menschen, sondern das schuldige System treffen wollte, wurde dabei niemals ein Mensch auch nur leicht verletzt. Schließlich wurde der Führer der Verzweiflungsbewegung, Klaus Heim, erfaßt und mit — 7 Jahren Zuchthaus bestraft (Oktober 1930). (Der Mörder Horst Wessels bekam nur 6 Jahre!) Das änderte aber nichts



Arbeitslose vor einem Berliner Arbeitsamt



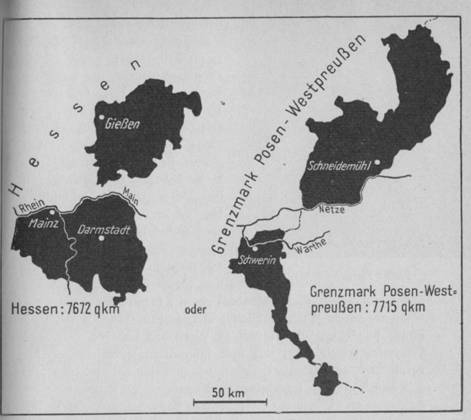
Die deutsche Arbeitslosigkeit



Die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlichen Besitzes

an der Not des Landes. Von 1924—1932 kam alle 3 Stunden ein deutscher Bauernhof unter den Hammer. Die Gesamtfläche der in dieser Zeit zwangsversteigerten Wirtschaften kommt der Hessens oder der Grenzmark Posen—Westpreußen gleich.

In ihrem leidenschaftlichen Kampf für die Unterwerfung des deutschen Volkes unter den Youngplan der internationalen Hochfinanz hatte die marxistisch geführte Reichsregierung versprochen,



Die Fläche der 1924—1932 versteigerten Bauernhöfe (rund 7700 qkm)

nach der Annahme des Planes würden die Vermögens=, die Einkommen= und die Sachsteuern fühlbar gesenkt werden. Das Gegenteil aber trat ein. Um am Jahresende 1929 überhaupt Zinsen und Gehälter zahlen zu können, verpfändete der sozialdemokratische Finanzminister Dr. Hilferding (einst Wiener Frauenarzt, dann Finanzpolitiker der landesverräterischen „Unabhängigen"), der als Ostjude nicht einmal einwandfrei Deutsch sprach, die gesamte deutsche Zündholzindustrie an den schwedischen „Zündholzkönig" Ivar Kreuger, der sich später als internationaler Hochstapler entpuppte.

Um den deutschen Wirtschaftsraum zu erweitern, verabredete der deutsche Reichskanzler Dr. Brüning mit dem österreichischen Bundeskanzler (Schober) einen Zollverein der beiden deutschen Staaten (März 1931) als Anfang eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses



Klaus Heim

von Mitteleuropa. Aber man wagte nicht, vollendete Tatsachen zu schaffen, sondern gab die Verabredung bekannt, um das Echo zu erkunden. Die französische Hochfinanz antwortete damit, daß sie ihre Gelder von der Hauptbank für Südosteuropa, der Creditanstalt in Wien, zurückzog und diese dadurch zusammenbrechen ließ. Der Reichsaußenminister der Regierung Brüning gab den Zollvereinsplan auf, und das Haager Schiedsgericht erklärte mit 8 Stimmen (Frankreich, Italien, Polen, Spanien, Rumänien, Cuba, Columbien, San Salvador) gegen 7 (Deutschland, Amerika, England, Japan, China, Holland, Belgien), ein solcher Zusammenschluß stünde im Widerspruch zu Versailles und St. Germain. Österreich erhielt dann eine neue internationale Anleihe. Dafür verpflichtete es sich erneut, sich weder politisch noch wirtschaftlich mit dem Reiche in irgendeiner Form zusammenzuschließen.

Bis zum Sommer 1931 hatte das deutsche Volk fast 60 Milliarden Mark Tribute in Waren und Geld bezahlt. Das war mehr als das Fünffache des Goldbestandes aller europäischen Notenbanken vor dem Kriege, war der Wert der gesamten Goldgewinnung der Erde im letzten Menschenalter. Allein die Zinsen für die Auslandsanleihen betrugen für das Jahr 1930 schon 2,5 Milliarden RM. Dazu kamen die Lasten aus dem Youngplan. So mußte das deutsche Volk in einem einzigen Jahre 4,6 Milliarden für die internationale Hochfinanz herauswirtschaften. Diese Summe konnte — wie jede Auslandszahlung — nur durch einen gleich hohen Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr bezahlt werden. Eine deutsche Ausfuhrsteigerung bei der wachsenden Weltarbeitslosigkeit mußte aber in den anderen Ländern krisenverschärfend wirken. Daher sicherten sich diese gegen das Eindringen deutscher Waren durch immer höhere Zollschranken. Auch borgen wollte und konnte niemand mehr. Im Gegenteil, das internatio-

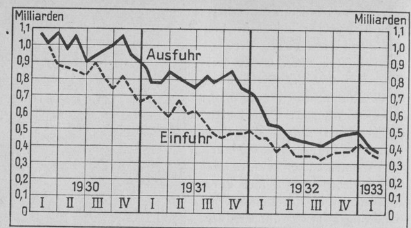
nale Kapital kündigte alle kurzfristigen früheren Anleihen. So mußte das Gebäude der Reparationen zusammenbrechen. In drei Wochen zahlte die Reichsbank 1350 Millionen RM. in Gold und Devisen zurück. Dann waren die deutschen Mittel erschöpft.



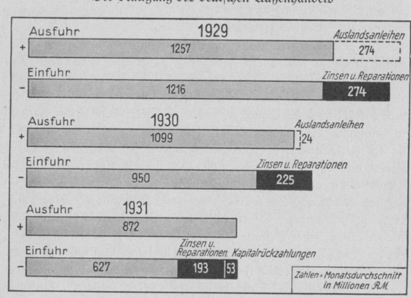
Dr. Rudolf Hilferding

Im Juli 1931 mußten die deutschen Banken und Sparkassen ihre Schalter, die Börsen ihre Tore schließen. Der Reichspräsident wandte sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten (Hoover) und bat um Stundung, und dieser verkündete ein „Schuldenfeierjahr" für die ganze Welt. Sämtliche Zahlungsverpflichtungen von Staat zu Staat sollten ein Jahr lang aufgeschoben werden. Zu Neujahr 1932 erklärte Reichskanzler Dr. Brüning, Deutschland könne keine Reparationen mehr zahlen. Zwar wehrte sich Frankreich heftig; doch im Sommer, bevor das Feierjahr ablief, mußte in Lausanne eine neue Reparationskonferenz zusammentreten: die 35. seit Versailles. Die „endgültige" Regelung des Youngplanes, ausgearbeitet von den führenden Wirtschafts- und Finanzsachverständigen der kapitalistischen Weltstaaten, hatte sich als unmöglich erwiesen. So wurde eine neue „endgültige" Regelung festgesetzt. Nachdem Deutschland seit 1919 durchschnittlich fast 6000 RM. in jeder Minute aufgebracht hatte, gewährte man ihm jetzt eine Schonzeit von 3 Jahren. Nach deren Ablauf sollte es noch eine Schlußzahlung von 3 Milliarden RM. leisten; aber „entgegenkommenderweise" nicht mehr als „Reparationen", sondern als „Beitrag für den europäischen Wiederaufbau".

Unabhängig davon laufen aber die Zins- und Tilgungsraten aus der Dawes- und aus der Younganleihe weiter, sowie die Summen aus dem belgischen Markabkommen; ferner verschiedene Zahlungsabkommen, die mit Amerika außerhalb der Reparationen abgeschlossen sind, da die Vereinigten Staaten ihre Ansprüche nicht auf den von ihnen nicht unterzeichneten Versailler Vertrag grün-



Der Rückgang des deutschen Außenhandels



Die deutsche Wirtschaft unter dem Youngplan

den können. Das alles erhöht die deutsche Schlußzahlung auf 6,9 Milliarden Reichsmark. Die Frage, was aus der als Folge der Reparationen entstandenen „privaten" deutschen Auslandsverschuldung von mehr als 20 Milliarden RM. werden soll, ist in Lausanne nicht aufgeworfen worden.

IV. Der Kampf um Deutschland

Schleichender Bürgerkrieg

Wie die internationale Wirtschaft, so ist die „Internationale" überhaupt in die Krise geraten. Der Kriegsausbruch hat gezeigt, daß die Internationale keine Wirklichkeit war: nicht nur in Deutschland, überall in der Welt hatten damals die sozialdemokratischen Arbeiter ihr Volk und ihr Vaterland über die internationale „Klassensolidarität" gestellt. Die marxistische Revolution war eine national-russische Angelegenheit und hat trotz allen Bemühungen der Bolschewisten in keinem Lande der Welt eine tätige Hilfe im Sinne der Weltrevolution erfahren. Auch der Novemberumsturz in Deutschland war ohne Unterstützung der „internationalen Arbeiterklasse" geblieben. Ja in den Ententestaaten haben auch die Vertreter der Arbeiterinternationale für den Versailler Vertrag gestimmt, obwohl unter seinen Folgen vor allem die deutsche Arbeiterschaft leiden mußte!

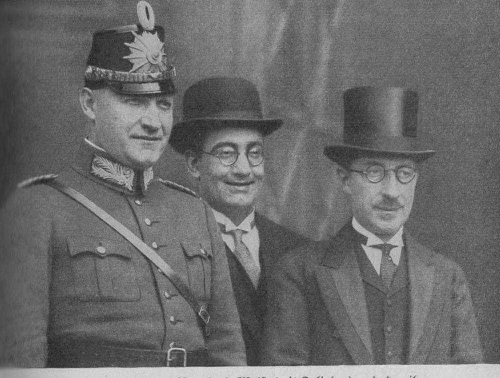
Überall in der Welt hat der Krieg den Nationalismus gestärkt: die neuen Staaten in Mittel- und Osteuropa betonen stark ihre nationale Besonderheit; das einheitliche Rußland der Vorkriegszeit ist wenigstens äußerlich nach seinen Völkerschaften aufgegliedert in einen Bund von Sowjetrepubliken; nicht nur in Indien, auch in den afrikanischen Kolonien wachsen die nationalen Freiheitsbestrebungen. Demgegenüber sollte der „Völkerbund" eine neue Internationale der Staaten bilden. Aber vor wirklichen nationalen Lebensfragen ist er stets gescheitert: Oberschlesien, Memel, Mandschurei, Abrüstung, Abessinien. Ernst nahm es mit den internationalen Verbindlichkeiten und Verbundenheiten dagegen die Weimarer Republik; so ernst, daß sie jede Regung von Nationalismus als Störung empfand. Deshalb wurden z. B. Volkskundgebungen zum zehnten Jahrestage von Versailles verboten, Studenten, die sich trotzdem in Berlin zusammenfanden, mit Gummiknüppeln auseinandergetrieben. Als sich nationale Massen unter Führung der Nationalsozialisten gegen einen Kriegsfilm empörten, der deutsche Soldaten verächtlich machte, wurden sie ebenfalls mit Polizeiknüppeln auseinandergejagt. Dagegen durfte ein jüdischer Universitätsprofessor unter dem Schutze einer marxistischen Regierung von den Toten des



Berliner Polizei treibt eine Studentenkundgebung gegen Versailles auseinander

Weltkrieges sagen, sie seien „auf dem Felde der Unehre" gefallen. Da aber alle deutsche Verständigungsbereitschaft, alles Nachgeben — außer der vorzeitigen Räumung der dritten Besatzungszone — nicht das Geringste erreichte, wuchs das nationale Wollen der Massen immer mehr. Die nationale Frage zu lösen, gelang der Republik von Weimar nicht.

Ständig schwellende Ziffern von Geschäftszusammenbrüchen, Zwangsversteigerungen, Arbeitslosen — das war das Ergebnis der Erfüllungspolitik. Im dritten Vierteljahr 1932 wurde jede halbe Stunde eine deutsche Bauernfamilie aus ihrem meist altererbten Besitz vertrieben. Allein 1930 ist aller 45 Minuten ein deutscher Gewerbebetrieb zusammengebrochen. Im gleichen Jahre betrug der Wert des in ausländische Hände übergegangenen deutschen Besitzes an Häusern, Fabriken, Handelsunternehmungen 6 Milliarden RM. 1932 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 7 Millionen: mit Angehörigen lebte also ein volles Drittel der Reichsbevölkerung von



Der Berliner „Vipoprä" Bernhard Weiß (mit Zylinder) und der ihm unterstellte Kommandeur der Schutzpolizei Heimannsberg

öffentlicher Unterstützung. Millionen Menschen entbehrten des Nötigsten an Wohnung, Kleidung, Nahrung. Täglich endeten 44 deutsche Menschen — meist aus wirtschaftlicher Verzweiflung — durch Selbstmord. Nach der Verfassung von Weimar aber sollte die Ordnung des Wirtschaftslebens „den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen" (Art. 151). Auch die soziale Frage zu lösen, hatten sich die Träger der Republik von Weimar als unfähig erwiesen.

Der Optimismus des deutschen Volkes wich immer mehr einer Verzweiflungsstimmung. Viele klammerten sich an die Versprechungen des Kommunismus von einem Sowjetparadies. Mehr aber noch wuchs die Zahl derer, die in einer inneren Wiedergeburt des deutschen Volkes, wie sie Adolf Hitler und die Nationalsozialisten predigten, die Voraussetzung sahen für das Ende des Elends. In der NSDAP. sammelten sich vor allem neben Männern der Front und der Frontgeneration deutsche Jugend aus allen

Schichten des Volkes: Studenten, Arbeiter, Handwerker, Angestellte. Im Nationalsozialismus verkörperte sich das nationale und das sozialistische Sehnen des deutschen Volkes. Über das ganze Reich hin wurde die Partei ausgebaut, gegliedert in Gaue, Kreise und Ortsgruppen, in Straßen- und Betriebszellen. Neben der SA., die das Recht auf die Straße auch weiterhin gegen die Marxisten ertrotzte, trat die SS als Schutz-Staffel der Führer und Redner der Bewegung. 1926 wurde die Hitler-Jugend gegründet. Im gleichen Jahre wurde Dr. Goebbels vom Führer an der entscheidenden Stelle der Kampffront eingesetzt: als Gauleiter von Berlin. Seitdem faßte die Partei immer stärker auch in Norddeutschland Fuß. Mit immer neuen zündenden Reden und treffenden Schlagworten traf Dr. Goebbels die „Systemgrößen", besonders Bernhard Weiß, den jüdischen Vizepolizeipräsidenten von Berlin, den „Vipoprä". Als dieser gerichtlich dagegen vorging, daß ihn Dr. Goebbels stets „Isidor" nannte, erschienen an den Anschlagsäulen riesige weinrote Plakate der Partei, die mit weithin sichtbaren großen Buchstaben verkündeten: „Der Berliner Vizepolizeipräsident ist ein .... Wer ihn Isidor nennt, kommt ins Gefängnis."



Dr. Joseph Goebbels spricht

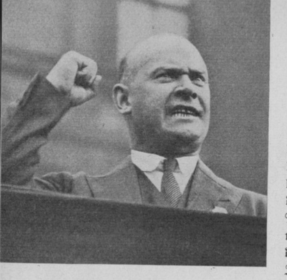
Immer dichter folgten die Versammlungen aufeinander, immer größere Säle konnte man mit Anhängern füllen, immer



Begegnung von Reichsbanner und Stahlhelm

häufiger und stärker zeigte sich die SA. auf den Straßen, immer gewaltigere Massen strömten alljährlich auf den Parteitagen in Nürnberg zusammen. Immer verzweifelter aber wehrte sich auch das System. Schon Anfang 1924 hatte die Sozialdemokratie das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet als Schutzgarde der Weimarer Republik. Bayern verbot (bis zum März 1927) Adolf Hitler das Reden für die innere Erneuerung Deutschlands, da er damit — den Fremdenverkehr störe. Auch die marxistische Preußenregierung verbot ihm jahrelang das öffentliche Reden. Zwar verstieß das gegen die Verfassung, die man schützen wollte; aber Adolf Hitler, der vier Jahre lang an der Front für Deutschland gekämpft und geblutet hatte, war ja kein Reichsdeutscher, war ja — Ausländer. Noch 1927 wurde Dr. Frick als Reichstagsabgeordneten auf seinen Antrag, das Verbot aufzuheben, geantwortet: „Die Bestimmungen der Reichsverfassung kommen Ausländern nicht zugute". Ein Marxistenführer forderte, man solle ihn „mit der Hundepeitsche" aus dem Lande treiben.

Adolf Hitler antwortete damit, daß er seine Reden vorlesen ließ. Er selber konnte nur in geschlossenen Mitgliederversammlungen



Ernst Thälmann

sprechen. Wer ihn hören wollte, trat am Saaleingang in die Partei ein. So wuchs sie weiter an. Als die Partei verboten wurde, hielten ihre Reichs- und Landtagsabgeordneten „Wählerversammlungen" ab. Die Nationalsozialistischen Zeitungen wurden verboten — große Aufrufe erschienen dafür an den Anschlagsäulen und Mauern. Das Tragen des Parteiabzeichens wurde untersagt — die „Leser des Angriffs", der Zeitung, die Dr. Goebbels gegen die jüdische „Asphaltpresse" der Berliner „Journaille" gegründet hatte, schufen sich ein neues. Der SA. wurde das Braunhemd ausgezogen — sie erschien ohne Rock im weißen „Verbotshemd". Zu Tausenden wurden Nationalsozialisten verhaftet, zu Gefängnis und Zuchthaus verurteilt, Beamte, die der Partei angehörten, aus dem Staatsdienst entlassen.

Immer heftiger gingen auch die Kommunisten zum Angriff vor. Nach dem Tode Karl Liebknechts war Ernst Thälmann von Moskau zum Führer der „Sektion Deutschland" der „Komintern" (der kommunistischen Internationale) bestimmt worden. Als Sohn eines Hafengastwirts war er in Hamburg geboren. Viermal war er auf der Volksschule sitzengeblieben, so daß er aus der vierten Klasse abgehen mußte. Dann war er Transportarbeiter geworden, war davongelaufen und als Kohlentrimmer nach Amerika gegangen, hatte nach seiner Rückkehr in einer Wäscherei gearbeitet, dann als Rollkutscher und als Kulissenschieber. Nirgends hatte er es lange ausgehalten. Schließlich wurde er Parteibeamter. Während des Weltkrieges stand er wegen Widersetzlichkeit wiederholt vor dem Kriegsgericht. 1918 war er dann desertiert. Als „Parteiführer" war er besonders von jüdischen Intellektuellen umgeben (Cohn, Haase, Rosenfeld, Mandelstamm, Silberfarb), die ihm seine Reden ausarbeiteten. Wegen seiner Tätigkeit für die jüdisch-bolschewistische Welt-



Thälmann auf einer kommunistischen Kundgebung in Berlin

revolution wurde der Deserteur zum „Ehren-Oberst" eines Reiter-regiments der Roten Armee gemacht.

Im Sommer 1924 gründeten die Kommunisten den Roten Frontkämpferbund. Mit seiner Hilfe wollten sie die Macht erobern und Deutschland zu einem Gliedstaat der russischen Sowjetunion machen. Gegen die Nationalsozialisten gaben sie die Parole aus: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!" In Spandau, Berlin und anderwärts lieferten sie ihnen große Saalschlachten. Die Nationalsozialisten aber wichen nicht und setzten sich siegreich durch. Wo die SA. geschlossen auftrat, da wurde sie beschimpft und mit Steinen beworfen. Und wehe den einzelnen SA.-Männern, die nach der Auflösung des Zuges allein nach Hause gingen! Oft wurden sie überfallen, niedergeschlagen, zertrampelt, meuchlings erschossen, ins Wasser geworfen. Polizisten waren meist fern. Ja es kam vor, daß sie selber auf rückkehrende Versammlungsteilnehmer, die ihr „Deutschland erwache!" durch die Straßen riefen, rücksichtslos mit dem Gummiknüppel einschlugen. In ihrem Eifer hieben sie sogar einmal auf ihren „Vipoprä" ein, der sich von ihrem Schneid überzeugen wollte, da sie in dem „Isidor" nicht ihren Vorgesetzten vermuteten.

In Berlin war besonders der Sturm 5 gefürchtet, den Horst Wessel führte. Der Pfarrerssohn und Korpsstudent hatte seine juristischen Studien aufgegeben und war, um den deutschen Arbeiter dem deutschen Volke zurückzugewinnen, selber Bauarbeiter



Horst Wessel

geworden. Mitten in einem „roten" Arbeiterviertel gelang es ihm, immer neue Jungarbeiter an sich zu ziehen und Bresche zu schlagen in die marxistische Front. So war sein ursprünglicher Trupp zum Sturm angewachsen. Seine Leute hingen an ihm als an einem echten Führer. Für sie schrieb er das Kampflied der Bewegung: „Die Fahne hoch!"

Ständig verfolgt von „Rot Front" mußte er dauernd seine Wohnung wechseln, abwechselnd bei Kameraden schlafen. Wieder einmal hatte er ein neues Zimmer gemietet. Aber seine Wirtin stand mit den Kommunisten in Verbindung und verriet ihn. Ein berüchtigter Kommunistenführer (der Verbrecher Ali Höhler) erschien plötzlich in seiner Wohnung und jagte ihm eine Kugel durch den Mund (14. Januar 1930). Nach sechswöchigem Krankenlager verschied Horst Wessel. Die marxistische Polizei verbot, daß ein Trauerzug ihn geleitete, verbot, daß sein Sarg mit einer Hakenkreuzfahne bedeckt wurde. Als der Leichenwagen, umgeben von Polizei mit Gummiknüppeln, durch die von trauernden Menschen umsäumten Straßen fuhr, warfen die Kommunisten mit Steinen und versuchten, ihn umzustürzen. Am Grabe aber sprach Dr. Goebbels: „Wo immer Deutschland ist, da bist auch du, Horst Wessel!"

Innen-, außen- und wirtschaftspolitisch war die Weimarer Republik am Ende. Niemand wagte etwas Entscheidendes. Da übernahm der Reichspräsident von Hindenburg selber die Verantwortung und regierte „autoritär" (Sommer 1930). Auf Grund des Artikels 48 der Weimarer Verfassung, der, wenn „die öffentliche Sicherheit und Ordnung gestört und gefährdet" war, die gesamte Staatsgewalt auf den Reichspräsidenten übertrug, stützte er den



Trauerfeier für Horst Wessel an seinem Grabe in Berlin

Reichskanzler auch gegen das Parlament. Die Regierung ruhte nicht mehr auf dem Vertrauen des Reichstages, sondern auf dem des Reichspräsidenten. Nicht mehr die Parteienvertretung gab „Gesetze", sondern der Reichspräsident erließ „Notverordnungen". Das Weimarer System war an der entscheidenden Stelle durchbrochen.

Der erste Kanzler dieser „Präsidialregierung" war Dr. Brüning. Im Kriege war er Stoßtruppführer gewesen. Als Mitglied des Zentrums stand er auf dessen rechtem Flügel, war er für die Ablehnung von Versailles eingetreten, hatte er Erzberger bekämpft. Sein Ziel war es, den Weg der Erfüllungspolitik folgerichtig zu Ende zu gehen und ihn dadurch als einen Irrweg zu erweisen. In einem einzigen Jahre zahlte er 7,2 Milliarden RM. an Reparationen, Zinsen und Tilgungsraten ans Ausland. Dabei hielt er aber an den internationalen Abmachungen über die deutsche Goldborgwährung fest, die die Menge der Reichsbanknoten abhängig



Dr. Heinrich Brüning

machte nicht von der deutschen Arbeit und den erzeugten deutschen Werten, sondern von der Menge des Devisenbestandes. Nur keine „Experimente“! Während er die Devisenbestände der Reichsbank für die Erfüllungspolitik aufbrauchte, verringerte er daher auch die Markbestände der deutschen Binnenwirtschaft, zog er immer mehr Banknoten ein. Weil der Außenhandel bei der völligen Zerrüttung des Weltmarktes und den ständig steigenden Schutzzollmauern auf ein Mindestmaß zusammenschrumpfte, ließ Brüning — zum Teil lediglich wegen eines Bankgesetzes — auch den Binnenmarkt am Mangel an Zahlungsmitteln zu grunde gehen. Mit der wachsenden Arbeitslosigkeit wuchsen die Lasten des Staates für Unterstützungen. Um sie aufzubringen, kürzte er wiederholt die Gehälter der Beamten, drosselte er die Ausgaben für Eisenbahn und Post, für Schule und Gesundheitswesen, zog er die Steuerschraube immer fester an, beschnitt er die Renten für die Kriegsverletzten, die Wohlfahrtsbezüge und Erwerbslosenhilfe. Das minderte die Kaufkraft immer neuer Schichten, zerstörte den Binnenmarkt weiter. Nach der Inflation nun ein neuer Kreislauf des Elends!

Da der Reichstag dem neuen Kanzler bei seiner ersten Spar- und Steuernotverordnung sein Mißtrauen aussprach, wurde er aufgelöst. Ein erbitterter Wahlkampf mit einer Flut von Versammlungen und Umzügen, mit Klebezetteln und Sprechchören, mit Überfällen und Straßenkämpfen folgte. Adolf Hitler stellte das Flugzeug in den Dienst seines Kampfes: so konnte er von einer aufrüttelnden Rede zur nächsten eilen, konnte er an manchen Tagen an drei weit auseinanderliegenden Orten sprechen. Bei der Wahl (September 1930) errangen die Nationalsozialisten, die bisher mit nur 12 Abgeordneten vertreten waren, mehr als 6 Millionen Stimmen, und eroberten damit 107 Sitze. Die Mitte, in rund 30 Parteien und Gruppen zersplittert, wurde aufgerieben.

Gegenüber diesem ersten Durchbruch der nationalsozialistischen Partei wollte das System zu einem vernichtenden Schlage aus-



Plakate vor der Reichstagswahl 1930

holen. Drei Reichswehroffiziere waren wegen „nationalsozialistischer Zellenbildung“ angeklagt. Sie hatten sich Kameraden gegenüber warm für die Gedanken der Bewegung eingesetzt. Der Prozeß vor dem höchsten deutschen Gericht, dem Reichsgericht in Leipzig, sollte erweisen, daß die Partei einen gewaltsamen Umsturz des Staates erstrebe. Das sollte dann die Handhabe geben, sie aufzulösen und ihren Führer wieder festzusetzen. Adolf Hitler selber wurde als Zeuge vernommen. Dabei erklärte er unter Eid, er sei „zu lange Soldat gewesen, um zu wissen, daß man mit illegalen Organisationen nicht gegen eine Heeresmacht und eine Polizeimacht ankämpfen kann. ... Eine gesunde Idee erobert sich den Staat allein“. Der dichtgefüllte Zuhörerraum des Reichsgerichtssaales brach in einmütigen Beifall aus, als Adolf Hitler fortfuhr, nach dem Siege aber werde „ein neuer Staatsgerichtshof zusammentreten, und vor diesem soll dann das Novemberverbrechen von 1918 seine Sühne finden. Dann allerdings werden Köpfe rollen.“ Trotz dem „Legalitätseid“ des Parteiführers wurden die drei Offiziere zu je $1\frac{1}{2}$ Jahren Festung verurteilt.

Die Zahl der Anhänger der Bewegung innerhalb und außerhalb der Partei wuchs weiter an. Schon war Anfang des Jahres Dr. Frick

in Thüringen der erste nationalsozialistische Minister geworden. Anfang 1931 erhielten Bremen, im Herbst auch Braunschweig eine Regierung unter nationalsozialistischer Führung.

Im Oktober 1931 trafen sich die Führer der „nationalen Opposition" — der Deutschnationalen, des Stahlhelm und der Nationalsozialisten — in Harzburg, um alle nationalen Kräfte zusammenzufassen zum entscheidenden Sturm gegen das System. Gemeinsam erließen sie eine Kundgebung: „Wir beschwören den durch uns gewählten Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er dem stürmischen Drängen von Millionen vaterländischer Männer und Frauen, Frontsoldaten und Jugend entspricht und in letzter Stunde durch Berufung einer wirklich nationalen Regierung den rettenden Kurswechsel herbeiführt." — Wohl standen auch in Harzburg wie einst in München die revolutionären Kräfte neben den reaktionären, die Männer, die ein von Grund auf neues Deutschland wollten, neben denen, die das alte zurückersehnten. Aber der Nationalsozialismus war der stärkere Bundesgenosse in dieser „Harzburger Front".

Im Frühjahr 1932 war die siebenjährige Amtszeit des Reichspräsidenten abgelaufen. Die Parteien des Weimarer Systems, die deutsche Erfüllungsfront, wagten nicht mehr, einen eigenen Mann als Bewerber herauszustellen, und setzten sich für die Wiederwahl Hindenburgs ein; auch die Sozialdemokraten, die ihn bei seiner ersten Wahl nicht genug hatten schmähen können als „Massenmörder" des Weltkrieges, riefen jetzt: „Schlagt Hitler, wählt Hindenburg!" Die Nationalsozialisten traten zur Entscheidungsschlacht an und stellten Adolf Hitler selber Hindenburg gegenüber. Die übrigen Mitglieder der Harzburger Front wollten sich dem nicht fügen und stellten einen eigenen Kandidaten auf. Die Kommunisten wählten wiederum den „Transportarbeiter" Thälmann. Wie vor sieben Jahren, so ging auch diesmal aus der Wahl keiner



Nationalsozialistisches Wahlplakat von „Mjölnir" (1930)

der Bewerber mit einer unbedingten Mehrheit hervor. Für den zweiten Wahlgang zogen Deutschnationale und Stahlhelm ihren Kandidaten zurück und stellten ihren Anhängern die Entscheidung zwischen Hindenburg und Hitler frei. 13,4 Millionen deutscher Männer und Frauen erklärten sich für Adolf Hitler. Aber der Feldmarschall erhielt diesmal 19,3 Millionen Stimmen und war damit wiederum Reichspräsident. Die Sozialdemokraten frohlockten: das „kleinere Übel" sei gewählt.



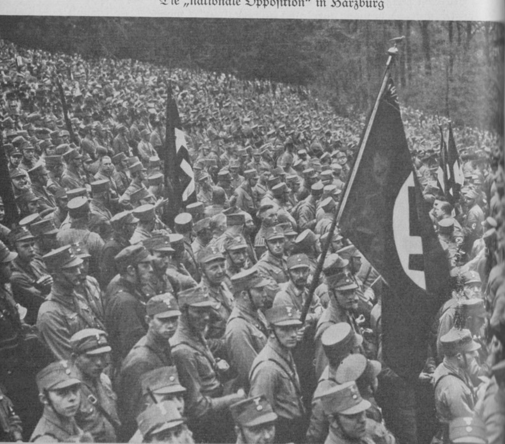
Dr. Wilhelm Frick

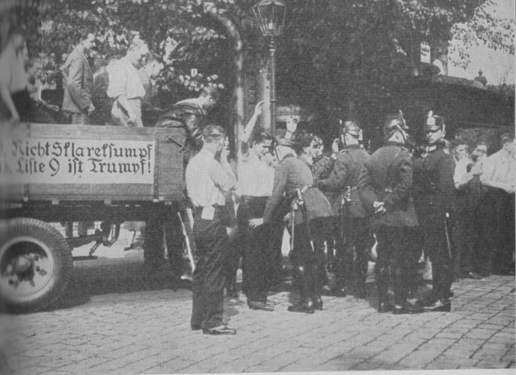
Nun ging Brüning gegen die NSDAP. zum Gegenangriff vor. „Um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten", wurden SA. und SS verboten, ihre Akten beschlagnahmt, ihre Heime, Büros und Küchen, in denen Tausende Erwerbsloser Unterkunft und Verpflegung fanden, geschlossen. Denn „keine Regierung kann es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden." (Das Reichsbanner aber blieb bestehen.) Die Antwort des Volkes war ein weiteres Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen bei den Landtagswahlen des Jahres: in Preußen von 7 Sitzen auf 162, in Bayern von 8 auf 43, in Württemberg von 1 auf 23.

Aber zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler ergaben sich Meinungsverschiedenheiten über die Fortführung der Politik. Hindenburg weigerte sich, die neue Notverordnung seines Kanzlers zu unterschreiben, entließ Brüning und ernannte Franz von Papen zum Kanzler (Juni 1932). Der Grundbesitzer aus westfälischem Uradel und treugläubige Katholik war vor dem Kriege Ulanenoffizier, während des Krieges an der Botschaft in Washington und zuletzt im Generalstab der Palästinafront tätig gewesen. Politisch stand er wie Brüning auf dem rechten Flügel des Zentrums, dessen Berliner Hauptzeitung, die Germania, ihm gehörte. Papen bildete ein „Kabinett der nationalen Konzen-

tration" — aus den Kreisen der Großunternehmer und des Großgrundbesitzes. Das Verbot von SA. und SS hob er wieder auf. Demgegenüber verstärkten die Kommunisten ihre Tätigkeit gegen die „braune Pest". In 9 Monaten fielen 70 Nationalsozialisten ihren Messern und Revolvern zum Opfer; an einem Sonntag gab es allein in Altona 18 Tote und 50 Verletzte. Als die sozialdemokratische Preußenregierung demgegenüber nicht einschritt, enthob der Reichskanzler von Papen den preußischen Ministerpräsidenten Braun und den preußischen Innenminister Severing, die — beide Sozialdemokraten — seit 1920 Preußen und damit zwei Drittel des Reichsgebietes beherrschten, ihrer Ämter (20. Juli 1932). Die beiden, die über 80000 Mann Polizei geboten, wagten keinen Widerstand gegen diesen „Staatsstreich", sondern — schrieben lediglich eine Beschwerdeschrift an den Staatsgerichtshof. Auch das Reichsbanner blieb ruhig, und niemand rief zum Generalstreik

Die „nationale Opposition" in Harzburg





Waffensuche bei der SA.

auf. Der Berliner Polizeipräsident, sein „Vize" und der Kommandeur der Schutzpolizei wurden durch Reichswehr verhaftet. Das Weimarer System war tot.

Die nationalsozialistische Revolution

Die Parteien waren ausgeschaltet, die marxistische Preußenregierung war beseitigt. Doch die Bewegung, die die völkische und antikapitalistische Sehnsucht der deutschen Massen verkörperte, wurde immer noch von der Macht ferngehalten. Im Gegenteil, man glaubte, ihr noch den Wind aus den Segeln nehmen zu können. Noch einmal wurden Neuwahlen ausgeschrieben. Aber 13,7 Millionen Wähler schickten 230 Braunhemden in den Reichstag (31. Juli 1932). Jetzt mußte Adolf Hitler als Führer nicht nur der stärksten Partei, sondern der weitaus größten Volksbewegung Kanzler des Reiches werden. Der Reichspräsident empfing ihn auch zur Unterredung, aber er wollte lediglich den neuen Posten



Versammlung der Nationalsozialisten im Lustgarten in Berlin (1932)

des Vizekanzlers für ihn schaffen, wollte ihn wohl an der Regierung beteiligen, ihm aber nicht die verantwortliche Führung anvertrauen. Er fürchtete, daß ein von Hitler „geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde". Den Vizekanzlerposten aber mußte Adolf Hitler ablehnen. Er hätte sich für den Papenkurs mitverantwortlich gemacht. Nur unter klarer Führung des Nationalsozialismus konnte Deutschland erneuert werden. So ging der Kampf weiter. Einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung (der mit 513 gegen nur 43 Stimmen angenommen wurde) beantwortete Papen mit der Auflösung des Reichstages. Die nächsten Wahlen (6. November 1932) brachten 100 Kommunisten in das Parlament. Die Nationalsozialisten erlitten zwar durch abschwimmendes Treibholz einen Rückgang, blieben aber mit 196 Sitzen immer noch die stärkste Partei. Bereits am Abend des Wahltages gab der Führer den neuen Befehl für die Partei heraus: „Rücksichtslose Fortsetzung des Kampfes bis zur Niederringung der teils offenen, teils getarnten Gegner einer wirklichen Wiederaufrichtung unseres Volkes!"

Da der neue Reichstag im ganzen kein anderes Bild zeigte als der aufgelöste, trat Papen zurück (November 1932). Hindenburg beauftragte in einer neuen Unterredung Adolf Hitler damit, eine Regierung zu bilden; aber diesmal wieder auf der Grundlage einer parlamentarischen Mehrheit. Diese Bedingung, die seinen beiden Vorgängern nicht gestellt worden war, mußte Hitler die Hände

Reichstagswahl 1932
Wahlkreis Berlin

Nr.	Partei	Nr.	
1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	1	○
2	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (Hitlerbewegung)	2	○
3	Kommunistische Partei Deutschlands	3	○
4	Deutsche Zentrumspartei	4	○
5	Deutschnationale Volkspartei	5	○
5a	Radikaler Mittelstand	5a	○
6	Deutsche Volkspartei	6	○
7	Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) e. V.	7	○
8	Deutsche Staatspartei	8	○
10	Deutsches Landvolk – Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei –	10	○
11	Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung)	11	○
11a	Volksrecht-Partei	11a	○
17	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands	17	○
20	Deutsche Sozialistische Kampfbewegung	20	○
21	Polenliste	21	○
24	Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern	24	○
25	Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft)	25	○
28	Partei der Erwerbslosen: „Für Arbeit und Brot"!	28	○
29	Haus- und Landwirte-Partei	29	○
30	Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Inflationsgeschädigten	30.	○
31	Nationalsozialistische Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer	31	○
32	Kampfgemeinschaft der Lohn- und Gehaltsabgebauten	32	○
33	Der ernste evangelisch-lutherische Christ (Gerechtigkeits-Bewegung)	33	○
34	Nationalsozialistischer enteigneter Mittelstand	34	○
35	Nationalsozialistische Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene	35	○
36	Nationalsozialistischer Volksbund für Wahrheit und Recht	36	○
37	Unitaristen-Union Deutschlands (Einheitsbewegung aller Schaffenden)	37	○

Stimmzettel

binden. So lehnte er wiederum ab. Hindenburg übertrug dem Reichswehrminister des alten Kabinetts Papen, dem General von Schleicher, das Kanzleramt. Doch er, der seit Jahren sehr einflußreich im Hintergrunde gewirkt hatte, versagte, als er offen verantwortlich handeln sollte. So setzte sich Papen selbst beim Reichspräsidenten dafür ein, er möge nunmehr den Führer der Nationalsozialisten zum Reichskanzler ernennen. Am 30. Januar 1933 übertrug Hindenburg Adolf Hitler die Kanzlerschaft in einem „Kabinett des nationalen Zusammenschlusses": „eine geschichtliche Tat, die den Ruhm des Generalfeldmarschalls unserer Heere im Weltkriege auf immer mit dem Namen des jungen Deutschlands verbindet" (Reichspressestelle der NSDAP.). Das erste Kampfziel Adolf Hitlers war erreicht: die Macht im Staate war „legal" errungen.

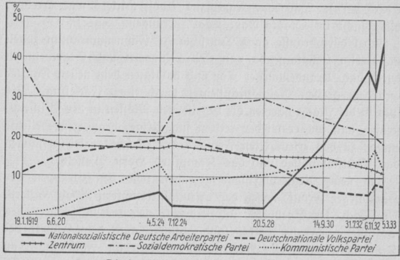
Jubel durchbrauste ganz Deutschland. Fahnenumrauscht zogen in Berlin Zehntausende von SA.-Männern und Stahlhelmern durch das Brandenburger Tor und huldigten dem neuen Kanzler und dem greisen Reichspräsidenten durch einen Fackelzug. Bis spät in die Nacht harrten die begeisterten Massen in der Wilhelmstraße, und immer wieder reckten sich Arme, brandeten Heilrufe empor zu den erleuchteten Fenstern der Reichskanzlei, erklangen das Deutschlandlied und das Kampflied Horst Wessels.

Die neue Regierung war getragen von den Gruppen der Harzburger Front: neben den alten Mitkämpfern Adolf Hitlers, Dr. Frick, Dr. Goebbels und Göring, neben dem Führer des Stahlhelms Franz Seldte (und anfangs auch dem Führer der Deutschnationalen Dr. Hugenberg) gehörten ihr Fachmänner an für Recht, Finanzen und Verkehr, für Außenpolitik und Wehr-

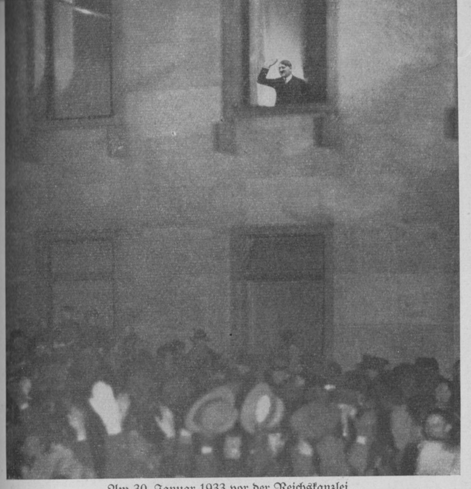
macht. In einem Aufruf verkündete die Regierung, sie sei „entschlossen, in 4 Jahren die Schuld von 14 Jahren wiedergutzumachen". In einem Vierjahresplan werde sie die „Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit Lebensgrundlage der Nation" durchführen und die „Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit". Außenpolitisch sei ihr höchstes Ziel die „Wiedererringung der Freiheit unseres Volkes".

Der Reichstag wurde aufgelöst. Das deutsche Volk sollte selber entscheiden, ob es unter Führung Adolf Hitlers den Marsch in die Zukunft antreten wollte. Aber noch einmal drohte die bolschewistische Gefahr ihr Haupt zu erheben. Erneut fielen SA.-Männer durch kommunistische Kugeln. Wenige Tage vor der Wahl ging das Reichstagsgebäude in Berlin in Flammen auf. Da ließ Hermann Göring, den der Reichskanzler mit der ausführenden Gewalt in Preußen betraut hatte, noch in der Nacht sämtliche Kommunistenführer verhaften. Die gesamte kommunistische und sozialdemokratische Presse wurde verboten.

Am Abend vor der Wahl, dem „Tag der erwachenden Nation", richtete Adolf Hitler vom ostpreußischen Königsberg aus einen letzten Ruf an das deutsche Volk, das in allen Städten und Gemeinden, um öffentliche Lautsprecher versammelt, seinen Worten



Die deutschen Wahlen 1919—1933



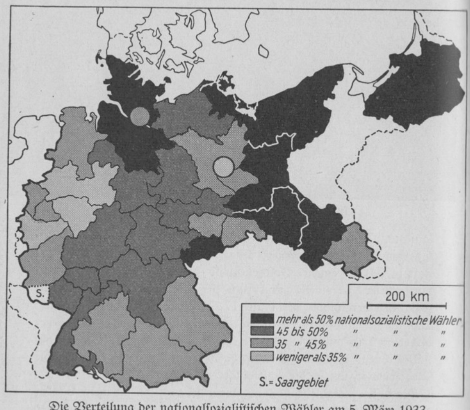
Am 30. Januar 1933 vor der Reichskanzlei

lauschte. Fackelzüge durchzogen die Straßen, und auf den Höhen loderten die Freiheitsfeuer. Die Wahl am 5. März selbst gestaltete sich zu einem Volksentscheid für die Regierung Hindenburg-Hitler, zu einem „Aufbruch der Nation". Die Nationalsozialisten vereinigten mehr als 17 Millionen Stimmen auf sich, und die — aus den Deutschnationalen und dem Stahlhelm gebildete — „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" erhielt mehr als 3 Millionen. Mit 52 v. H. der abgegebenen Stimmen errangen die Regierungsgruppen die unbedingte Mehrheit.

Nach der Wahlentscheidung wurden auch die übrigen Länder „gleichgeschaltet". Überall wichen die bisherigen Regierungen

kampflos. Auch in Bayern, wo kurze Zeit vorher der Ministerpräsident (aus der katholischen Bayrischen Volkspartei) erklärt hatte, er werde einen Reichskommissar beim Überschreiten der bayrischen Grenze sofort verhaften lassen. Überall, auch in den Gemeinden, wurden die „Marxisten" ganz ausgeschaltet, die kommunistischen Abgeordneten auch an der Teilnahme an den Parlamentssitzungen verhindert. Die Gauleiter der NSDAP. und die SA.-Gruppenführer übernahmen die politische Leitung, die SS-Führer den Befehl über die durch SA. verstärkte Polizei.

Der neue Reichstag wurde am 21. März feierlich wie eine neue Nationalversammlung in der Potsdamer Garnisonkirche eröffnet, der Grabstätte Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms I. Von den öffentlichen Gebäuden wehten die schwarzweißrote Fahne und



Die Verteilung der nationalsozialistischen Wähler am 5. März 1933

die Hakenkreuzflagge, „die die ruhmreiche Vergangenheit des deutschen Reiches und die kraftvolle Wiedergeburt der deutschen Nation verbinden" (Hindenburg). Vor dem Altar, den die lorbeerumwundenen ruhmvollen Feldzeichen der preußischen Regimenter umgaben, verkündete der Reichspräsident: „Aus dem Niederbruch ringt sich Deutschland wieder zu nationaler Kraft empor im Geiste derer, die für Volk und Vaterland kämpften und fielen." Und der „Volkskanzler" Adolf Hitler erklärte: „Wir wollen wiederherstellen die Einheit des Geistes und des Willens der deutschen Nation! ... Aufbauen wollen wir eine andere Gemeinschaft aus den deutschen Stämmen, aus den Ständen, den Berufen und den bisherigen Klassen ... Aus Bauern, Bürgern und Arbeitern muß wieder werden Ein deutsches Volk."



Hermann Göring

Unter feierlichen Orgelklängen und den Salutschüssen der Kanonen stieg der greise Reichspräsident hinab in die Gruft der preußischen Könige, ihnen einen Kranz zu weihen als Gelöbnis, daß der „Geist von Potsdam" das neue Reich tragen solle: der Geist der Gottesfurcht, selbstloser Pflichterfüllung, opferbereiter Tat, hingebender Vaterlandsliebe, sozialer Gerechtigkeit.

Damit die Reichsregierung ihren Vierjahresplan durchführen könne, beschloß der neue Reichstag (am 23. März) mit 441 Stimmen aller Parteien lediglich gegen die 94 Stimmen der Sozialdemokraten „zur Behebung der Not von Volk und Reich" ein „Ermächtigungsgesetz". Danach konnte die Regierung von sich aus ohne Zustimmung von Reichstag und Reichsrat Gesetze erlassen — auch verfassungsändernde —, den Reichshaushalt festsetzen, Anleihen aufnehmen. Nicht mehr der Reichspräsident verkündete die Gesetze, sondern der Reichskanzler. Damit waren wesentliche Teile der Weimarer Verfassung verfassungsmäßig aufgegeben. Adolf Hitler übernahm die verantwortliche Führung des deutschen Volkes.



Der Staatsakt in der Garnisonkirche zu Potsdam am 21. März 1933
Reichskanzler Adolf Hitler verliest die Regierungserklärung vor dem Reichspräsidenten von Hindenburg

Die Grundlegung des Dritten Reiches

Deutsche Volksgemeinschaft

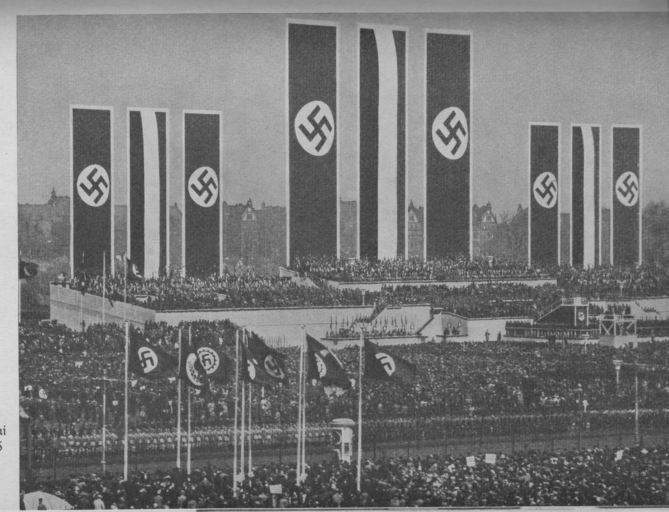
Große Aufgaben warteten des Führers bei der Machtübernahme. Das Volk war zerrissen in Parteien, Wirtschaftsgruppen, Klassen. Alle standen gegen alle. Jede Aufbauarbeit mußte sinnlos bleiben, wenn es nicht gelang, die Klüfte im deutschen Volke zu schließen. Das Verbot der Parteien und der politischen Verbände, die „Gleichschaltung" aller Gruppen und Vereine — ihre Unterstellung unter die Führung von Nationalsozialisten — war nur die äußere Voraussetzung dafür. Darüber hinaus gilt es, eine wahrhaft innere Volksgemeinschaft zu schaffen. Getragen von dem obersten Grundsatz des Nationalsozialismus „Gemeinnutz geht vor Eigennutz", muß einer für den andern einstehen.

Um die dringendste Not zu lindern, wurde ein großes Winterhilfswerk geschaffen unter dem Leitwort: Nicht Almosen, sondern Opfer! Die Führung in der gesamten Fürsorge für bedürftige Volksgenossen übernahm die NS.-Volkswohlfahrt. Wer ein festes Einkommen hat, verzichtet während der Wintermonate auf einen bestimmten Hundertsatz von Lohn oder Gehalt. Einen Sonntag in jedem Monat ißt auch der Wohlhabendste nur ein „Eintopfgericht", um die Ersparnis für die Notleidenden abzuführen. Straßensammlungen und Losverkäufe, Spenden der großen Unternehmungen und der Bauernschaft, Sach- und Pfundspenden ergänzen das Werk. — Gleich im ersten Winter kamen dadurch über 350 Millionen RM. an Geld und an Sachwerten zusammen. Mehr als 16½ Millionen Volksgenossen konnten unterstützt werden: mit Kleidung, Nahrung, Heizung, Erholung. In den ersten vier Wintern sind zusammen rund 1½ Milliarden RM. für das „WHW." gesammelt worden.

Nach der Lehre des Marxismus stand der Handarbeiter als „Klasse" dem „Bürger" und dem Bauern feindlich gegenüber. Als gemeinsamen Feiertag der „internationalen Arbeiterklasse", als Demonstration für eine kommende Klassenherrschaft beging man seit langem den ersten Mai. Man legte die Arbeit nieder, veranstaltete Versammlungen und Aufmärsche, und der Staat mußte seine gesamte Polizeimacht aufbieten, um Unruhen und Aus-



Der
1. Mai
1929



Der
1. Mai
1935



Das erste Eintopfgericht in der Reichskanzlei

schreitungen gegen Andersdenkende zu verhindern. Der Nationalsozialismus erklärte den alten proletarischen Feiertag zu einem Feiertag des gesamten Volkes, zum „Tag der nationalen Arbeit", machte aus dem Fest des proletarischen Klassenkampfes wieder das alte Fest germanischer Frühlingsfeier. Bereits ein Vierteljahr nach der Machtübernahme marschierten Arbeiter und Unternehmer, Angestellte und Beamte, Handwerker und Gelehrte in Reih und Glied nebeneinander unter dem Leitspruch: „Ehre die Arbeit, und du ehrst dich selbst!" In seiner Festrede schärfte es der Führer dem am Rundfunk versammelten Volke ein, „daß die Nation nicht besteht durch die Arbeit ihrer Intelligenz, daß sie nur lebt durch die Arbeit aller."

Wurde seit dem 19. Jahrhundert die Handarbeit und mit ihr der Handarbeiter immer mehr verachtet, so will der Nationalsozialismus dem Arbeiter seine Ehre als Mensch und als Glied der Volksgemeinschaft wiedergeben. „Der Kopfarbeiter muß einsehen, daß keiner ein Recht hat, auf den andern einfach herabzusehen, sich selbst als etwas Besseres zu dünken, sondern daß Kopf- und Handarbeiter einig sein müssen in einer einzigen Gemeinschaft." Nicht mehr sollen sich die Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften und die Unternehmerverbände feindlich gegenüberstehen. Beide wurden daher aufgelöst. Alle schaffenden Menschen — außer der

Beamtenschaft und der „Rechtsfront" — sind zusammengefaßt in der Deutschen Arbeitsfront (DAF.), die eine Gliederung der Partei ist. Ihr gehören ohne Unterschied Arbeiter und Unternehmer, Angestellte und Gewerbetreibende an (der Reichsnährstand und die Reichskulturkammer als Körperschaften), alle verpflichtet auf den nationalsozialistischen Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz". „Das Ziel der Deutschen Arbeitsfront ist die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen" (Arbeitsfront-Verordnung des Führers).

Aber nicht nur um den Menschen in seiner Arbeit kümmert sich die Arbeitsfront, sondern auch um den Feiernden, den Erholungsuchenden. Die NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" (KdF.) will „dem schaffenden deutschen Menschen in seiner Freizeit eine völlige Ausspannung seines Körpers und seines Geistes geben", will ihn teilnehmen lassen „an der überreichen und hohen Kultur, der Kunst, der Musik, des Theaters und des Films, den Schönheiten unseres Landes, der körperlichen Ertüchtigung unseres Volkes, mit einem Wort an der Freude und der Schönheit des Lebens in unserm Volke" und will so „mit jenen falschen Vorurteilen aufräumen, als ob wahre Herzensbildung und Kunstempfinden von Besitz und Reichtum und Wissen abhängig wären" (Reichsorganisationsleiter Dr. Ley). In 3 Jahren (1934—1937) „wurden insgesamt 384 Seefahrten mit 490000 Teilnehmern ... über 60000 Landfahrten mit über 19 Millionen Teilnehmern ... durchgeführt. Der Deutschen Arbeitsfront stehen 9 große Überseedampfer zur Verfügung, darunter 4 eigene" (Adolf Hitler). „Die Seefahrten erstreckten sich nach Norwegen, Madeira, Azoren und Italien" (Hitler). „Für den Seeurlaub im großen Stil ist mit dem Bau des Seebades an der Ostsee mit 7,5 km Strand, 1400 Morgen Wald und Wiesen und 20000 Betten begonnen worden" (Dr. Goebbels). „Wann ist jemals für den Arbeiter mehr gesorgt worden!" (Hitler.)

Innerhalb des Betriebes ist das Verhältnis von Unternehmer und Arbeiter geregelt durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit". Nicht mehr sollen sich die beiden lediglich als Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder gar als Ausbeuter und Ausgebeuteter gegenüberstehen, sondern als Menschen, die gemeinsam am gleichen Werke schaffen, einer für den andern eintretend wie Führer und Gefolgschaft. Der Betriebsführer „hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen.



Arbeitsdienst marschiert

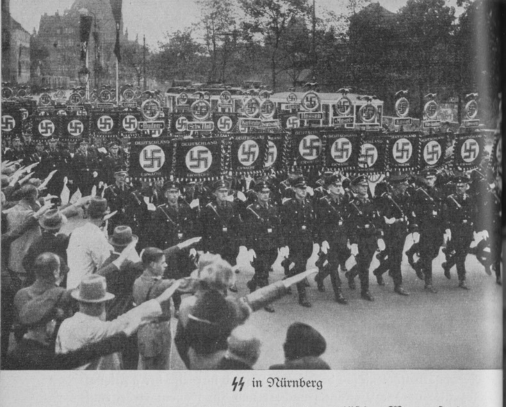
Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten". Der Betriebsführer soll wirklich die volle Verantwortung — wirtschaftlich und menschlich — tragen; darum räumt ihm der Staat eine hohe Machtstellung ein. Damit er diese nicht etwa eigennützig ausnutzt, wachen „Treuhänder der Arbeit", die von dem Vertrauensrat eines Betriebes angerufen werden können, darüber, daß jeder Betrieb in nationalsozialistischem Geiste geführt wird. Sie „haben für die Erhaltung des Arbeitsfriedens zu sorgen" (§ 19). „Gröbliche Verletzungen der durch die Betriebsgemeinschaft begründeten sozialen Pflichten werden als Verstöße gegen die soziale Ehre von den Ehrengerichten gesühnt" (§ 36). Die Strafen dafür können sich steigern von einer einfachen Verwarnung, über Geldbußen, bis zur

Entfernung des Gefolgschaftsmitgliedes aus dem Betriebe oder zur Aberkennung der Befähigung zum Betriebsführer.

Der Geist der Volksgemeinschaft soll das ganze Leben durchdringen. In ihrem Geiste stehen Hoch und Niedrig Schulter an Schulter in der Partei, der SA., der SS oder im NSKK. (Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps), in ihrem Geiste soll die Jugend in der HJ. und im BdM. heranwachsen. Ihr Geist lebt vor allem auch im Arbeitsdienst (FAD.) als einem „praktischen Beispiel deutscher Arbeitsgemeinschaft, als vorbildlichem deutschem Sozialismus" (Reichsarbeitsführer Hierl). Hier sollen alle Deutschen, „ob hochgeboren und reich, ob arm oder Sohn von Gelehrten oder Sohn von Fabrikarbeitern" (Adolf Hitler) in gemeinsamer körperlicher Arbeit an einem gemeinsamen Werke für das Ganze schaffen und dadurch erfahren, daß „jede pflichtgetreue Arbeit ehrt und adelt" (Hierl).

Der Arbeitsdienst, ursprünglich freiwillig, ist im Sommer 1935 als Pflicht eingeführt: „Der Reichsarbeitsdienst ist Ehrendienst am deutschen Volke. Alle jungen Deutschen beiderlei Geschlechts sind verpflichtet, ihrem Volk im Reichsarbeitsdienst zu dienen. Der Reichsarbeitsdienst soll die deutsche Jugend im Geiste des Nationalsozialismus zur Volksgemeinschaft und zur wahren Arbeitsauffassung, vor allem zur gebührenden Achtung der Handarbeit erziehen. Der Reichsarbeitsdienst ist zur Durchführung gemeinnütziger Arbeiten bestimmt." Wie einst die allgemeine Dienstpflicht den Soldatenberuf zum Ehrenberuf des deutschen Mannes gemacht hat, so will „die allgemeine gleiche Arbeitsdienstpflicht die Bezeichnung Arbeiter zum Ehrentitel für jeden Deutschen erheben" (Adolf Hitler).

Wie bisher eine Kluft bestand zwischen Arbeiter und Bürger, so eine gleich tiefe zwischen Stadt und Land. Der Städter sah vielfach mit Verachtung auf den „dummen Bauer" und hatte vergessen, daß allein die Arbeit des Landmannes es war, durch die er überhaupt lebte. Heute ist der Erntedanktag eine gemeinsame Angelegenheit von Stadt und Land geworden, ein Tag der Verbundenheit des gesamten Volkes mit der Bauernschaft. Im ganzen Reiche wird er gemeinsam gefeiert als Tag des deutschen Bauern, und der Führer selbst spricht auf dem Bückeberg in Niedersachsen zur deutschen Bauernschaft. „Um die seelische Verbundenheit der schulentlassenen Stadtjugend mit Heimat und



ᛋᛋ in Nürnberg

Volkstum und das Verständnis für den völkischen Wert gesunden Bauerntums zu vertiefen", hat Preußen das Landjahr eingerichtet, zu dem schulentlassene Kinder einberufen werden.

Völkische Verbundenheit über die alten Klüfte der Parteien und Wirtschaftsgruppen hinweg! Völkische Verbundenheit aber auch über die Versailler Grenzen des deutschen Staates hinaus mit den Volksgenossen in aller Welt! Der Führer und sein Stellvertreter haben wiederholt durch Rundfunk zu den Auslanddeutschen gesprochen. Aber weder der Staat, noch die Partei können im allgemeinen zugunsten der deutschen Volksgruppen draußen eingreifen, weil sie sich nicht einmischen können in die innere Politik anderer Staaten. Unabhängig von Staat und Partei leistet diese völkisch notwendige Arbeit der „Volksbund für das Deutschtum im Ausland" (VDA.), der das mahnende Gewissen sein will dafür, „daß Deutschland mehr ist als der Staat Deutsches Reich, und deutsches Volk größer als die Summe der Staatsbürger des Deutschen Reiches" (der Bundesleiter des VDA., der Kärntner



Hitlerjugend am nächtlichen Feuerstoß

Dr. Steinacher). Die Deutschen draußen, vor allem die Volksgruppen in unsern mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten, kämpfen nicht ihren, sondern unsern Kampf; im Memelland, in Polen, in Böhmen, in Österreich, in Tirol und anderwärts entscheidet sich nicht das Schicksal der dortigen Grenzlanddeutschen, sondern das Schicksal des gesamten deutschen Volkes. Es gibt keine deutschen „Minderheiten", es gibt nur ein deutsches Hundertmillionenvolk. „Dem Staatsbürgerbegriff muß das Bewußtsein der Volksgenossenschaft übergeordnet werden" (Steinacher). — Es ist von sinnbildlicher Kraft, daß von den Führern des neuen deutschen Staates eine große Zahl dem Gebiet des heutigen Grenz- und

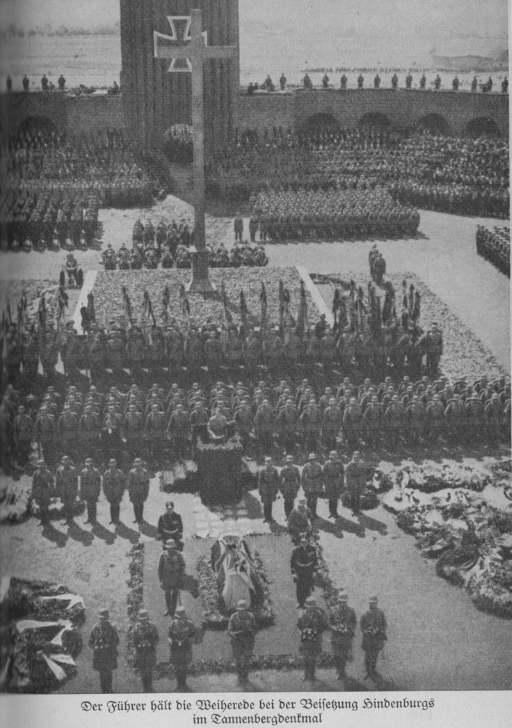
Auslanddeutschtum entstammen: der Geburtsort des Reichspräsidenten von Hindenburg war Posen, der Führer selber ist in Österreich geboren, sein Stellvertreter Rudolf Heß (als Reichsdeutscher) in Ägypten, sein Beauftragter für die weltanschauliche Erziehung der NSDAP., Alfred Rosenberg, in Riga, der Reichsbauernführer Walther R. Darré (als Reichsdeutscher) in Argentinien.

Der Neubau des Staates

Erste und dringendste politische Aufgabe ist die Zusammenfassung des uns in Versailles verbliebenen deutschen Staates zu einem machtstraffen Körper als Kraftmittelpunkt des deutschen Volkes. Hatte die Weimarer Verfassung den politischen Schwerpunkt in den Reichstag, d. h. in die Vertreterversammlung der einzelnen Parteien, verlegt und so bei der Zerrissenheit der Parteien und dem ständigen Wechsel der Mehrheit eine wirkliche Führung völlig unmöglich gemacht, so hat dieser Reichstag mit dem Ermächtigungsgesetz seine wichtigsten verfassungsmäßigen Rechte auf die nationalsozialistische Reichsregierung übertragen.

Am 2. August 1934, dem 20. Jahrestage des Kriegsbeginns, hat der fast siebenundachtzigjährige Reichspräsident von Hindenburg auf dem Stammsitz seiner Familie in Neudeck in Ostpreußen für immer die Augen geschlossen in der gläubigen Hoffnung, daß das, „was in langsamer Reife zu dem 30. Januar 1933 führte, zu voller Erfüllung und Vollendung der geschichtlichen Sendung unseres Volkes reifen wird" (Testament). Geleitet von seinen Soldaten und Offizieren wurde er im Feldherrnturm des Tannenbergdenkmals feierlich beigesetzt, im Herzen aller Deutschen ewig weiterlebend als „der nationale Mythos des deutschen Volkes".

Sein Amt wurde dann mit dem des Reichskanzlers vereinigt. Doch „die Größe des Dahingeschiedenen hat dem Titel Reichspräsident eine einmalige Bedeutung gegeben". Daher faßte Adolf Hitler die gesamte Führung des Reiches zusammen als „Führer und Reichskanzler". Am 19. August 1934 stimmte das deutsche Volk mit 38,4 Millionen Stimmen (gegen nur 4,3 Millionen bei 45,6 Millionen Stimmberechtigter) dieser Regelung zu. Der Führer der Partei, der im ersten Jahre seiner Herrschaft immer stärker zum Führer des gesamten Volkes geworden war, wurde nunmehr auch zum alleinigen Führer des Staates.



Der Führer hält die Weiherede bei der Beisetzung Hindenburgs
im Tannenbergdenkmal

Das Deutsche Reich ist ein Führerstaat. Nicht mehr ist die Regierung abhängig von der wechselnden Stimmung und Meinung einer Vielparteienvertretung. Nicht mehr können sich die leitenden Männer hinter Mehrheitsbeschlüssen verschanzen, für die im Grunde niemand verantwortlich ist. Jeder Minister, jeder Beamte, jeder politische Leiter, jeder Führer einer Untergliederung oder in der SA. trägt für die Aufgabe, die er zu erfüllen hat, die volle persönliche Verantwortung. Wer versagt, muß gehen. So fordert es das „Führerprinzip". Die letzte Verantwortung für alles trägt vor dem Volke und vor der Geschichte allein der Führer und Reichskanzler. Der aber nimmt die Kraft zur Führung aus dem Bewußtsein einer „über jeden Zweifel erhabenen Übereinstimmung der nationalsozialistischen Staatsführung mit den Auffassungen des deutschen Volkes" (Goebbels). In dieser Gewißheit wird „wenigstens einmal in jedem Jahre dem Volk die Möglichkeit gegeben, sein Urteil zu fällen" (Adolf Hitler). So ist der Führerstaat kein Absolutismus, keine schrankenlose Diktatur, sondern ein Volksstaat, eine „Art von veredelter Demokratie" (Goebbels). Dreimal seit der Reichstagswahl vom 5. März 1933 hat das deutsche Volk sich seither von neuem zum Führer bekannt: am 19. August 1934 und schon vorher am 12. November 1933. Damals, als der noch unter den „Spielregeln" der Weimarer Verfassung (am 5. März 1933) gewählte Reichstag aufgelöst worden war, gab es der Abgeordnetenliste, die der Führer selber — im wesentlichen aus der Reihe seiner alten Mitkämpfer — aufgestellt hatte, mit fast 39,7 Millionen (gegen nur 3,4 Millionen bei gut 45 Millionen Wahlberechtigten) seine Zustimmung. Und bei der Reichstagswahl am 29. März 1936 steigerte sich diese Zahl auf 44,4 Millionen, auf 99 v. H. (Nur 543 000 Gegner wurden gezählt!)

Aber geht einmal „der Appell schlecht aus, dann soll keiner sagen: das Volk ist schuld; sondern er soll wissen: die Bewegung ist träge geworden, die Bewegung kämpft nicht mehr richtig, die Bewegung hat die Fühlung mit dem Volke verloren" (Adolf Hitler). Denn die Bewegung, zusammengefaßt in der Partei, hat eine entscheidende Aufgabe im neuen Staate. Alle ehemaligen andern Parteien sind aufgelöst, irgendwelche Neugründungen sind verboten. „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP.) ist die Trägerin des deutschen Staatsgedankens" (Ge-

setz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat). Der Stellvertreter des Führers der Partei ist als solcher Mitglied der Reichsregierung. Nahezu 4 Millionen deutscher Männer und Frauen sind in der NSDAP. zusammengeschlossen, durch einen Treueid dem Führer verpflichtet. „Als der führenden und bewegenden Kraft des nationalsozialistischen Staates" obliegen ihnen „erhöhte Pflichten gegenüber Führer, Volk und Staat" (Gesetz). Die Partei ist der Hüter des nationalsozialistischen Gedankens, „das Senfkorn der nationalsozialistischen Idee" im ganzen deutschen Volke. „Als weltanschauliche Gestalterin und politische Lenkerin des ganzen Schicksals" hat sie „der Nation und damit dem Reiche den Führer zu geben" (Hitler). Ihren inneren Kern bilden die politischen Leiter. Der Führer selber ernennt die Reichs- und die Gauleiter. Der Gauleiter setzt die Kreis- und die Ortsgruppenleiter ein, und diese bestimmen Zellen- und Blockleiter.

Eine Hauptsorge der Partei ist die Frage des Führernachwuchses. Ihn will sie durch ständige strenge Erziehungsauslese gewinnen. In jedem Gau wird eine Adolf-Hitler-Schule gegründet. Aus der Reihe der zwölfjährigen Pimpfe werden jährlich — nach Vorschlag der Ortsgruppe, nach Siebung durch den Kreis und Musterung durch den Gau — 6000 ausgewählt. Sie erhalten eine sechsjährige kostenlose Ausbildung auf diesen Schulen. Dann hat jeder seine Arbeitsdienst- und Wehrpflicht zu erfüllen, einen Beruf zu erlernen und währenddessen in jedem Jahr drei Monate Dienst an der Front der Partei zu tun (als Blockleiter, als SA.-Mann usw.). Nach sieben Jahren werden von den 6000 Mann eines Jahrganges 1000 ausgewählt. Sie beziehen als Führeranwärter eine „Ordensburg" der Partei: im ersten Jahr Krössinsee in Pommern, im zweiten Vogelsang in der Eifel, im dritten Sonthofen im Allgäu, im vierten eine Burg in der Nähe der Marienburg. Das Ganze wird gekrönt von der „Hohen Schule der Partei" am Chiemsee. Mit 29 Jahren ist die politische Schulung und Erziehung beendet, und die so ausgebildeten Männer übernehmen die politische Führung des Volkes in Partei und Staat.

Alle Berufsgruppen und Verbände — Lehrer, Ärzte, Juristen, Studenten, Frauen, Kriegsopfer usw. — werden von den entsprechenden Amtsleitern der Partei geführt, ihre Gliederungen und Ortsgruppen von Parteigenossen. Grundsatz aller Arbeit in Partei,



Ordensburg Vogelsang der NSDAP.

Gliederungen und angeschlossenen Verbänden ist: „Alle anständigen Deutschen sind Nationalsozialisten, nur die besten Nationalsozialisten sind Parteigenossen" (Adolf Hitler).

Neben der Partei stehen die SA. und die ᛋᛋ, das NSKK. (NS. Kraftfahrkorps) und das NSFK. (NS. Fliegerkorps). Die Standarten werden sämtlich geweiht, indem der Führer sie mit der Blutfahne des 9. November 1923 berührt. In der Kampfzeit hatten SA. und ᛋᛋ die Aufgabe, die Versammlungen, die Redner und Führer der Partei zu schützen und durch zuchtvolle Geschlossenheit den Gegnern die Straße streitig zu machen. Fast 400 Männer haben dabei ihr Leben gelassen und 12000 sind verwundet worden im unerschütterlichen Glauben an die Sendung des Führers, ein wahrhaft nationalsozialistisches Deutschland der Freiheit und Ehre heraufzuführen.

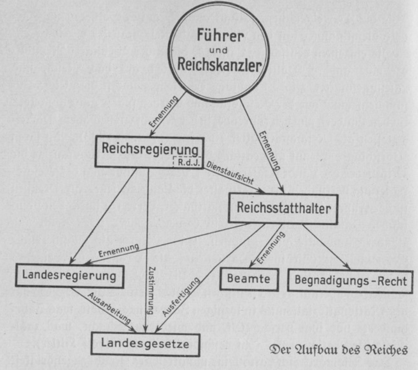
Ist die Partei der weltanschauliche Träger des Staates, auf dem das gesamte Volksleben ruht, so ist die Beamtenschaft der Träger der Verwaltung, die Wehrmacht, gegliedert in Reichsheer, Reichsmarine und Reichsluftwaffe, der Waffenträger der Nation.

Wie die Parteigenossen, so sind auch Beamte, Soldaten und Arbeitsdienstmänner auf den Führer und Reichskanzler vereidigt.

Die einzelnen deutschen „Länder", die in der Weimarer Republik oft eine andere Politik getrieben hatten als das Reich, sind „gleichgeschaltet": ihre Landtage erhielten zunächst die gleiche Zusammensetzung wie der Reichstag und wurden später ganz aufgelöst. In den Ländern wurden führende, in der Kampfzeit bewährte Parteigenossen als Reichsstatthalter eingesetzt (7. April 1933). Auf ihren Vorschlag „ernennt und entläßt der Führer und Reichskanzler die Mitglieder der Landesregierungen". Nach Zustimmung der Reichsregierung verkünden die Statthalter die Landesgesetze. In Preußen ist der Führer selber der Reichsstatthalter, vertreten durch den preußischen Ministerpräsidenten. Ein Gegeneinander von Reich und Ländern ist damit ausgeschlossen. Die „Länder als selbstherrliche Erscheinungen und ihre Parlamente als Träger einer eigenen Souveränität" sind aufgehoben: „Die Voraussetzung zu einer wahren Souveränität des deutschen Volkes im Gesamten. ... So hat der Nationalsozialismus in wenigen Jahren nachgeholt, was Jahrhunderte vor ihm versäumten, und wiedergutgemacht, was zahlreiche Generationen vor ihm gesündigt hatten" (Adolf Hitler).

Das Bismarckreich hatte keine unmittelbare Reichszugehörigkeit gekannt, da es ja lediglich ein „ewiger Bund" der deutschen Fürsten und Hansestädte war. Aber auch die Weimarer Republik kannte kein Reichsbürgerrecht. Im Auslande durfte sich niemand amtlich als Deutscher bezeichnen, sondern laut Paß nur als Hesse, Preuße, Bayer, Lipper usw. Als Adolf Hitler sich 1932 um die Reichspräsidentschaft bewarb, mußte er, der Österreich-Deutsche, der durch seinen Frontdienst im reichsdeutschen Heere — staatenlos geworden war, erst die Staatsangehörigkeit des nationalsozialistisch regierten Braunschweig erwerben, um dadurch auch Reichsdeutscher zu sein.

Am ersten Jahrestage der Machtübernahme (30. Januar 1934) verabschiedete der nationalsozialistische Reichstag ein grundlegendes „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches". Es bestimmte u. a.: „Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über." Darauf verordnete der Reichsinnenminister Dr. Frick, daß es keine Staatsangehörigkeit in den einzelnen deutschen Ländern mehr gibt, sondern — zum ersten Male in der deutschen Geschichte! — lediglich eine Reichsbürgerschaft. Während des dritten Parteitages



Der Aufbau des Reiches

nach der Machtübernahme verkündete der Führer das neue („Nürnberger") Reichsbürgerrecht, das zwischen Staatsangehörigen und Reichsbürgern unterscheidet. „Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört"; Reichsbürger dagegen „ist nur der Staatsangehörige deutschen Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen." Er allein besitzt politische Rechte. „Das Reichsbürgerrecht wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben". Der 4. Artikel des Aufbaugesetzes bestimmt: „Die Reichsregierung kann neues Verfassungsrecht setzen." Damit ist die Weimarer Verfassung in Wahrheit erledigt. Die einzelnen preußischen Ministerien (bis auf das Finanzministerium) wurden nach und nach mit den Reichsministerien vereinigt. Mit der Gründung eines „Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung" ist auch die Selbständigkeit der Länder in Kulturfragen gefallen. Die alte Polizeihoheit der Länder ist beseitigt. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte gibt es eine einheitliche

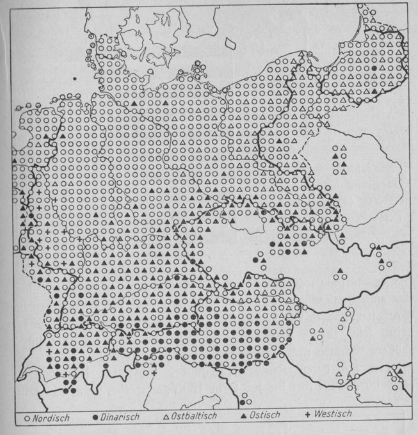
Reichspolizei: „Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern" ist der Reichsführer ϟϟ. Er nimmt an den Sitzungen des Reichskabinetts teil, soweit sein Geschäftsbereich berührt wird. Auch der letzte Rest bundesstaatlichen Aufbaues ist beseitigt: der „Reichsrat", der die Belange der einzelnen Länder gegenüber der Reichsregierung wahren sollte. Zwar bestehen die verschiedenen Landesregierungen noch weiter; aber manche Unzuträglichkeiten sind bereits gemildert: Hamburg und Preußen haben ihren Streubesitz ausgetauscht, ein geschlossenes Gebiet „Hansestadt Hamburg" ist geschaffen worden, Lübeck ist zu Preußen gekommen. Diese Maßnahmen bedeuten einen Schritt weiter zur „Schaffung des kraftvollen nationalen Einheitsstaates" (Dr. Frick). Schon hat der Reichsinnenminister eine Neugliederung des Reiches in etwa 20 Gaue angekündigt, die „nach geographischen, volklichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten gebildet werden ... mit 3—4 Millionen Einwohnern im Durchschnitt". „So wächst organisch mit der fortschreitenden Entwicklung Tag für Tag ein neues Stück Verfassung ... Das deutsche Volk wird dann selbst Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen" (Dr. Frick). Die Länderfahnen sind abgeschafft, auch die alte schwarzweißrote Flagge ist eingerollt. Schwarz-Weiß-Rot bleiben die Farben des Reichs (z. B. an den Grenzpfählen). Über dem Reiche aber weht als National- und Handelsflagge seit dem 15. September 1935 allein die siegreiche Hakenkreuzfahne.

Völkische Erneuerung

Sinn und Zweck eines Staates liegen „in der Erhaltung und Förderung des Volkstums" (Adolf Hitler). Ist Volksgemeinschaft ein brüderliches Nebeneinander, so ist Volkstum ein Verwurzeltsein in der Vergangenheit, ein Verpflichtetsein gegenüber der Zukunft. Nicht nur die augenblicklich lebenden Menschen gehören zum Volk, sondern in gleicher Weise Ahnen und Enkel. Ahnenstolz und Kinderfreudigkeit gehören daher zum wahren Deutschen. Ahnenstolz ist Rassestolz. Zwar ist das deutsche Volk — wie alle Völker der Erde — kein rassereines Volk. Seitdem die nordische Rasse sich über den deutschen Raum verbreitete, hat sie das Blut der dort wohnenden andern Rassen sich mehr oder weniger eingekreuzt: der fälischen in Niedersachsen, der dinarischen vor allem

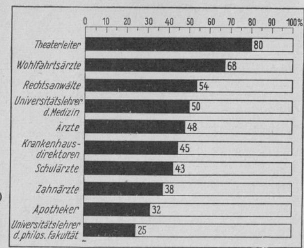
in Bayern, der ostischen in Schwaben, Franken, Obersachsen, der westischen am Rhein, der ostischen und ostbaltischen im ganzen Osten. Darauf beruht der Reichtum des deutschen Wesens, die Buntheit der deutschen Stämme, ihrer Sitten, Gebräuche, Mundarten. Aber im gesamten deutschen Volkskörper fließt überwiegend nordisches Blut. Darauf beruht die völkische Einheit über aller stammlichen Mannigfaltigkeit. Durch die gesamte deutsche Geschichte hin war vorwiegend nordisches Blut der Träger der deutschen Aufgabe. In allen Kriegen ist vornehmlich das Blut der wehrfreudigen nordischen Rasse geflossen. Die Geburtenfreudigkeit der gesunden deutschen Frau jedoch hat früher stets die Verluste im ganzen wieder ausgeglichen. Der Liberalismus dagegen, der nur den Einzelmenschen wertete, hat die Rasseinstinkte einschlummern lassen. So ist das nordische Blut im 19. Jahrhundert stärker zurückgegangen in unserm Volke. Auf den seelischen Kräften der nordischen Rasse aber baut sich der nationalsozialistische Staat auf. Deshalb erstrebt er eine „Aufnordung" unseres Volkes. Eine solche Aufnordung liegt aber nicht in der Vermehrung der Menschen mit blauen Augen und blondem Haar. Solche körperlichen Züge berechtigen niemanden zum Stolz gegenüber „andersrassigen" Volksgenossen. Denn bei der mannigfaltigen Rassenkreuzung im Laufe der Geschichte besteht sehr häufig ein Widerspruch zwischen dem „Erscheinungsbild" eines Menschen und seinem „Erbbild", zwischen Körper und Seele. In einem „nordischen Körper" kann eine „ostische Seele" wohnen und umgekehrt. Auf die seelischen, charakterlichen, willensmäßigen Kräfte eines Menschen aber kommt es an, nicht auf seine äußeren Körperformen. Die innere Haltung des deutschen Volkes soll nach dem Hochbilde des nordischen Menschen ausgerichtet werden: das ist Sinn und Ziel der „Aufnordung".

Blut von Rassen, die nicht auf unserem mitteleuropäischem Boden von alters her heimisch sind, ist uns artfremd. Mischung mit ihm verdirbt das Volk. Deshalb gehören die in Deutschland lebenden Juden nicht zum deutschen Volk. Zwar machen sie nur etwa ein Sechzigstel der Bevölkerung aus. Aber in der Zeit der Weimarer Republik, die bewußt den Rassegedanken ablehnte, haben sie einen übergroßen Einfluß ausgeübt. Hemmungslos strömten sie zu Zehntausenden aus dem Osten Europas (Rußland, Polen, Galizien) in unser Vaterland, um teilzunehmen an dem Sieg



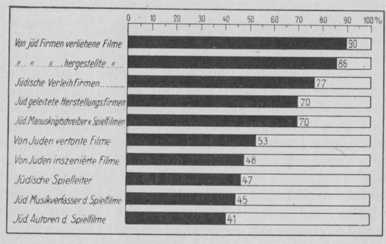
Die rassische Gliederung des deutschen Volkskörpers

Judas über Deutschland. Allein im März 1920 wanderten im Regierungsbezirk Königsberg rund 6000 Ostjuden ein, im September waren es schon 30000! In den Parteien — besonders in den marxistischen und bei den Demokraten — rückten sie bald zu führenden Stellen auf und dadurch im Staat und in den Gemeinden. Die leitenden politischen Stellen waren zu 83 v. H. in jüdischen Händen, obwohl die Juden nur knapp 1,5 v. H. der Bevölkerung ausmachten. Vor allem auch die akademischen Berufe waren stark verjudet. Auch Presse und Theater, Film und Funk waren überwiegend in Händen von Juden, und von hier aus drangen jüdische Anschauungen immer tiefer ins Volk.



Die jüdische Überfremdung in Berlin (1932)

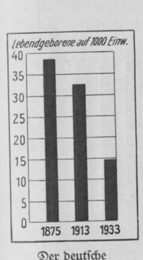
Der nationalsozialistische Staat stellt nur Beamte an, die ihre und ihrer Ehefrau „arische Abstammung“ bis zu den beiden Großelternpaaren nachweisen können. Auch Rechtsanwälte müssen arisch sein, ebenso Kassenärzte, Schriftleiter, Theaterleute usw. Höhere Schulen und Universitäten dürfen nicht mehr Juden aufnehmen als deren Hundertsatz in der deutschen Bevölkerung entspricht. Nur wer bis ins Jahr 1800 nachweisen kann, daß kein



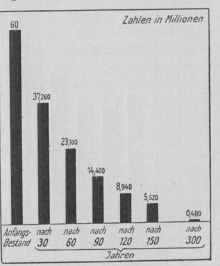
Die Verjudung des deutschen Films (1932)

jüdisches Blut in seinen Adern fließt, ist „bauernfähig" oder kann „politischer Leiter" werden. Mischehen zwischen Juden und Deutschen sind (nach den „Nürnberger Gesetzen" von 1935) verboten. Ein Jude kann überhaupt nicht Reichsbürger sein. Ihm steht ein Stimmrecht in politischen Angelegenheiten nicht zu. Er kann ein öffentliches Amt nicht bekleiden.

Die Kinderfreudigkeit des deutschen Volkes hat im Laufe des 19. Jahrhunderts immer stärker nachgelassen. Die meisten Menschen wollten ihr persönliches gegenwärtiges Leben genießen, nicht die mühevolle Verantwortung für zukünftiges tragen. Immer mehr Menschen blieben unverheiratet, immer mehr Ehen kinderlos, immer mehr hatten nur ein oder höchstens zwei Kinder. Die Geburtenziffer sank ständig und stürzte zuletzt. Da aber gleichzeitig die Sterbeziffer zurückging, vermehrte sich das deutsche Volk trotzdem. Diese Vermehrung war aber nur Schein. Denn nicht die Jugend nahm zu, sondern das Alter. Das deutsche Volk ging einer „Vergreisung" entgegen. Die Lebenskraft, die Arbeits- und die Wehrfähigkeit sanken immer mehr. Der „Geburtenüberschuß" über die Todesfälle ist trügerisch; denn schließlich müssen alle, die geboren werden, auch sterben. Da auch die beste Kunst der Ärzte das Leben nicht ins Unendliche verlängern kann, muß bei Anhalten des



Der deutsche Geburtensturz

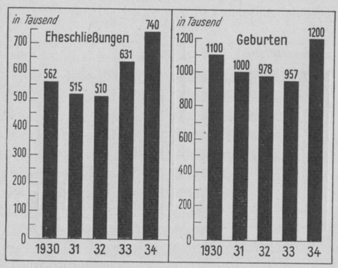


Bevölkerungsschwund unter dem „Zweikindersystem"

Geburtenrückgangs bald auch die reine Bevölkerungsziffer absinken. Wir waren bereits ein „Volk ohne Jugend", ein „sterbendes Volk".

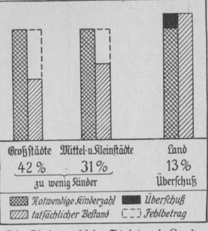
Auch hier will der Nationalsozialismus das Schicksal wenden. Ehestandsdarlehen sollen allen denen, die aus wirtschaftlichen Gründen nicht heiraten können, die Eheschließung ermöglichen. Die Darlehen werden nur in geringen Raten zurückgezahlt, und mit der wachsenden Zahl der Kinder vermindert sich die Restsumme ständig. Tatkräftig hat der nationalistische Staat den „Kampf gegen den Volkstod" eröffnet, einen Kampf, den das „Rassepolitische Amt" der Partei und der „Reichsbund der Kinderreichen" in vorderster Front führen. Bereits 1933 ist die Zahl der Eheschließungen erheblich gestiegen, und auch die Geburtenziffer ist jährlich höher geworden: von 970 000 im Jahre 1932 auf 1 270 000 im Jahre 1937. Entscheidend ist aber noch nicht, wieviele der neugeschlossenen Ehen das erste oder das zweite Kind, sondern wieviele das dritte, vierte oder fünfte bekommen. Eine Neuordnung der Einkommensteuer soll den sehr erheblichen Abstand, der bisher in der Lebenshaltung der kinderreichen Familien von denen der Kinderlosen und der Kinderarmen bestand, wenigstens etwas verringern. Besonders Bedürftige können auf Antrag eine Sonderbeihilfe bekommen.

Von der Geburtenschrumpfung sind am stärksten die sozial



Eheschließungen und Geburten 1930—1934

höherstehenden Kreise erfaßt, in die im allgemeinen gerade die Leistungsfähigsten aufgestiegen sind und aus denen wiederum die Leistungsfähigsten hervorgehen. Sie wollen ihren Kindern — oder meist eben nur ihrem Kinde — die bestmögliche Ausbildung angedeihen lassen, um ihm die gleiche Lebenshaltung zu sichern, und wollen selber durch die Ausgaben für mehrere Kinder nicht unter die Lebenshaltung ihrer kinderlosen oder kinderarmen Standes- und Berufsgenossen sinken. Umgekehrt dagegen war es gerade bei den Menschen mit vererbten körperlichen oder geistigen Leiden. Schwachsinnige oder sonstige Minderwertige haben eine zwei- bis dreifache Geburtenzahl wie die gesunde deutsche Familie. Das senkt die Lebensfähigkeit unseres Volkes von Geschlecht zu Geschlecht weiter herab. Der liberale Staat, der jeden Menschen unabhängig von seinem rassischen Wert gleichmäßig schätzte, pflegte alle diese unglücklichen Menschen, die ihr Leiden immer weiter vererbten und damit vermehrten, ließ jedem einzelnen seine volle Fürsorge angedeihen, ohne Verständnis dafür, daß dadurch das Volk als Ganzes verkommen mußte. „Es kostete der Geisteskranke etwa 4 RM. den Tag, der Verbrecher 3,50 RM., der Krüppel und Taubstumme 5—6 RM. den Tag, während der ungelernte Arbeiter nur etwa 2,50 RM., der Angestellte 3,60 RM., der untere Beamte 4 RM. zur Verfügung haben" (Dr. Frick). Auch der nationalsozialistische Staat sorgt für alle kranken und hilflosen Volksgenossen. Aber er will nicht, daß diese Unglücklichen ihr Leiden weiter vererben und immer neue unglückliche Menschen in die Welt setzen, die sich und dem Volksganzen zur Last fallen. Deshalb verfügt das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses": „Wer erbkrank ist (schwachoder irrsinnig, erbblind, erbtaub u. a.), kann durch chirurgischen Eingriff unfruchtbar gemacht (sterilisiert) werden." Das („Nürn-



Die Kinderzahl in Stadt und Land

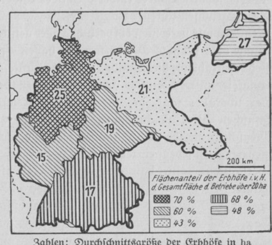
berger") „Erbgesundheitsgesetz" verbietet, daß jemand, der wegen Erbkrankheit unfruchtbar gemacht ist, der an einer gefährlichen ansteckenden Krankheit (z. B. Schwindsucht) leidet, der entmündigt oder geistig gestört ist, eine Ehe mit einem Gesunden eingeht.



Zahlen: Erbhöfe in 1000

Verbreitung der Erbhöfe

Ewige Kraftquelle des deutschen Volkes ist das deutsche Bauerntum. Der Liberalismus kannte die Landwirtschaft lediglich als einen Wirtschaftszweig, der den gleichen „Spielregeln kapitalistischer Marktordnungen" unterlag (Darré) wie alle andern Wirtschaftsgebiete: denen der „Konkurrenzfähigkeit" und der „Rentabilität". Konnten wir aus Rußland oder aus Kanada billigeres Getreide beziehen, so mochte der deutsche Bauer zugrunde gehen. Der Nationalsozialismus dagegen sieht im Bauerntum nicht eine Wirtschafts-, sondern eine Lebensform. „Was wir Volkstum, Volkskunst, Volksweisheit nennen, ist zum größten Teil Bauerntum, Bauernkunst, Bauernweisheit." In ihnen äußert sich eine unverwüstliche

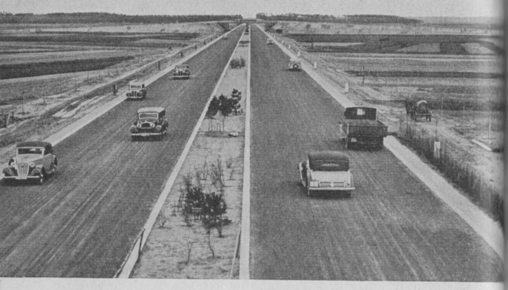


Zahlen: Durchschnittsgröße der Erbhöfe in ha

Größe der Erbhöfe

Lebenskraft, „während, was die Stadtmode bringt, in wenigen Monden wieder vergessen ist“ (Darré). Aber nicht nur die Stadtmode, auch die Stadtfamilien sind kurzlebig. Die Städte sind nicht in der Lage, auch nur den zahlenmäßigen Bestand des Volkes zu sichern. Hier sterben die Familien nach wenigen Geschlechterfolgen aus. Ohne ständigen Zuzug vom Lande würden sie schnell zusammenschrumpfen. Stadtluft erweist sich als dem nordisch bestimmten Menschen feindlich. Wir haben wieder „das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse“ erkannt (Darré). Auf dem Bauern ruht unsere Zukunft. Ihn will deshalb der Staat in seinem Bestande sichern.

In der freien kapitalistischen Wirtschaft war die Verschuldung der Landwirtschaft von 1924 bis 1932 von 3 auf 12 Milliarden gestiegen. „Das bedeutet, daß für 12 Milliarden RM. heilige deutsche Heimaterde dem internationalen Leihkapital verpfändet war“ (Darré). Das Reichserbhofgesetz hat den Bauer wieder an seine Scholle gebunden, um ihm die nötige Lebenssicherheit zu geben. Ein Erbhof „muß mindestens die Größe einer Ackernahrung haben“ (muß eine Familie ernähren können) und darf — in der Regel — „nicht größer sein als 125 ha“. Bauer ist wieder ein Ehrenname geworden; denn „nur der Eigentümer eines Erbhofes heißt Bauer“, alle anderen Besitzer von forst- oder landwirtschaftlichen Betrieben sind nur Landwirte. Ein Erbhof darf weder verkauft, noch verschuldet, noch aufgeteilt werden. Er geht „ungeteilt an den Anerben über“. Wer seinen Hof herunterwirtschaftet, dem kann die Bauernfähigkeit aberkannt werden. Verschuldete Großgrundbesitzer können entschuldet werden, wenn sie dafür größere Teile ihres Besitzes als Bauernland abtreten. Weiter wird neues Bauernland durch Urbarmachen von Mooren und Ödland gewonnen. So bleibt dem deutschen Volke ein fester bäuerlicher Kern erhalten. Nur der Bevölkerungsüberschuß des Landes fließt in die Städte ab. „Die Koppelung des besten deutschen Blutes mit dem deutschen Grund und Boden“ ist wiederhergestellt (Darré). Die Verbindung von Blut und Boden sichert das Leben des deutschen Volkes.



Reichsautobahn

Der Umbau der Wirtschaft

Bei der Machtübernahme hatte die Arbeitslosigkeit 6 Millionen arbeitsfähige Menschen ergriffen. Ein „Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit" eröffnete (am 1. Juni 1933) die Arbeitsschlacht. Der Staat erschloß neue Arbeitsmöglichkeiten: Neubauten, Instandsetzungen, Ausbau der Gas-, Wasser- und Stromversorgung, Flußregelung, Siedlung. Steuererleichterungen regten den privaten Hausbau, die Auswechslung alter Maschinen und Werkzeuge an, die Ehestandsdarlehen steigerten den Absatz von Möbeln und Hausgerät, Steuerbefreiung den Kauf von Kraftfahrzeugen. Der Bau von 6000 km Reichsautobahnen, zu dem der Führer selbst den ersten Spatenstich tat, soll $\frac{1}{2}$ Million Menschen 6 Jahre lang beschäftigen. Mehrbeschäftigung bedeutet aber Mehrverdienst, bedeutet Mehrverbrauch, bedeutet erneute Mehrbeschäftigung. Viele stillgelegte Betriebe konnten erneut geöffnet werden. Bereits am Ende des ersten Jahres war jeder dritte Erwerbslose wieder in Arbeit und Brot gebracht, war das Volkseinkommen um rund 1 Milliarde RM. gestiegen. Gut $4\frac{1}{2}$ Jahre nach der Machtübernahme war die Arbeitslosenziffer auf weniger als $\frac{1}{2}$ Million gesunken. 5 Jahre nationalsozialistischer Aufbauarbeit haben das Volkseinkommen

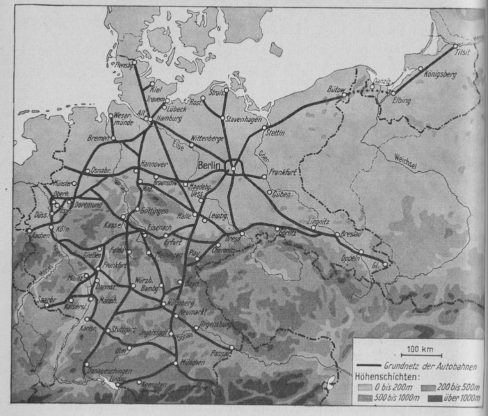
von 45,2 Milliarden RM. auf 68 Milliarden, also um 50 v. H. erhöht, während die Lebenshaltungskosten nur um 4 v. H. gestiegen sind. Die vermehrten Einkommen und Umsätze führten zu erhöhten Steuereinnahmen, trotz tatsächlicher Senkung im einzelnen. In 5 Jahren haben sich die Reichseinnahmen mehr als verdoppelt (von 6,6 Milliarden RM. 1932 auf 14 Milliarden RM. 1937). So bekommt der Staat allmählich wieder das Geld zurück, das er anfangs für die Wirtschaftsankurbelung sich hat borgen müssen.



Denkmal vom Beginn der Arbeitsschlacht

Für Ostpreußen, das unter den Folgen von Versailles ganz besonders zu leiden hat, ist ein Sonderplan entworfen: der „Erich-Koch-Plan“ (nach dem Gauleiter und Oberpräsidenten Erich Koch). Um die Provinz, aus der seit Kriegsende jährlich mehr als 21 000 Menschen ausgewandert sind, dichter zu besiedeln, sollen westdeutsche Industrien Zweigstellen in den Osten verlegen, die Wasserstraßen sollen ausgebaut, die Kultureinrichtungen (Hochschule, Theater) erweitert werden. Durch Mischung von Landwirtschaft und Industrie soll die Provinz wirtschaftlich stärker in sich selber ruhen und damit „krisenfester“ werden. — Ostpreußen war auch die erste Provinz, die meldete, daß sie keine Erwerbslosen mehr habe.

Das wirtschaftliche Endziel des Nationalsozialismus ist es, die alte kapitalistische Wirtschaft des Liberalismus von Grund auf umzuformen. Eine neue Wirtschaftsgesinnung soll vor allem zur Brechung der Zinsknechtschaft führen, wie es der wirtschaftliche Kernpunkt des Parteiprogramms fordert. Die planvolle Nationalwirtschaft der ersten 5 Jahre hat die Herrschaft des Kapitalzinses bereits ganz entscheidend geschwächt: der Zinssatz für kurzfristige Anleihen ist von durchschnittlich 6,23 v. H. im Jahre 1923 auf

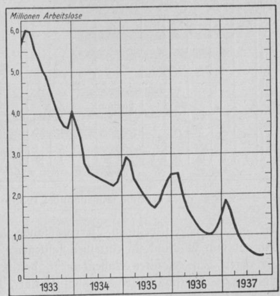


Das Netz der Reichsautobahnen

durchschnittlich 2,93 v. H. im Jahre 1937 gesenkt, der Satz für langfristige Anleihen von 8,8 v. H. auf 4,5 v. H.

Die gesteigerte deutsche Industrietätigkeit erfordert vermehrte Einfuhr an Rohstoffen, vor allem an Erzen und an Faserstoffen (Wolle und Baumwolle). Einfuhr kann aber immer nur bezahlt werden durch Ausfuhr. Ein regerer deutscher Außenhandel käme daher zwar auch allen andern Staaten zugute, aber gegenüber dem neuen Deutschland sperren sich die meisten auch weiterhin ab; nicht ohne Einfluß der internationalen Judenschaft, die den Nationalsozialismus wegen seiner völkischen Grundhaltung auf die Knie zwingen will. Deutschland muß daher sehen, sich so weit wie möglich von fremder Einfuhr unabhängig zu machen. Vor

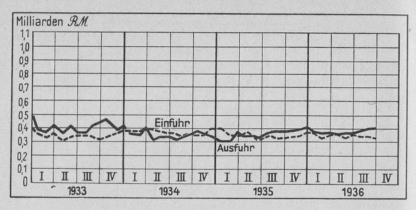
allem in der Lebensmittelversorgung. Dazu ist der Reichsnährstand geschaffen, der alle deutschen Bauern, Gärtner, Fischer, Forstleute, Müller, Lebensmittelhändler zusammenfaßt. Hier gilt nicht mehr der kapitalistische Wettbewerb und die freie Preisbildung, die sich nach der jeweiligen Wirtschaftslage, der „Konjunktur" richtet und von der Börse diktiert wird;



Der Rückgang der Arbeitslosigkeit

denn „der Nationalsozialismus steht auf dem Standpunkt, daß es ein Verbrechen ist, mit den Nahrungsmitteln des Volkes Wucher zu treiben" (Darré). Daher tritt „an die Stelle wilder, durch Spekulation noch übertriebener Preisschwankungen für die wichtigsten Nährgüter der von der staatlichen Autorität überwachte feste Preis. Er allein ermöglicht gleichzeitig eine Steuerung der Erzeugung selbst und eine planvolle Lenkung auf diejenigen Erzeugnisse, an denen die Volkswirtschaft Mangel hat" (Darré). Der Staat regelt den Anbau nach den Bedürfnissen des deutschen Volkes und verbürgt damit auch den Absatz. Wer irgendwie in der Landwirtschaft arbeitet, treibt kein Privatgeschäft, sondern übernimmt eine völkische Pflicht: die Ernährung des deutschen Staatsvolkes. Eine ständige „Erzeugungsschlacht" soll die Erträge des deutschen Bauernlandes besonders an Grünfutter, Öl- und Faserpflanzen steigern. Neusiedlung, Urbarmachen von Sümpfen und Ödland soll die Ernährungsgrundlage verbreitern.

Zur Ergänzung der Lebensmittel und zur Versorgung mit Rohstoffen schließt das Reich Handelsverträge auf Gegenseitig-

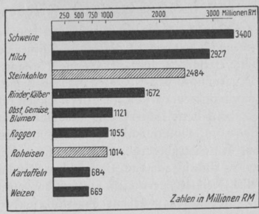


Der deutsche Außenhandel 1933—1936

keit, die mit dem jeweiligen Vertragslande Art und Menge von Einfuhr und Ausfuhr im einzelnen festlegen. Ein Außenhandelsrat regelt den gesamten Außenhandel, damit nicht unerwünschte Einfuhr die deutsche Wirtschaftspolitik stört, die darauf gerichtet ist, das deutsche Volk mit allem Nötigen zu versorgen.

Um Deutschland in der Versorgung mit lebenswichtigen Rohstoffen auf sich selbst zu stellen, hat der Führer auf dem Reichsparteitag von 1936 einen neuen Vierjahresplan verkündet: „In vier Jahren muß Deutschland in allen jenen Stoffen vom Ausland gänzlich unabhängig sein, die irgendwie durch die deutsche Fähigkeit, durch unsere Chemie und Maschinenindustrie, sowie durch unseren Bergbau selbst beschafft werden können." Wenn wir die Baumwolle durch bodeneigene Faserstoffgewebe ersetzen, Benzin aus deutscher Kohle gewinnen, Gummi auf chemischem Wege herstellen, dann kann der Erlös aus der deutschen Ausfuhr dazu verwandt werden, zusätzliche Lebensmittel und andere wichtige Rohstoffe — vor allem Erze — einzuführen. Dadurch, daß das Ausland sich gegen deutsche Waren wehrt, verhindert es, daß wir ausländische Zahlungsmittel, Devisen, bekommen. Nach den neuen deutschen Handelsverträgen werden daher Ein- und Ausfuhr nicht mehr bezahlt, sondern gegeneinander aufgerechnet über eine besondere Verrechnungsstelle. Nur die deutsche Firma bekommt überhaupt Devisen zugeteilt, die für die Abschließung eines Einfuhrgeschäftes vorher die staatliche Genehmigung eingeholt hat. Da wir nicht genügend Devisen mehr haben, können wir auch die durch

die Reparationszahlungen entstandenen Auslandsschulden nicht mehr verzinsen, geschweige denn tilgen. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat daher die Zahlungen in Devisen im wesentlichen einstellen müssen. Die Zinsen werden meist nur noch in Reichsmark gezahlt, müssen also von den Auslandsgläubigern in deutschen Waren angelegt oder auf Deutschlandreisen verbraucht werden.



Der Geldwert der bäuerlichen und der bergmännischen Erzeugung 1928/29

Der Mangel an Devisen hat auch die Währungsgrundlage verändert. Bisher mußten die deutschen Banknoten (das „Papiergeld") zu 40 v. H. „gedeckt" sein durch Gold oder Devisen. Je mehr der Weltmarkt aber zusammenschrumpfte, desto mehr schrumpften auch die Devisenbestände. Von Juli 1931 bis Ende April 1934 ging der Devisenbestand von 3 Milliarden RM. auf ½ Milliarde RM. zurück; bis Ende Februar 1935 auf 84 Millionen. Da aber nach dem Bankgesetz das Inlandgeld im wesentlichen von der Menge des vorhandenen Auslandgeldes abhing, schrumpften auch die Binnenzahlungsmittel. Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik aber geht nicht vom Weltmarkt aus, sondern vom Binnenmarkt, macht nicht die Volkswirtschaft abhängig von der Weltwirtschaft, sondern will zunächst einmal die eigene Volkswirtschaft aufbauen. Zu diesem Zweck ist auch das Notengesetz geändert. Die Reichsmark ist fortan nicht mehr allein durch Gold und Devisen gedeckt, sondern vor allem durch Inlandswerte: besonders durch öffentliche Schuldverschreibungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden. Das Ziel der gesamten neuen Wirtschaftspolitik ist: „durch innere Marktordnung zur Außenhandelsfreiheit und damit zur friedlichen Zusammenarbeit und gesteigerten Wohlfahrt aller Völker, die guten Willens sind" (Darré).

Um Freiheit, Frieden, Ehre

„Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den andern Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain", sagt der zweite Punkt des Programms der NSDAP. Aber die außenpolitischen Ziele sind naturgemäß schwerer zu erreichen als die innenpolitischen. Zunächst verschlechtert eine Revolution meist die außenpolitische Lage des revolutionären Landes. Das Ausland sieht mißtrauisch auf den „Unruheherd", weil es nicht weiß, wohin das alles gehen wird. Und ist gar das Volk in der Revolution aufgebrochen, um seine Freiheit zu erringen, so ist es doppelt mißtrauisch. Denn siegt die Revolution nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich, d. h. werden alle, die einst abseits oder gar auf der andern Seite standen, nicht nur „gleichgeschaltet", sondern durch die Leistungen des neuen Staates überzeugt und gewonnen, so muß diese innere Einheit, die keine Kräfte mehr im innenpolitischen Kampfe bindet, zu einer außenpolitischen Stärkung führen. Diese Stärkung aber fürchtet naturgemäß der äußere Gegner und versucht, die Zeit für sich zu nutzen. Dazu kommt, daß die Revolutionsflüchtlinge, die Emigranten, im Auslande durch übertriebene und frei erfundene Berichte gegen ihren früheren Staat wühlen und dabei die Unterstützung des mächtigen internationalen Judentums finden.

„Hitler, das ist der Krieg!" Das war die Meinung des Auslandes bei der Machtübernahme. Die Stimmung erhitzte sich so, daß bereits Anfang Mai 1933 ein englischer Minister von Vergeltungsmaßnahmen (Sanktionen) gegen Deutschland sprach und die französische Presse einen Vorbeugungskrieg (Präventivkrieg) forderte, daß Frankreich die Besatzungen seiner Grenzfestungen verstärkte und im Südelsaß eine Probemobilmachung veranstaltete. Da entspannte eine Erklärung des Führers vor dem Reichstage die Lage (17. Mai 1933). „Kein neuer europäischer Krieg wäre in der Lage, an Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwa bessere zu setzen. Im Gegenteil! ... Neue Kriege, neue Opfer, neue Unsicherheiten und eine neue Wirtschaftsnot würden die Folge sein. Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne Ende aber müßte zum Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung führen ... Es ist der tiefernste Wunsch der nationalen Regierung des Deutschen Reiches, eine solche unfried-

liche Entwicklung durch eine aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern."

Alles Elend der Nachkriegsjahre rührte zum großen Teil her von dem unglückseligen Versailler Vertrag. „Die tiefste Wurzel dieses Elends aber liegt in der Zerreißung der Welt in Sieger und Besiegte"; eine Tatsache, die sich am schlimmsten auswirkt „in der erzwungenen Wehrlosigkeit eines Teils der Nationen gegenüber den übersteigerten Rüstungen der andern". Dabei wäre Deutschland „ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun. Wenn aber die andern Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von Versailles auch sie verpflichtende Abrüstung durchzuführen, dann muß Deutschland zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen". Diese Gleichberechtigung wurde aber in Genf nicht gewährt. Ja während man früher (Dezember 1932) die deutsche Forderung grundsätzlich anerkannt hatte, so erklärte der englische Außenminister dies nun für ungültig, da die „Gleichberechtigung einem andern als dem nationalsozialistischen Deutschland versprochen" sei. Deutschland antwortete damit, daß es seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärte (14. Oktober 1933). Eine Volksabstimmung sollte dem Führer und dem Auslande Klarheit verschaffen über die Meinung des deutschen Volkes in dieser Ehren- und Lebensfrage. 40,6 Millionen (gegen 2,1 Millionen bei 45,1 Millionen Stimmberechtigten) stellten sich hinter die Politik der Reichsregierung. Seit den Augusttagen von 1914 stand zum ersten Male wieder das ganze deutsche Volk in einer außenpolitischen Frage zusammen; denn auch die Auslanddeutschen begrüßten den deutschen Entschluß.

Die Absage an den Völkerbund bedeutete eine Absage an das internationale Staatenparlament in Genf. Statt dessen will der Führer verhandeln von Macht zu Macht. So hat er mit Polen einen Zehnjahresvertrag geschlossen, in dem sich Polen und das Reich verpflichten, „sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen ... unmittelbar zu verständigen" (Januar 1934).

Da sämtliche ausländischen Mächte entgegen der auch sie bindenden Versailler Abrüstungsverpflichtung ihre Rüstungen ständig steigerten, mußte der „unwürdige wie letzten Endes bedrohliche Zustand der ohnmächtigen Wehrlosigkeit des Volkes der euro-



Tankabteilung der neuen Wehrmacht

päischen Mitte beendet werden." Als England eine neue Erhöhung seiner Rüstungen mit der deutschen „Wiederaufrüstung" begründete (4. März 1935) und Frankreich unter Berufung auf eine deutsche „Überfallgefahr" die zweijährige Dienstzeit wieder einführte (15. März), da beantwortete die nationalsozialistische Reichsregierung (am 16. März 1935) den dauernden Bruch des Versailler Vertrages durch die „Siegermächte" damit, daß sie die allgemeine Wehrpflicht wieder einführte: „aus eigener völkischer Kraft und nicht in einem Schachergeschäft mit den Urhebern des Versailler Diktats oder der Mißgeburt des Völkerbundes zu Genf" (Ludendorff). „Wehrpflicht ist Ehrendienst am deutschen Volke. Jeder deutsche Mann ist wehrpflichtig. Im Kriege ist über die Wehrpflicht hinaus jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau zur Dienstleistung für das Vaterland verpflichtet". Die Wehrpflicht dauert vom 18. bis zum 45. Lebensjahr. Arische Abstammung und die Erfüllung eines halbjährigen Arbeitsdienstes sind die Voraussetzungen für den aktiven Dienst, der für alle ohne Ausnahme und ohne Vorrechte zwei Jahre dauert. Oberster Befehlshaber der Wehrmacht ist der Führer und Reichskanzler. Sie gliedert sich in Heer, Marine und Luftwaffe. „Die Wahrung der Ehre und Sicherheit des deutschen Reiches ist wieder der eigenen Kraft der deutschen Nation anvertraut".

Zwar erklärte der Völkerbund, das Deutsche Reich „habe gegen die Pflicht, die allen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft

auferlegt ist, verstoßen, nämlich die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten", und verurteilte „jede einseitige Aufkündigung der internationalen Verpflichtungen" (ohne an die Nichtachtung der Abrüstungsverpflichtung durch die andern zu erinnern); aber zwei Monate später (Juni 1935) schloß England mit dem Reiche ein Flottenabkommen und erkannte damit die deutsche Aufrüstung als Tatsache an. Das Abkommen hat die deutsche Kriegsmarine zu der englischen in das feste Verhältnis von 35:100 gebracht, macht also jede deutsche Auf- oder Abrüstung zur See von den gleichen Maßnahmen Englands abhängig. — Mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht fiel im Norden, Osten und Süden der deutsche Wehrraum wieder mit dem Staatsgebiet des Reiches zusammen. Nur im Westen hatte Deutschland seine in Versailles weit zurückverlegte Wehrgrenze durch den Rheinpakt von Locarno noch einmal ausdrücklich anerkannt. Frankreich aber hatte den deutsch-polnischen Vertrag, der Deutschland aus dem französisch-polnischen Zangengriff befreite, damit beantwortet, daß es Sowjetrußland den Weg in den Völkerbund öffnete (September 1934). Um die Zange wiederherzustellen, schloß es sogar mit den Sowjets ein Militärabkommen, das die beiden Mächte zu gegenseitiger Hilfe verpflichtete, auch wenn der Völkerbundsrat noch nicht über den „Angreifer" entschieden habe. Mit diesem Wehrbündnis handelte Frankreich so, „als ob weder die Völkerbundssatzung noch der Rheinpakt, der auf die Satzung Bezug nimmt, in Geltung wären" (Hitler). Deshalb erklärte der Führer vor dem deutschen Reichstage, auch für Deutschland habe damit der Locarnopakt seine Gültigkeit verloren, und stellte „die volle und uneingeschränkte Souveränität des Reiches in der demilitarisierten Zone des Rheinlandes" wieder her (7. März 1936). Nach dreijähriger nationalsozialistischer Führung in der Außenpolitik war der Kampf um die Gleichberechtigung des Deutschen Reiches abgeschlossen.

Die Wiederherstellung der Wehrhoheit im gesamten Reichsgebiet verband der Führer mit einem großen Friedensplan. Schon wiederholt hatte er, „um mit dem französischen Volke zu einem wahren Frieden und zu einer wirklichen Freundschaft zu kommen" und den tausendjährigen Kampf um den Rhein abzuschließen, auf eine politische Rückgliederung des Elsaß und Deutsch-Lothringens verzichtet. Nach der Rückkehr der Saar werde „das Deutsche Reich keine territorialen Forderungen mehr an Frankreich stellen".

Jetzt bot er für das Deutsche Reich als einer völlig gleichberechtigten Macht Frankreich einen Nichtangriffspakt für 25 Jahre an. Um dem Auslande zu zeigen, daß das deutsche Volk in all diesen Fragen geschlossen hinter der Reichsregierung steht, hat der Führer nach der Besetzung des Rheinlandes die Zustimmung des Volkes erbeten in der Form einer Neuwahl des nationalsozialistischen Reichstages. Bei einer Wahlbeteiligung von 98,95 v. H. sind dabei fast 44400000 für den Führer und die von ihm ernannten Mitarbeiter und nur 543000 dagegen gezählt worden!

Am vierten Jahrestag der Machtübernahme hat er in seiner Rede vor dem deutschen Reichstage dem deutschen Volk und der Welt verkündet: „Ich ziehe ... die deutsche Unterschrift feierlich zurück von jener damals einer schwachen Regierung wider deren besseres Wissen abgepreßten Erklärung, daß Deutschland die Schuld am Kriege besitze!" Damit ist das Versailler System zerbrochen. Nur die von diesem Diktat gesetzten Grenzpfähle stehen auch weiterhin auf volks- und reichsdeutschem Boden, und die deutschen Kolonien sind noch Mandate der Genfer Staatengesellschaft. Doch in mehreren großen Reden hat der Führer als nächste deutsche außenpolitische Forderung die Rückgabe unserer alten Kolonien angemeldet: die Rücknahme der kolonialen Schuldlüge und die Wiedergutmachung des Unrechts von Versailles. „Es wird daher von Jahr zu Jahr stärker die Forderung nach jenem kolonialen Besitz ertönen, den Deutschland einst nicht anderen Mächten weggenommen hat und der für diese Mächte heute sachlich so gut als wertlos ist, für unser eigenes Volk aber unentbehrlich erscheint" (Hitler).

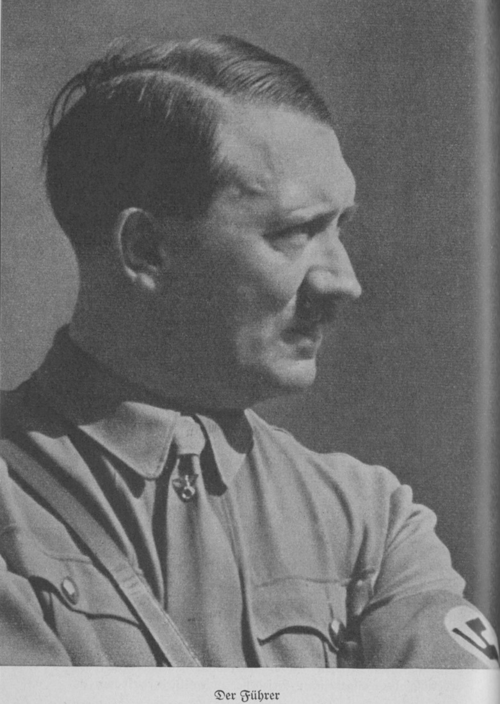
Trotz den wiederholten Friedensversicherungen des Führers, trotz dem Verständigungsabkommen mit Polen und der Anerkennung der Versailler Staatsgrenzen von Frankreich und Belgien, die diese Versicherungen als ernstgemeint erwiesen, ebbte das Mißtrauen und die ausländische Pressehetze gegen das nationalsozialistische Reich in keiner Weise ab. Im Bewußtsein unseres Rechts und unserer Stärke konnte aber der Führer 5 Jahre nach der Machtübernahme — 3 Jahre nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht — der Welt verkünden: „So sehr wir am Frieden hängen, so sehr hängen wir an unserer Ehre und an den unveräußerlichen Rechten unseres Volkes ... Und so sehr ich der Welt die Versicherung von der aufrichtigen und tiefen Friedens-

liebe des deutschen Volkes übermitteln kann, ebensowenig aber möchte ich einen Zweifel daran lassen, daß diese Friedensliebe weder mit schwächlichem Verzicht, noch gar mit ehrloser Feigheit etwas zu tun hat. Sollte jemals internationale Hetze und Brunnenvergiftung den Frieden unseres Reiches brechen, werden Stahl und Eisen das deutsche Volk und die deutsche Heimat unter ihren Schutz nehmen! Und die Welt würde dann blitzschnell sehen, wie sehr dieses Reich, Volk, Partei und Wehrmacht von einem Geiste erfüllt und in einem Willen fanatisiert sind! ... Das deutsche Volk ist seinem ganzen Wesen nach kein kriegerisches, sondern ein soldatisches, d. h. es wünscht keinen Krieg, es fürchtet ihn nur nicht. Es liebt den Frieden, aber genau so auch seine Ehre und seine Freiheit."

Der Kampf gegen den Weltbolschewismus.

Das Versailler System beruhte auf der Entmachtung und Zerreißung Deutschlands und auf der Vorherrschaft, die Frankreich mit Hilfe seiner Rüstungen, seines Geldes und seiner Genfer Staatengesellschaft über dem zertrümmerten Mitteleuropa errichtet hat. Die Wiederaufrüstung Deutschlands und die Besetzung des Rheinlandes haben Gesicht und Gewicht Mitteleuropas von Grund auf geändert. Durch das Bündnis mit den Sowjets und deren Aufnahme in den „Völkerbund" hat Frankreich versucht, seine Versailler Vorherrschaft neu abzustützen. Ein neuer fester Ring sollte das Reich einpressen und dem deutschen Volk die Lebensluft nehmen. Die Tschechoslowakei hat sich dem Militärbündnis der beiden Mächte soweit angeschlossen, daß es die Anlage russischer Flugplätze in Böhmen und Mähren gestattet. So ist sie zum „Flugzeugmutterschiff Sowjetrußlands" geworden.

Um den neuen Einkreisungsring zu sprengen und der Ausbreitung des Kommunismus einen Damm entgegenzusetzen, hat sich Deutschland vor allem Italien genähert. Es hat die „Sanktionen", die der Völkerbund unter Führung Frankreichs in der Form der Einfuhrsperre von kriegswichtigen Dingen gegen Italien verhängte, als dieses sich Abessinien eroberte, nicht mitgemacht. In verschiedenen Abmachungen haben die beiden Regierungen ihre Absicht unterstrichen, „ihre gemeinsame Tätigkeit auf die Förderung des allgemeinen Friedens und Wiederaufbaus zu



Der Führer

richten" (Oktober 1936). Schon die Besetzung der entmachteten Rheinzone geschah mit unter der wohlwollenden Deckung der „Locarnomacht" Italien.

Dem französisch-sowjetrussischen Paktsystem haben Adolf Hitler und Mussolini die Achse „Berlin-Rom" entgegengestellt. Die Fühlungnahme der beiden Staaten ist durch persönliche Besuche und Gegenbesuche der beiden Staatsmänner und der anderen führenden Persönlichkeiten des Reiches und Italiens immer enger gestaltet worden. Als Antwort auf „den verbrecherischen Versuch, das italienische Volk abzuwürgen", hat Mussolini den Austritt Italiens aus dem Völkerbund erklärt (1937), da dieser „beherrscht wird von geheimen Kräften, die Italien und unserer Revolution feindlich gesinnt sind". Das Reich hat diesen Entschluß unterstrichen durch eine amtliche Erklärung, daß „eine Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund niemals mehr in Betracht kommen wird". „Wir sind nicht im Völkerbund", erklärte der Führer, „weil wir glauben, daß er nicht eine Institution des Rechts, sondern eher noch eine Einrichtung zur Verteidigung des Versailler Unrechts ist." Wir treten deshalb niemals wieder ein, „weil wir nicht die Absicht haben, uns an irgendeiner Stelle der Welt durch einen Mehrheitsbeschluß des Völkerbundes für die Verteidigung des Unrechtes einspannen zu lassen". Wir denken überhaupt nicht daran, „die deutsche Nation in Konflikte verwickeln zu lassen, an denen sie nicht selbst interessiert ist".

Das gemeinsame Vorgehen des Reiches und Italiens hat den französischen Machtbau weiter erschüttert. Südslawien hat mit Italien einen Adriapakt, in dem beide Staaten sich ihrer Grenzen gegenseitig verbürgen. Dadurch ist das französische Gefüge im Donauraum — die „Kleine Entente" — stark gelockert. Rumänien, das schon bereit war, den Sowjetflugzeugen das Überfliegen seines Staates zu gestatten und dadurch den französisch-sowjetischen Ring um Deutschland zu schließen, ist diesem Einkreisungspakt nicht beigetreten. Belgien hat sich sogar von seiner Verpflichtung aus dem Locarnovertrag gelöst (1937). Es ist wieder ein neutraler Staat geworden, und das Reich hat erklärt, es werde die Unverletzlichkeit des belgischen Staatsgebiets in den Versailler Grenzen achten. Mit der Verständigung von Macht zu Macht hat Deutschland Europa ein Vorbild für eine wirksame Friedenssicherung gegeben.

Aus Furcht vor den siegreichen Ideen des Nationalsozialismus und des Faschismus versucht der jüdisch-internationale Bolschewismus von Moskau aus die Völker der Welt innerlich auszuhöhlen. Wir stehen mitten in einem Kampf, „in dem es sich nicht um Grenzprobleme zwischen Völkern oder Staaten" handelt, sondern „um die Frage der Erhaltung oder der Vernichtung der überkommenen menschlichen Gesellschaftsordnung und ihrer Kulturen" (Hitler). In allen Staaten arbeitet die Komintern daran, daß die bürgerliche Linke und die Sozialdemokratie mit den Kommunisten in einer einheitlichen „Volksfront" zusammengehen. Im Schutze einer solchen „Volksfront"-Regierung hat sich Moskau in Spanien angeschickt, das Land in eine Sowjetrepublik zu verwandeln (1936). Auch hier liefen die deutsche und die italienische Politik in der gleichen Richtung. Als der General Franco von Marokko her zu einem nationalen Gegenstoß ansetzte, den gesamten Süden und Westen Spaniens in seine Hand brachte und bereits in den Vorstädten von Madrid focht, da erkannten Deutschland und Italien die nationale Regierung Spaniens amtlich an. Gemeinsam mühten sie sich, einen allgemeinen „Nichteinmischungs"-Vertrag zustande zu bringen. Der sollte verhindern, daß vor allem Sowjetrußland und die Volksfront-Regierung von Frankreich das bolschewistische Spanien weiter mit Waffen und Munition, mit Geschützen und Flugzeugen, mit Militärberatern und Freiwilligen unterstützten. Diese deutsch-italienische Zusammenarbeit gegen den Weltbolschewismus hat das nationale Spanien angespornt, weiter zu kämpfen, um auch das übrige Land vom Bolschewismus zu befreien.

In Ostasien ist die Komintern ebenfalls an der Arbeit. Die zu China gehörende Äußere Mongolei ist in eine Sowjetrepublik verwandelt worden, und kommunistische Einflüsse wirken auch im übrigen China. Um dagegen ein festes Bollwerk zu schaffen, ist Japan von Mandschukuo aus in der Inneren Mongolei vorgegangen. Da die chinesische Zentralregierung die Forderung Japans ablehnte, alle japanfeindlichen und rußlandfreundlichen Kräfte zu bekämpfen und unter japanischer Führung einen ostasiatischen Block zu bilden, ist Japan auch gegen das chinesische Kernreich vorgegangen. Es hat Schanghai und Nanking genommen, hat die chinesische Zentralregierung nicht mehr anerkannt und eine neue Regierung in Peking gebildet. Deutschland steht freundschaftlich

zu China. Aber es unterstützt vor allem das Vorgehen Japans gegen den Bolschewismus in Ostasien. Es hat mit Japan ein Antikominternabkommen geschlossen (November 1936), in dem die beiden Mächte sich verpflichten, in der Abwehr der bolschewistischen Wühlarbeit gemeinsam vorzugehen. Ein Jahr darauf ist Italien diesem Abkommen beigetreten. So hat die Politik des Führers Deutschland zum Vorkämpfer gegen „die Lehre der Weltrevolution, d. h. der Weltzerstörung" (Adolf Hitler), zum „Bannerträger eines erwachenden Europas" gemacht (Dr. Goebbels). Wieder einmal bildet das deutsche Volk das Bollwerk, an dem der Vorstoß Asiens zerschellen soll. „Es mag um uns die ganze Welt zu brennen beginnen, der nationalsozialistische Staat wird wie Platin aus dem bolschewistischen Feuer herausragen" (Adolf Hitler).

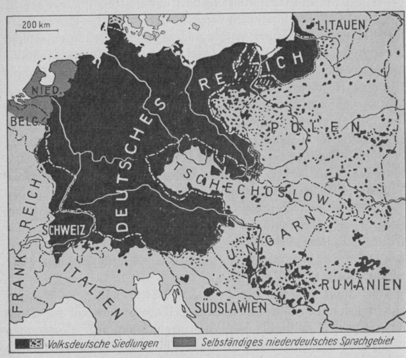
Gesamtdeutsche Verantwortung des Reiches.

Die andern Völker rings um uns leben noch aus dem Gedanken der Französischen Revolution: es darf nur Nationalstaaten geben, d. h. innerhalb der staatlichen Grenzen darf nur Eine Sprache gesprochen werden. Stimmen Staatsgrenze und Volksgrenze nicht überein, so muß nicht die Staatsgrenze dem Volkstum, sondern die Volksgrenze dem Staate angepaßt werden; die in einem Staate lebenden fremden Volksgruppen müssen vor allem ihre eigene Sprache aufgeben. Der Nationalsozialismus dagegen, gegründet auf Volkstum und Rasse, lebt aus einer völlig anderen Haltung. „Unser Nationalismus ist ein Prinzip, das uns weltanschaulich grundsätzlich allgemein verpflichtet." „So sehr wir unsere eigene Aufgabe sehen in der Wertung, Pflege und Besserung unseres Volkes, so sehr erfüllt uns die Achtung vor dem gleichen Sinn der Menschen anderer Nationen." „Wir kennen daher auch nicht den Begriff des Germanisierens." „So sehr wir es ablehnen, aus fremden Völkern Deutsche machen zu wollen, so fanatisch wehren wir uns gegen den Versuch, den deutschen Menschen seinem Volk zu entreißen" (Adolf Hitler).

Aber nicht nur um des deutschen Volkes willen müssen wir unsern gesamten Volksboden halten, sondern auch um der Ordnung Europas willen. In Mitteleuropa sind alle Volkstümer ineinander verzahnt. Das Staatsvolk hier ist „Minderheit" dort. Der Sieg der französischen Nationalstaatsidee könnte überall nur

über schwere Kämpfe und schweres Leid gehen; denn das siegreiche Staatsvolk hier wäre die vernichtete Minderheit dort. Das deutsche Blut aber, das den gesamten Raum durchströmt, und die neue deutsche Idee von dem Vorrang des Volkstums vor dem Staate, würde den staatlichen Grenzen Mitteleuropas die Schärfe nehmen, könnte zu einem friedlichen Zusammenarbeiten aller Völker und Staaten in unserm alten Schicksalsraum werden. Wir glauben daran, daß das deutsche Volk wieder eine Sendung zu erfüllen hat wie in den großen Zeiten seiner Geschichte: die Verwirklichung eines völkischen Sozialismus, die allein zu einer inneren und äußeren Befriedung Europas führt.

Befriedung im Innern und nach außen ist die Grundbedingung für alle deutsche Aufbauarbeit. Diese Friedenspolitik kam aber zunächst nur dem geschlossenen Rumpf des deutschen Volkes zugute, der von den Grenzen des deutschen Staates umhegt wird. Die Außenglieder unseres Volkskörpers dagegen schwebten weiter in stän-



Der deutsche Volksboden in Mitteleuropa

diger Gefahr, nicht nur staatlich, sondern auch kulturlich und sprachlich abgeschnürt zu werden. Die Deutschen im Memelland wurden von Litauen hart bedrückt: der Landtag ist geschlossen, der Präsident abgesetzt, Schulen sind verlitauist, die Führer des Deutschtums eingekerkert. Aber trotz aller Unterdrückung haben die Memelländer bei den letzten Wahlen (September 1935) wiederum 24 deutsche Abgeordnete (gegen nur 4 litauische) in den Landtag geschickt. Darauf hat Litauen etwas eingelenkt. — Lettland, das seine staatliche Selbständigkeit lediglich dem Siege der deutschen Waffen über das zarische wie das bolschewistische Rußland verdankt, ist erneut gegen die Baltendeutschen vorgegangen, deren Waffentaten doch die Ostgrenze des Staates gegen den Bolschewismus vorgeschoben haben. Der lettische Staatspräsident (Ulmanis) hat Lettland in einen faschistischen Nationalstaat umgewandelt (Mai 1935) und nach der entschädigungslosen Enteignung des deutschen Grundbesitzes nun auch den gesamten jahrhundertealten Besitz der deutschen Handwerker und Kaufmannsgilden — Millionenwerte an Gildehäusern, Hospizen, Kunstwerken — eingezogen und die Gilden selber aufgelöst, um die Mittelpunkte der baltendeutschen Volkstumspflege zu vernichten.

In Prag haben die Tschechen die Hoheitszeichen der alten deutschen Universität gefordert, und Rektor und Senat haben sie ausgeliefert: ein Schlag gegen das Deutschtum wie seit dem Hussitenaufstand nicht mehr. (Der Todestag von Hus ist tschechischer Nationalfeiertag.) Dem gegenüber fordert Konrad Henlein völkische Selbstverwaltung, sowie Sicherung des Bestandes und der Grenzen der Volksgruppen innerhalb des Staates. Unter seiner Führung haben sich die Deutschen in der Tschechei zur „Sudetendeutschen Heimatfront" zusammengeschlossen. Sie umfaßte 1936 bereits drei Viertel der deutschen Volksgruppe und ist dadurch zur stärksten Partei des Staates geworden (1,25 Millionen Stimmen gegen 1,18 Millionen der größten tschechischen Partei).

Die Deutschen in Polen sammeln sich immer stärker in der „Jungdeutschen Partei". In Nordschleswig hat die unter dem Hakenkreuz kämpfende „Schleswigsche Partei" die deutsche Stimmenzahl bei den dänischen Wahlen auf die höchste Ziffer seit der Abtrennung des Landes anwachsen lassen (Oktober 1935: 12621). Die „Volksgemeinschaft der Deutschen" in Rumänien hat bei selbst-

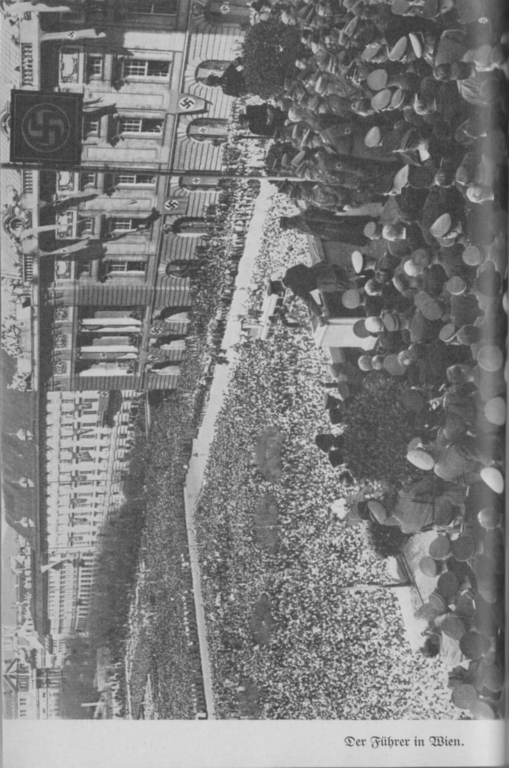
verständlicher Bejahung ihrer Aufgaben und Pflichten im rumänischen Staat erklärt: „Wir bekennen uns zur Weltanschauung der deutschen Erneuerung" (Oktober 1935). Getragen von dieser Weltanschauung hat Danzig (seit Mai 1933) eine nationalsozialistische Volkstagsmehrheit und Regierung. Knapp zwei Jahre nach der Machtübernahme ist im Westen ein volksdeutscher Sieg erfochten: nach Ablauf der in Versailles festgesetzten Völkerbundszeit hat sich die Saar am 13. Januar 1935 so gut wie einmütig (mit 90,5 v. H. der abgegebenen Stimmen) für die Rückkehr zum Reiche entschieden, und am 1. März ist das Saargebiet dem Deutschen Reiche wieder eingegliedert worden.

Bereits 5 Jahre nach der Machtübernahme waren Kraft und Ansehen des Reiches so gewachsen, daß der Führer unmißverständlich erklären konnte: „Die staatsrechtliche Trennung vom Reich kann nicht zu einer volkspolitischen Rechtlosmachung führen, d. h. die allgemeinen Rechte einer volklichen Selbstbestimmung, die übrigens in den 14 Punkten Wilsons als Voraussetzung zum Waffenstillstand feierlich uns zugesichert worden sind, können nicht einfach mißachtet werden deshalb, weil es sich hier um Deutsche handelt! Es ist auf die Dauer für eine Weltmacht von Selbstbewußtsein unerträglich, an ihrer Seite Volksgenossen zu wissen, denen aus ihrer Sympathie oder ihrer Verbundenheit mit dem Gesamtvolk, seinem Schicksal und seiner Weltauffassung fortgesetzt schwerstes Leid zugefügt wird! ... Allein so wie England seine Interessen über einen ganzen Erdkreis hin vertritt, so wird auch das heutige Deutschland seine wenn auch um so viel begrenzteren Interessen zu vertreten und zu wahren wissen. Und zu diesen Interessen des Deutschen Reiches gehört auch der Schutz jener deutschen Volksgenossen, die aus Eigenem nicht in der Lage sind, sich an unseren Grenzen das Recht einer allgemeinen menschlichen, politischen und weltanschaulichen Freiheit zu sichern!"

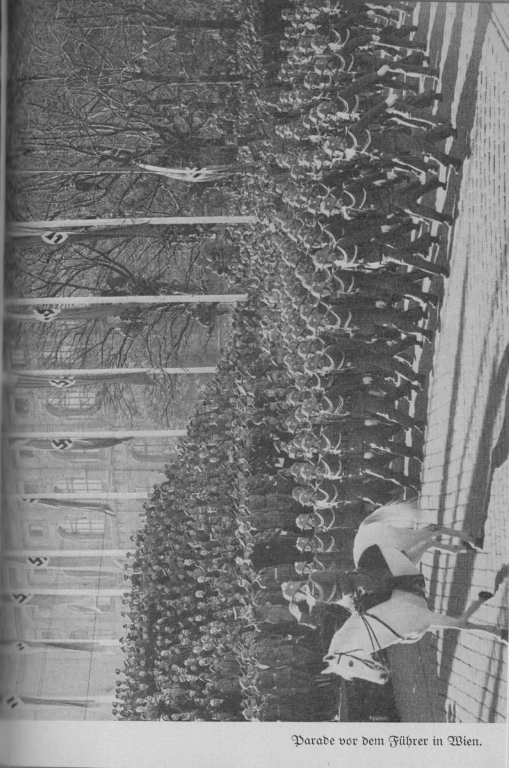
Das bezog sich in erster Linie auf Österreich. Dort hatte nach der Machtübernahme des Nationalsozialismus im Reich die Regierung, gestützt auf die schmale „Vaterländische Front", mit Unterstützung Italiens und Frankreichs ihr deutsches Land immer stärker vom Reiche abgewendet. Zwar war im Juli 1934 der Bundeskanzler Dollfuß im Bundeskanzleramt von zwei Männern niedergeschossen worden, die glaubten, dadurch dem National-

sozialismus zur Macht verhelfen zu können; aber seitdem hatte sich die Politik des „Austrofaschismus" lediglich verschärft. Marxisten und Nationalsozialisten schmachtetenin gleicher Weise in stacheldrahtumwehrten Konzentrationslagern. Nicht nur der staatliche oder der wirtschaftliche Anschluß sollte verhindert werden, auch der geistige: der innere Zusammenschluß des deutschen Volkes in der Weltanschauung des Nationalsozialismus. Nicht das Deutschtum des ostbayrischen Stammes betonte die österreichische Regierung, sondern den formalen Staatsgedanken unter Außerachtlassung der völkischen Grundlagen. Sie war im Begriff, diesen bisher nur durch fremden Machtspruch vom Gesamtdeutschtum abgespaltenen „selbständigen" deutschen Staat nunmehr freiwillig zum „deutschsprechenden Ausland" zu machen und damit den Weg zu beschreiten, den einst die Schweiz und die Niederlande und später Luxemburg gegangen sind. Als Folge der deutsch-italienischen Freundschaft und der Zusammenarbeit auf der Achse Berlin-Rom konnte jedoch im Sommer 1936 ein Verständigungsabkommen zwischen den beiden deutschen Ländern abgeschlossen werden, in dem das Reich die innere und äußere Selbständigkeit Österreichs anerkannte und dieses sich ausdrücklich als „deutscher Staat" bezeichnete.

Trotzdem blieben die österreichischen Nationalsozialisten auch weiterhin rechtlos und wurden verfolgt. Mehr als 40000 mußten über die Reichsgrenzen flüchten, 10000 andere wurden in die österreichischen Kerker geworfen. Um diesem unmöglichen Zustand ein Ende zu bereiten, hat der Führer im Februar 1938 den österreichischen Bundeskanzler Dr. Schuschnigg zu einer Aussprache nach dem Obersalzberg bei Berchtesgaden eingeladen. Hier wurde das „Juliabkommen" weiter ausgebaut: die österreichische Regierung wurde durch Männer ergänzt, die entschiedenere Vertreter der gesamtdeutschen Auffassung sind, und für die in den letzten Jahren eingekerkerten und gemaßregelten Nationalsozialisten wurde ein Straferlaß verkündet. Keine vier Wochen später jedoch setzte Schuschnigg von sich aus eine „Volksabstimmung" für „ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich" an, die binnen drei Tagen ohne Wählerlisten, ohne Geheimhaltung der Stimmabgabe und unter einseitiger Aufsicht der „Vaterländischen Front" stattfinden sollte. Über diesen Staatsstreich und den offenen Verrat an der deutschen Freiheit und Ein-



Der Führer in Wien.



Parade vor dem Führer in Wien.

heit bemächtigte sich des Volkes eine ungeheure Erregung. Österreich stand vor einem Bürgerkrieg. Schließlich mußte Schuschnigg der Empörung des Volkes weichen. In allen Städten und Bundesländern übernahmen Nationalsozialisten die Macht und hißten die Hakenkreuzfahne auf den öffentlichen Gebäuden. Der Bundespräsident übertrug dem nationalsozialistischen Innenminister Seyß-Inquart das Bundeskanzleramt. Um die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und Blutvergießen zu verhindern, bat dieser die Reichsregierung um die Entsendung von Truppen. Noch in der Nacht zum 12. März rückten deutsche Panzertruppen, Infanteriedivisionen, ϟϟ-Verbände und Luftgeschwader in das deutsche Österreich ein: Bürgen dafür, daß nunmehr dem ostbayrischen Stamm Gelegenheit gegeben werden soll, „durch eine wirkliche Volksabstimmung seine Zukunft und damit sein Schicksal selbst zu gestalten". — Am Nachmittag betrat der Führer selbst nach mehr als einem Vierteljahrhundert wieder den Boden seines Heimatlandes. Mit feierlichem Glockenläuten, wehenden Hakenkreuzfahnen, brausenden Heilrufen begrüßte ihn seine Vaterstadt Braunau. Am Abend erklärte der neue nationalsozialistische Bundeskanzler beim Empfang des Führers in Linz den Artikel des Diktats von St. Germain, der die „Unabhängigkeit Österreichs" als „unabänderlich" festsetzt, für unwirksam. „Das volksdeutsche Reich der Ordnung, des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!"

Am Tage darauf verkündete die österreichische Bundesregierung in einem Gesetz: „Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches", und die Reichsregierung übernahm diese Bestimmung als Reichsgesetz. Der österreichische Bundespräsident legte sein Amt nieder, und der Führer ernannte Seyß-Inquart zum Reichsstatthalter. Das österreichische Bundesheer wurde der deutschen Wehrmacht eingegliedert und — ebenso wie Polizei und Beamtenschaft — auf den Führer vereidigt. Von der Hofburg in Wien aus, die die Krone des Ersten Reiches der Deutschen birgt, steckte der Führer dem neuen Reichsland, der alten deutschen Ostmark, seine Aufgabe: „Jahrhundertelang haben sich in den unruhevollen Zeiten der Vergangenheit die Stürme des Ostens an den Grenzen der alten Mark gebrochen. Jahrhundertelang für alle Zukunft soll sie nunmehr ein eiserner Garant sein für die Sicherheit und Freiheit des Deutschen Reiches und damit ein Unterpfand für das Glück und für den Frieden unseres großen Volkes".



Das großdeutsche Volksreich.

Die in der Achse Berlin—Rom gegründete Freundschaft zwischen dem Reich und Italien hat dem Führer die nötige Rückendeckung gegeben, um ungestört durch einen Angriff einer anderen Macht das deutsche Österreich heimholen zu können. Daher versicherte er Mussolini, er werde ihm diese Haltung nie vergessen. In einem persönlichen Brief versprach er ihm, daß nach dem Zusammenschluß der beiden Staaten „genau so wie gegenüber Frankreich auch gegenüber Italien Deutschland die dann bestehenden Grenzen als gegebene ansieht". „Aus einer weltanschaulich und interessenmäßig bedingten Gemeinschaft ist für uns Deutsche eine unlösbare Freundschaft geworden", erklärte er vor dem Reichstag. „Das Land und die Grenzen dieses Freundes aber sind für uns unantastbar."

In der Überzeugung, „daß in diesen großen geschichtlichen Stunden, da dank der Kraft der nationalsozialistischen Idee und der aus ihr neu erstandenen Stärke des Reiches ein ewiger Traum der deutschen Menschen verwirklicht wurde, nicht ein einzelner Teil

unseres Volkes berufen sein kann, durch seine Zustimmung das gewaltige Ereignis der endlichen Gründung eines wahrhaft großen deutschen Volksreiches zu bestätigen", rief der Führer „die ganze deutsche Nation, soweit sie sich im heutigen großen Volksreich befindet", auf, in einer Volksabstimmung ihr feierliches Bekenntnis zu diesem großdeutschen Reich abzulegen. Der bisherige Reichstag wurde aufgelöst und ein neuer großdeutscher Reichstag gewählt. Wie der Führer bei der Machtübernahme um 4 Jahre Zeit für den Wiederaufbau des damaligen rumpfdeutschen Reiches gebeten hatte, so forderte er jetzt abermals 4 Jahre, um „den äußerlich nunmehr vollendeten Zusammenschluß zum Segen aller auch innerlich verwirklichen" zu können. „Nach Ablauf dieser Frist soll dann das neue deutsche Volksreich zu einer unlösbaren Einheit verwachsen sein, festgefügt im Willen seines Volkes, politisch geführt durch die nationalsozialistische Partei, beschirmt von seiner jungen nationalsozialistischen Wehrmacht und reich in der Blüte seines wirtschaftlichen Lebens."

Über dem brausenden Jubel aber, der das gesamte deutsche Volk in den Tagen dieses großen Geschehens durchströmte, standen die Worte, die der Führer bei seinem Empfang in Linz, der Hauptstadt seiner engeren Heimat, von dem Balkon des Rathauses herab zu der begeisterten Menge sprach: „. . . für des ganzen großen deutschen Volkes Einheit, für des Reiches Macht, für seine Größe und für seine Herrlichkeit jetzt und immerdar!"

Quellenverzeichnis der Bilder

(Die Zahlen geben jeweils die Seiten, oben oder unten an)

Antlantik-Photo: 38.
A.-P.-Photo: 119.
F. Bruckmann, München: 39 (Aus: Das Antlitz der Grenzlande).
Prof. A. Fischer: 113.
Fr. Grainer: 21 u.
A. Groß: 2 o, 2 u, 9, 18.
P.J. Hoffmann: 71, 72, 76, 77, 104, 121, 126, 133, 134, 149, 156.
P.B.Z.: 10, 14, 17, 22, 59 u, 103, 106.
Reichsparteitagfilm: 160.
Reimesch, Berlin: 49 o.
Scherl Bilderdienst: 11, 12, 19, 20, 23, 26, 28, 37, 49 u, 51, 57, 58, 59 o, 60, 64, 66, 74, 85, 89, 94, 98, 99, 110, 112, 114, 115, 122, 124, 130.
Schmölz: 136.
R. Sennecke: 21 o, 131.
Dr. P. Wolff: 148.

Die Jahre I–IV
des nationalsozialistischen Staates

Grundlagen und Gestaltung / Urkunden des Aufbaues
Reden und Vorträge
Herausgegeben von Dr. Walther Gehl
Mit 250 Bildern u. Kartenskizzen. 1937. 839 Seiten
In Leinen 6.50 RM.

Laut Entscheidung der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums vom 24. 8. 1937 wird das Werk in die NS.-Bibliographie aufgenommen. Der Unbedenklichkeitsvermerk wurde den einzelnen Teilen des Werkes unter dem 6. 1. 1936, 25. 11. 1935, 19. 9. 1934 und 12. 5. 1937 erteilt.

Der vorliegende Band ist eine Zusammenfassung der von Dr. Walther Gehl herausgegebenen vier Quellenbände zur Geschichte des nationalsozialistischen Staates. Die bereits in hohen Auflagen verbreiteten Einzelhefte tragen sämtlich den Unbedenklichkeitsvermerk der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums, haben die Anerkennung aller in Frage kommenden parteiamtlichen und amtlichen Stellen gefunden und sind allgemein als wichtiges nationalpolitisches Schrifttum anerkannt. Der vorliegende Sammelband enthält ein umfangreiches, auch alle Einzelheiten berücksichtigendes Personen-, Sach- und Bildverzeichnis, das die Benutzung als Handbuch ermöglicht.

„Die von W. Gehl herausgegebenen Bücher stellen eine sorgfältig zusammengestellte Quellensammlung aus der Zeit von 1918 bis zur unmittelbarsten Gegenwart dar. Es sind unentbehrliche Handbücher, weil sie das wichtigste Material enthalten, das für das Verständnis der nationalsozialistischen Bewegung erforderlich ist und dieselbe durch eine ausgezeichnete Auswahl von Kernstellen aus Reden, Erlassen und Urkunden illustrieren. Sie geben ein voll abgerundetes Bild von der Entstehung und von den Plänen und Taten des Nationalsozialismus. Gehl kennt nicht nur die wichtigsten Reden und Erlasse, sondern beherrscht auch die ganze vielseitige Literatur auf diesem Gebiete, auf Grund deren er für jeden die Hauptforderungen des Nationalsozialismus sinnfällig und begreiflich macht.“

Völkischer Beobachter, Berlin

Verlag Ferdinand Hirt in Breslau

Der Weltkrieg gegen das deutsche Volk

Aus Darstellungen und Quellen zusammengestellt
von Dr. Hans Bursch
Mit 72 Bildern und 16 Kartenskizzen. (U.V.21.3.35*)
Geheftet 1.– RM., in Leinen 1.40 RM.

„In Hirts Deutscher Sammlung ist als neues Buch das vorliegende Werk erschienen, das trotz seiner Billigkeit als ein getreuer Spiegel des Weltkriegsgeschehens gelten kann. Obwohl es nur Ausschnitte aus bereits erschienenen Werken bringt, läßt es doch keine Front, kein wichtiges Geschehen in der Heimat und Fremde unberücksichtigt. Gerade die knappe Fassung aller Abschnitte gibt dem Buch, das viele Bilder schmücken, die Möglichkeit, den Leser schnell und fesselnd über alles zu unterrichten, was er vom großen Krieg wissen will und muß."

Der Freiheitskampf, Dresden

Der Weltfriede gegen das deutsche Volk

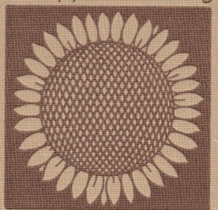
Versailles und Saint-Germain
Des Weltkriegs zweiter Teil: 1919–1935. Aus Darstellungen und Quellen zusammengestellt von Dr. Eberhard Faden. Mit 42 Bildern und 26 Kartenskizzen. 144 Seiten. (U.V.14.1.36*)
Geheftet 1.– RM., in Leinen 1.40 RM.

„Man erlebt beim Lesen dieses Buches, beim Schauen dieser Bilder und Dokumente, mit denen es reichhaltig ausgestattet ist, alles noch einmal mit: die Bekanntgabe der 14 Wilsonschen Punkte, den Zusammenbruch der Mittelmächte und das Aufsteigen der roten Fahne, den Waffenstillstand und die ‚Frieden', jene Hohnfrieden von Versailles und Saint-Germain. Das kleine Buch gehört in jedes Haus und in jede Schule, um die Erinnerung an die Schmach der Verträge ebenso wachzuhalten wie die an die Männer und Frauen, die zu Deutschland hielten, als dies schwer war!"

Deutschlands Erneuerung

*Laut Entscheidung der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums mit dem **Unbedenklichkeitsvermerk** versehen. Die Daten betreffen die Erteilung des Vermerks.

Hirts
Deutsche Sammlung



Deutschlands Zusammenbruch und Freiheitskampf 1918–1935

Von Dr. Martin Krockow

Zweite, durchgesehene Auflage. 1938. 311 Seiten.

Steif geheftet RM. 4.–, in Leinen RM. 5.–

Laut Entscheidung der Parteiamtl. Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums mit dem Unbedenklichkeitsvermerk versehen (26. 10. 37)

„Was dieser Schrift so ganz besonderen Wert verleiht, ist die Sicherheit, mit der der Verfasser charakteristisches Material heranzuziehen weiß, um die ganze Tragik des deutschen Schicksals seit dem Herbst 1918, aber auch die ganze Tragik des Ringens um Deutschlands Wiederaufstieg, der für alle Zeiten unlöslich mit dem Namen Adolf Hitler verbunden sein wird, zu veranschaulichen. Das Werk ersetzt somit nicht nur vielerlei oft schwer zugängliche Quellen, sondern mag darüber hinaus manchem erst recht zum Antrieb werden, die Geschichte der Nachkriegszeit eingehend zu studieren. Der Verlag, der für die Schulungsarbeit der Partei schon so manches wertvolle Material geboten hat (an die Schriften von Gehl und Bursch sei hier erinnert), führt diese Linie – wie wir sehen – unaufhaltsam weiter.“ NS.-Briefe

„Der Verfasser geht den Ereignissen auf ihren Grund, deckt Zusammenhänge und Probleme auf, so daß man einen tiefen und erkenntnisreichen Einblick in sie gewinnen kann. So entstand ein Werk, das oft gebraucht werden wird.“

Der Märkische Adler

Ferdinand Hirt · Breslau · Königsplatz 1

Hirts
Deutsche Sammlung

